



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

FÜR EIN KINDERGERECHTES
DEUTSCHLAND!

Dokumentation

Abschlusskongress zum Nationalen Aktionsplan
„Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“

Perspektiven für ein kindergerechtes Deutschland



Perspektiven für ein kindergerechtes Deutschland

[◀ zurück](#)[weiter ▶](#)

Dokumentation

Zur politischen Bedeutung und den Perspektiven eines kinder- und jugendgerechten Deutschlands	3
Dr. Kristina Schröder , Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	
Wie wird Deutschland kindergerecht? – Aktuelle Befunde und Handlungsansätze in Gesellschaft und Praxis	7
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach , Direktor des Deutschen Jugendinstituts, München	
Spot I: Wie wir das sehen – eine Kommentierung Jugendlicher	13
Zehn Leitlinien für ein kindergerechtes Deutschland – Resümee und Ausblick der NAP-Lenkungsgruppe	15
Dr. Jörg Maywald , Geschäftsführer der Deutschen Liga für das Kind	
Marlene Rupprecht , Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages	
Spot an II: Wie wir das sehen – eine Kommentierung Jugendlicher	21
Kindergerechtigkeit im internationalen Kontext	23
Marta Santos Pais , Sonderbeauftragte des UN-Generalse- kretärs zum Thema Gewalt gegen Kinder	
Forum 1:	30
Schutz und Bindung – Entscheidende Faktoren in der frühen Kindheit	
Forum 2:	38
Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern	
Forum 3:	72
Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwick- lung?	
Forum 4:	90
Mitgestalten! Freiräume in der Stadtentwicklung nutzen	
Forum 5:	100
Endlich selbstständig! Der Übergang von der Schule in den Beruf	
Was nehme ich mit für meine weitere Arbeit vor Ort? – Abschlussdiskussion im Plenum	104

Inhalt

Zur politischen Bedeutung und den Perspektiven eines kinder- und jugendgerechten Deutschlands

Dr. Kristina Schröder

Sehr geehrte Frau Santos Pais,
 liebe Kolleginnen, lieber Kollege aus dem Deutschen Bundestag
 sehr geehrter Herr Professor Rauschenbach,
 sehr geehrter Herr Dr. Maywald,
 sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Jugendliche, auf Eure Sicht der Dinge, die Ihr in diese NAP-Veranstaltung einbringen werdet, bin ich besonders gespannt.

I.

„Jeder mag Kinder.
 Und jeder war einmal ein Kind. Aber das reicht nicht aus, um sich wirklich für Kinder einzusetzen. Wir vergessen, was unterschiedlich an ihnen ist, wie anders sie die Welt um sich herum wahrnehmen. Nur selten nehmen wir die Brille der Experten ab und fragen uns, wie würde ein Kind das jetzt beurteilen.“

Sie, liebe Frau Santos Pais, haben das einmal gesagt. Ich habe mir Ihre Worte zu eigen gemacht, weil ich finde, dass sie wunderbar auf den Punkt bringen, was in unseren kinder- und jugendpolitischen Diskussionen – zwangsläufig – oft auf der Strecke bleibt: Die Perspektive der Kinder und Jugendlichen!

Wir haben die politische Durchsetzbarkeit fest im Blick, wir fragen, ob dies und jenes finanzierbar ist, was der Koalitionspartner dazu sagt, welche Studien, Untersuchungen und Expertisen es gibt und wer überhaupt zuständig ist ... das ist ja auch unser Job. Für die Perspektive derjenigen, um die es in der Kinder- und Jugendpolitik geht, bleibt in der Hektik des politischen Alltags kaum Platz. Bei der Entwicklung des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland“ war das anders:

Wir haben Kinder und Jugendliche nach ihrer Meinung gefragt und sie um Rat gebeten. Und das hat sich gelohnt! Denn Kinder und Jugendliche können aus ihrer Perspektive eine Menge zur Diskussion über die zentralen Fragen der Kinder und Jugendpolitik beitragen,

- wie eine kindergerechte Gesellschaft aussehen sollte
- und wie wir eine kindergerechte Gesellschaft er-



Dr. Kristina Schröder,
 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

reichen können.

Neben Kindern und Jugendlichen haben

- Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern und Gemeinden,
- Mitglieder der Kinderkommission des Deutschen Bundestages,
- Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen
- sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

am Nationalen Aktionsplan mitgearbeitet.

Sie alle haben viel Herzblut in dieses wichtige Vorhaben gesteckt, mit dem Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen leistet. Vielen herzlichen Dank dafür!

Mit dem heutigen Abschlusskongress endet die Laufzeit des Nationalen Aktionsplans.

Ich freue mich, mit dem Abschlussbericht zum NAP heute ein Dokument vorstellen zu können, das

- auf der Grundlage der Erfahrungen aus dem fünfjährigen Umsetzungsprozess Perspektiven für mehr Kindergerechtigkeit aufzeigt
- und die Methoden für die künftige Arbeit verfügbar macht.

Zur politischen Bedeutung und den Perspektiven eines kinder- und jugendgerechten Deutschlands

Die zehn Leitlinien für ein kindergerechtes Deutschland, die die NAP-Lenkungsgruppe erarbeitet hat und heute Vormittag präsentieren wird, sind Wegweiser in eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft. Über diese Wegweiser wollen wir heute diskutieren – und auch über den Weg, der noch vor uns liegt. Die Schritte, die ich als Jugendministerin für besonders wichtig halte, möchte ich dazu gerne kurz skizzieren.

II.

Meine Damen und Herren! Das Herzstück einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft sind faire Chancen. Und die erste und wichtigste Verantwortung dafür, dass Kinder eine faire Chance in unserer Gesellschaft haben, tragen die Eltern. Was Familien Kindern mitgeben fürs Leben, lässt sich niemals delegieren oder gar ersetzen!

- Familien vermitteln nicht nur Werte, die unsere Gesellschaft tragen: Vertrauen, Verantwortung und die Bereitschaft, füreinander einzustehen.
- Familien sind auch der erste und wichtigste Bildungsort für Kinder. Hier bekommen sie das nötige Rüstzeug für einen erfolgreichen Bildungs- und Lebensweg.

Ganz am Anfang auf dem Weg in eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft steht deshalb die Frage, was Eltern brauchen, damit sie „gute“ Eltern sein können. Hier geht es nicht in erster Linie um Geld, und auch nicht um Infrastruktur. Ob Familien zusammen halten, ob Eltern für ihre Kinder da sein können, ob Kinder Zuwendung, Respekt und Liebe bekommen, das ist in erster Linie eine Frage der Zeit!

Und so unterschiedlich die Erwartungen an die Familienpolitik auch sind: Zeit für Verantwortung zu haben, ist ein Bedürfnis, das alle Menschen verbindet, die Kinder haben.

Die Arbeitswelt als „Taktgeber“ des Alltags von Familien und damit auch von Kindern spielt dabei eine wichtige Rolle.

- für die Qualität des Familienlebens
- für die Zufriedenheit von Eltern
- und für die Betreuung zuhause.

Wir müssen uns familienpolitischen Fragen deshalb von einer anderen Seite nähern als wir es bisher getan haben:

- Wir haben bisher immer gefragt, wie wir Familie vereinbar mit dem Berufsleben machen.
- Wenn wir Müttern und Vätern Zeit für Verantwortung

und Kindern mehr Zeit mit ihren Eltern geben wollen, dann muss die Frage anders herum lauten: Wie wird die Arbeitswelt vereinbar mit den Bedürfnissen von Familien? Genau das sehe ich als eine der großen, familienpolitischen Herausforderungen unserer Zeit: Unsere Arbeitswelt muss familienfreundlicher werden, damit unsere Gesellschaft kinderfreundlicher wird! Denn eine kinderfreundliche Gesellschaft, davon bin ich überzeugt, gibt es nicht ohne eine familienfreundliche Arbeitswelt!

Auch Sie, meine Damen und Herren, haben diesen Aspekt in Ihren Leitlinien hervorgehoben:

Zentraler Ansatzpunkt für eine kindergerechte Gesellschaft ist es, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern.

Das tun wir: Zum einen mit dem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, insbesondere für die unter Dreijährigen. Zum anderen habe ich gemeinsam mit dem DIHK die Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ ins Leben gerufen. Damit wollen wir Arbeitgeber motivieren, mehr flexible und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle anzubieten! Das stärkt die Eltern, das stärkt die Familien – und trägt auf diese Weise zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft bei.

III.

Einig sind wir uns auch, dass gute Förderung von früher Kindheit an kein Privileg von Kindern starker Eltern sein darf. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, wenn Kinder keine Chance bekommen,

- weil ihre Eltern keine Perspektiven sehen,
- oder weil sie mit eigenen Problemen überfordert sind.

Jedes Kind und jeder Jugendliche hat Talente, und jedes Talent ist wertvoll und verdient Förderung. Das ist nicht nur ein Gebot sozialer Verantwortung, sondern auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft!

Potentiale verkümmern zu lassen, das können wir uns als alternde Gesellschaft weniger leisten denn je. Beschäftigung, Wachstum und damit unser aller Wohlstand hängen davon ab, ob es uns gelingt, Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft einen erfolgreichen Bildungsweg zu eröffnen. Deshalb gehören Kinder am Rande unserer Gesellschaft in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit!

Zur politischen Bedeutung und den Perspektiven eines kinder- und jugendgerechten Deutschlands

Jedes Kind hat das Recht, teilzuhaben am Wohlstand und an den Chancen, die unsere Gesellschaft bietet. Sie haben das in Ihren Leitlinien auf den Punkt gebracht: Zentrale Aufgabe der Politik ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle jungen Menschen ein menschenwürdiges Leben führen können.

Um Eltern in ihrer Verantwortungsfähigkeit zu stärken, hat das Bundesfamilienministerium das Programm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“ aufgelegt. Frühe Hilfen dienen in erster Linie dem präventiven Schutz von Kindern vor Vernachlässigung oder Misshandlungen. Sie zielen aber auch darauf ab, Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern frühzeitig zu verbessern – und zwar durch Förderung der Erziehungskompetenz von Müttern und Vätern.

IV.

Gerade dort, wo Kinder zuhause nicht die Förderung und Zuwendung erfahren, die sie brauchen, kommt es ganz entscheidend auf den Ausbau qualifizierter Kinderbetreuungsangebote an, insbesondere für die Unter-Dreijährigen.

Bund, Länder und Kommunen haben sich deshalb auf ein gemeinsames, ambitioniertes Ziel verständigt: Bis zum Jahr 2013 sollen 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsangebote nutzen können. Der entscheidende Schritt zu einem qualitativ hochwertigen Ausbau der Kinderbetreuung ist das Kinderförderungsgesetz, das am 1. Januar 2009 in Kraft getreten ist. Gerade für Kinder, die mit schlechten Chancen ins Leben starten, sind Betreuung und frühkindliche Förderung oft der einzige Ausweg aus dem Teufelskreis aus Armut, geringen Bildungschancen und in der Folge schlechten Berufschancen.

Deshalb habe ich in der Diskussion über notwendige Sparmaßnahmen zur Haushaltskonsolidierung von Anfang an gesagt: Am Ausbau der Kinderbetreuung wird nicht gerüttelt. Und damit konnte ich mich durchsetzen.

- Es bleibt beim vereinbarten Rechtsanspruch auf frühe Förderung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr
- Der Bund steht auch in Krisenzeiten zu seiner Zusage, in die frühkindliche Bildung zu investieren. Wir werden dort nicht sparen, wo Sparmaßnahmen die Kräfte abwürgen, die wir für die Zukunfts-

fähigkeit unseres Landes brauchen. Im Gegenteil – wir nehmen dafür eine Menge Geld in die Hand:

- Bis 2013 stellt allein der Bund vier Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung, zum einen für Investitionen, zum anderen für Betriebskosten.
- Ab 2014 beteiligt sich der Bund dann mit rund 770 Millionen Euro pro Jahr an den Kosten für den laufenden Betrieb. Mit den Ländern ist vereinbart, dass diese Mittel in bessere Qualität fließen.
- Darüber hinaus hat die Bundesregierung den Kommunen mit dem Konjunkturpaket II rund 6,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt – Geld, das ausdrücklich auch für die Infrastruktur der frühkindlichen Bildung genutzt werden kann.

Das ist gut angelegtes Geld. Denn nur gute Förderung von Anfang an schafft faire Chancen für alle Kinder. Für Sie – wie für mich – ist die Kinderbetreuung deshalb ein Meilenstein auf dem Weg in eine kindergerechte Gesellschaft. Dabei kommt es nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität des Angebots an: Die ersten Jahre im Leben eines Kindes sind entscheidend für alle weitergehenden Bildungserfolge. „Fähigkeiten erzeugen Fähigkeiten“, auf diese Formel bringen es Bildungsökonominnen.

Deshalb dürfen wir es nicht zulassen, dass gerade in einer Zeit, die so grundlegend ist für spätere Bildungschancen, die Kluft zwischen Kindern aus behütetem Elternhaus und Kindern aus sozial schwachen Familien am größten ist. Deshalb werde ich die „Offensive Frühe Chancen“ starten. Die entsprechenden Mittel dafür sind im Haushalt schon fest eingeplant.

Unter dem Motto „Meine Chance ist unsere Chance“ investieren wir bis 2014 rund 400 Millionen Euro in bis zu 4.000 Schwerpunkt-Kitas zur Sprach- und Integrationsförderung. Im März 2011 werden die ersten Schwerpunkt-Kitas starten. Sie verstärken die bereits in den Ländern bestehenden Förderstrukturen vor allem in Kindergärten und entwickeln sie zielgerichtet weiter:

- für Kinder unter drei Jahren ab dem Eintritt in eine Kita.
- mit dem Fokus auf eine Sprachförderung, die in den Betreuungs- und Bildungsalltag der Kita integriert ist.

Sprach- und Integrationsförderung in sozialen

Zur politischen Bedeutung und den Perspektiven eines kinder- und jugendgerechten Deutschlands

Brennpunkten ist aber nur ein Teil unserer „Offensive Frühe Chancen“. Darüber hinaus wollen wir im Rahmen dieser Offensive auch die Kompetenzen der Eltern in bildungsfernen Familien stärken. Viele von ihnen haben trotz niedrigem sozio-ökonomischem Status einen ausgeprägten Aufstiegswillen. Was ihnen fehlt, ist praktisches Bildungswissen. Kurz: Sie wollen, dass es ihren Kindern besser geht – aber sie wissen nicht, wie sie dieses Ziel erreichen können. Entscheidend ist es deshalb,

- Bildung stärker in den Familienalltag zu integrieren
- und die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken.

Auch daran arbeite ich!

V.

Wichtig ist aber auch, meine Damen und Herren, dass wir in der Kinder- und Jugendpolitik nicht nur vom Problemfall ausgehen. In der öffentlichen und oft auch in der politischen Wahrnehmung dominieren leider die Problemfälle wie der Schulschwänzer, der „Hartz IV“ zum Berufswunsch erklärt. So wichtig es ist, diese Jugendlichen an die Hand zu nehmen: Wir sollten uns bewusst sein, dass das nicht die Mehrheit ist.

Die meisten jungen Leute haben ehrgeizige Zukunftspläne und sind in der Schule und im Beruf engagiert dabei. Viele Jugendliche engagieren sich darüber hinaus auch in ihrer Freizeit für unsere Gesellschaft. Sie erwarten zu Recht, dass Jugendpolitik

- auch für sie Perspektiven der Teilhabe entwickelt
- und auch ihre Potentiale fördert!

Deshalb brauchen wir eine eigenständige Jugendpolitik, die nicht nur auf Risikogruppen zugeschnitten ist, sondern die die „Lebensphase“ Jugend in ihrer Gesamtheit abdeckt mit dem Ziel, für alle Jugendlichen faire Chancen auf Teilhabe und persönliche Entfaltung zu schaffen.

Ich lade Sie herzlich ein, gemeinsam mit uns eine eigenständige Jugendpolitik zu entwickeln und umzusetzen. Denn dafür brauchen wir die Unterstützung aller Träger, Institutionen und Initiativen, die sich für Jugendliche einsetzen.

Ich vertraue darauf, dass Sie uns bei diesem Vorhaben genauso unterstützen werden, wie Sie es auch im NAP-Prozess getan haben.

VII.

Mit Ihrer Hilfe, meine Damen und Herren, sind wir einer kinder- und jugendgerechten Gesellschaft ein großes Stück näher gekommen! Der Nationale Aktionsplan ist ein guter Ausgangspunkt für den Weg, der vor uns liegt. Entscheidend ist jetzt, dass die Erfahrungen bei der Entwicklung und Umsetzung des Nationalen Aktionsplans in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ankommen: in der Familie, in der Kita, in der Schule, im Verein.

Entscheidend ist auch, dass junge Menschen überall da mitreden können, wo ihr Lebensumfeld berührt ist. Die gemeinsame Arbeit am Nationalen Aktionsplan hat gezeigt, wie wichtig und hilfreich in der Kinder- und Jugendpolitik die Perspektive und die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen selbst ist.

Von einer meiner liebsten Kinderbuchautorinnen, nämlich von Astrid Lindgren, die genau heute vor 16 Jahren den alternativen Nobelpreis erhalten hat, stammt die Empfehlung: „Alle Menschen sollten ihre Kindheit von Anfang bis Ende mit sich tragen!“ Wer dazu in der Lage ist, kann, wenn notwendig, auch die Perspektive wechseln und die Zukunft durch die Brille der Kinder und Jugendlichen sehen. Das sollten wir uns – so wie bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans – auch weiterhin leisten!

Vielen Dank!



Wie wird Deutschland kindergerecht? – Aktuelle Befunde und Handlungsansätze in Gesellschaft und Praxis

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Um die Frage nach dem Zustand der Kindergerechtigkeit in Deutschland zu beantworten, bieten sich etwas vereinfacht zwei Alternativen an: entweder zurückzuschauen oder nach vorne zu blicken, sprich: entweder zwischen Gestern und Heute zu vergleichen und die dabei zutage tretenden Unterschiede zu bilanzieren, oder aber den heutigen Zustand einer besseren, wünschenswerteren Zukunft gegenüberzustellen.

Im ersten Fall, dem Rückblick, fällt die Bilanz vermutlich etwas freundlicher aus, da es – wie auch der Dritte und Vierte Staatenbericht für Deutschland sowie andere Berichte zeigen – viele Punkte gibt, bei denen in Deutschland – und nur darum soll es gehen – ganz unbestreitbare Fortschritte festzustellen sind. Nur als Beispiele:

- **Recht auf Leben:** So ist etwa die Sterblichkeitsrate von Säuglingen in Deutschland zwischen 1970 und 2008 von 2,6 auf 0,4 Prozent gesunken.¹ In vielen Entwicklungsländern liegen die entsprechenden Anteile im Vergleich hierzu nach wie vor erschreckend hoch.
- **Recht auf Bildung:** So wird inzwischen im Osten wie im Westen Deutschlands bei Kindern ab vier Jahren bis zur Einschulung eine fast vollständige Bildungsbeteiligung erreicht. Besuchten 1992 noch rund 78 Prozent die letzten beiden Kita-Jahre, so waren es zuletzt, 2010, mehr als 95 Prozent (und auch bei den Drei-Jährigen bereits 87 Prozent).² Insofern gehört die mehrjährige Förderung durch Kitas bald ebenso selbstverständlich zur alltäglichen Erfahrung nahezu aller deutschen Kinder wie die Schule.³ Für die Unter-Dreijährigen stehen die Zeichen derzeit noch nicht so gut, jedoch bewegt sich auch hier inzwischen viel. Die Entwicklung ist sicherlich noch nicht an ihr Ende gekommen.
- **Recht auf Bildung:** So hat sich die Studienanfängerquote, also der Anteil der Studienanfänger/innen an der gleichaltrigen Bevölkerung, nahezu stetig erhöht. 1975 wies Westdeutschland hier noch eine Quote von knapp 20 Prozent auf, 2009 beläuft sich dieser Wert mit knapp 40 Prozent auf fast das Doppelte.⁴ Inzwischen studieren in Deutschland so viele junge Menschen einer Altersgruppe wie nie zuvor.⁵



Prof. Dr. Thomas Rauschenbach,
Direktor des Deutschen Jugendinstituts, München

Soweit nur einige wenige Beispiele. Ein derartig bilanzierender Blick auf die Entwicklung des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen entspricht in seiner Form eher dem Typus der klassischen Sozialberichterstattung, in der in einem Gestern-Heute-Vergleich die Errungenschaften der Jetztzeit bilanziert werden. Und in diesem Horizont fällt die Bilanz gar nicht so schlecht aus.

In der zweiten Vorgehensweise, dem Abgleich der aktuellen Situation mit einer erwünschten bzw. politisch verabredeten Zukunft oder aber einem (internationalen) Außenvergleich, fällt das Urteil zwangsläufig weniger zufriedenstellend aus, zumal dann, wenn es vorher festgelegte Ziele gibt mit messbaren Zwischenzielen und verbindlichen Zeiten. Dadurch gelangen rasch all jene Unzulänglichkeiten ins Blickfeld, mit denen Deutschland in Sachen Kindergerechtigkeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert ist. Auch hier nur einige Beispiele:

- **Das Recht auf Gleichheit:** Wer sich den OECD-Kinderbericht „Doing better for Children“ 2009 (oder auch den jüngsten UNICEF-Report) anschaut, kann feststellen, dass Deutschland, international gesehen, in dieser Hinsicht relativ viel Geld ausgibt, in vielen Politikbereichen aber nur unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Gleichwertige Lebensverhältnisse und

Wie wird Deutschland kindergerecht? – Aktuelle Befunde und Handlungsansätze in Gesellschaft und Praxis

Chancengleichheit sind in Deutschland kaum hergestellt – das hat PISA erneut bestätigt –, obgleich dieses Land für Kinder 10 bis 20 Prozent mehr an Geld für Bildung, Dienstleistungen und direkte Finanztransfers ausgibt als der OECD-Durchschnitt.⁶ Und dennoch lebt fast jedes sechste Kind in Deutschland in relativer Armut, während dies im OECD-Schnitt nur jedes achte Kind ist.⁷ Besonders betroffen von der Armutsrisikoquote sind vor allem Alleinerziehende sowie größere Familien mit drei und mehr Kindern.⁸

- Das Recht auf Bildung und auch Gleichheit: So geht die Anzahl junger Menschen ohne Schulabschluss insgesamt erfreulicherweise leicht zurück – dies hat sich die Politik auch dezidiert zum Ziel gesetzt –, allerdings kommt mittlerweile die Mehrheit davon aus den Förderschulen – und dies entspricht nicht gerade dem Gedanken der Inklusion. Zudem kann Deutschland auch wenig stolz darüber sein – auch das ein internationales Vergleichsergebnis –, dass hier Klassenwiederholungen so häufig anzutreffen sind wie in kaum einem anderen Land in Europa.⁹ Und schließlich haben Jungen mit Migrationshintergrund eine fast viermal so hohe Wahrscheinlichkeit, am Ende ihrer Schulzeit ohne Abschluss dazustehen wie Mädchen ohne Migrationshintergrund.¹⁰ Das heißt: Das deutsche Schul- und Bildungssystem reproduziert und verstärkt immer wieder bestimmte Ungleichheiten.
- Das Recht auf Schutz vor wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung: Deutschland ist Ziel-, Herkunfts- und Transitland für Kinderhandel. Für minderjährige Prostituierte aus dem Ausland fehlt in Deutschland nach Expertenmeinungen derzeit ein effektiver Zeugenschutz – die Mädchen und jungen Frauen brauchen Betreuungsangebote und dürfen nicht ihrerseits als Kriminelle behandelt werden.¹¹

Diese Schlaglichter auf landesspezifische Unzulänglichkeiten, gemessen im Außenvergleich, an vereinbarten Zeiten und festgelegten Zielen, bei der Verwirklichung der Kinderrechte müssen hier genügen. Insgesamt gibt es dieser Sichtweise zufolge noch eine ganze Reihe an Unzulänglichkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten in diesem Land, sei es in Sachen Partizipation und Beteiligung, sei es mit Blick auf die Ganztagschulen sowie auf faire und gleiche Chancen am Übergang von der Schule in den Beruf oder sei es in punkto vergleichbarer Zugänge zu Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit oder zu kindergerechten Frei-

räumen oder Freizeitorten, um nur einige Defizite zu nennen.

Diese inhaltlichen Fragen sollen hier jedoch nicht weiter verfolgt werden; dazu gab es die Foren im NAP, dazu gibt es andere Orte und Gelegenheiten der Bestandsaufnahme. Wichtiger ist mir das dahinter liegende Prinzip, geht dieser Abgleich doch weniger von der Vergangenheit aus, als vielmehr von den erwünschten oder verabredeten Zielen, die in Zukunft erreicht werden sollen. Der Akzent liegt hierbei eher auf dem Soll-Ist-Vergleich bzw. auf dem Vergleich mit anderen Ländern (wie bei einer Tabelle der Fußball-Bundesliga); manche nennen dieses Verfahren Monitoring. Aber auch dann stellt sich noch die Frage: Woran messen wir beispielsweise den verbesserten Schutz von Flüchtlingskindern? An ihren eigenen berichteten Erfahrungen? Oder an berichteten Zahlen über diese Kinder? Und ab wann ist ein Zustand als gut oder zumindest als zufriedenstellend zu bewerten? Wenn man so an die notwendigen und gewünschten Ziele herangeht, lässt sich am Ende das Produkt eines additiven Defizitkatalogs in Sachen Kindergerechtigkeit kaum vermeiden.

Von daher verwundert es nicht, dass unter dem Strich zwischen diesen beiden Vorgehensweisen im Endergebnis unterschiedliche Bewertungen und Bilanzierungen stehen bei der Beantwortung der Frage, wie kindergerecht Deutschland ist. Während die Politik sich bei derartigen Fragen daran messen lassen muss, was sie mit Blick in die jüngste Vergangenheit tatsächlich erreicht hat, kann und will sich die Fachwelt damit nicht zufrieden geben. Für sie muss es nachvollziehbare, zumutbare und erreichbare Ziele in einer absehbaren Zukunft geben, die für eine kindergerechte Politik zu einer unveräußerlichen Richtschnur werden. Deshalb ist sie in ihrer Rolle und ihrem Selbstverständnis als Sprachrohr der Kinderrechte notgedrungen ungeduldiger als die für die Umsetzung zuständige Politik.

Der Nationale Aktionsplan belegt jedoch auch, wie sehr diese beiden Ebenen und Zugänge miteinander im Gespräch sind. Und dabei muss es dann weniger um richtige oder weniger richtige Positionen gehen, als vielmehr um die Frage nach einer spürbaren Verbesserung der Kindergerechtigkeit. Auch wenn die politische Umsetzbarkeit dabei vielleicht unterschiedlich eingeschätzt werden mag, so bestehen in inhaltlicher Hinsicht oftmals gar keine so großen Differenzen.

Wie wird Deutschland kindergerecht? – Aktuelle Befunde und Handlungsansätze in Gesellschaft und Praxis

In Anbetracht des Umstandes, dass im politischen Alltagsgeschäft diese unterschiedlichen Akzentsetzungen vermutlich auch in Zukunft unausweichlich sein werden, sollen hier zu der Debatte um ein kindergerechtes Deutschland drei etwas allgemeinere Überlegungen hinzugefügt werden, in der Hoffnung, damit das ungemein breite und wichtige, aber auch vielschichtige und im Detail nicht immer ganz einfache Thema, in dem man sich rasch in unterschiedlichen Zehn-Punkten-Programmen oder ähnlichen programmatischen Papieren verlieren kann, mit einigen Querverstrebungen zu stabilisieren. Denn: Wiederholt kommt bei dieser Debatte das Gefühl auf, dass vor lauter Bäumen, also vor lauter richtigen einsichtigen Einzelthemen und Einzelforderungen, der Wald nicht mehr gesehen wird, und sich am Ende der Berg umzusetzender Verpflichtungen als so hoch erweist, dass dieser die Politik eher lähmt als ermuntert.

Drei Gedankengänge sollen hier mit Blick auf die Kindergerechtigkeit in den Mittelpunkt gerückt werden:

1. Kindergerechtigkeit ist ein Maßstab, der für alle Kinder und Jugendlichen ihrer Lage entsprechend gelten muss.
2. Kindergerechtigkeit kann nur gelingen, wenn wir drei Maximen beachtet werden:
 - a. Eltern zu befähigen, ein kindergerechtes Aufwachsen zu ermöglichen;
 - b. ein öffentliches Angebot an Diensten, Maßnahmen und Leistungen bereitzustellen, das Heranwachsenden unabhängig von ihrer Herkunft eine eigene Zukunft ermöglicht;
 - c. Heranwachsende dort altersgerecht zu beteiligen, wo sie Hauptbetroffene sind.
3. Wenn Kindergerechtigkeit in Deutschland zu einem nachhaltigen Thema weiterentwickelt werden soll, müssen die elementaren Rechte von Kindern auf Schutz, Förderung und Beteiligung ein eigenes Rechtsstatut bekommen bzw. in einem eigenen Reglement zusammengeführt werden.

(Zu 1) Kindergerechtigkeit ist ein Maßstab, der für alle Kinder und Jugendlichen ihrer Lage entsprechend gelten muss. Sofern wir in Deutschland auf die allgemeine Lage von Minderjährigen blicken, können wir uns vermutlich rasch darauf verständigen, dass es Kindern und Jugendlichen im Allgemeinen noch nie so gut ging wie heute. Pauschal formuliert: mehr Rechte, mehr Bildung, mehr Mo-

bilität, mehr altersspezifische Angebote und mehr Konsummöglichkeiten als früher, mehr Möglichkeiten der eigenständigen Information, der selbstständigen Äußerung und der alltäglichen Teilhabe als je zuvor (auch wenn das Vielen immer noch zu wenig sein mag).

Insofern ist ein Verweis auf diesen verbesserten Allgemeinzustand mit Blick auf ein kindergerechtes Deutschland richtig und berechtigt. Allzu leicht übersehen wird dabei aber ein Dilemma, das mir latent auch in den Vorstellungen und Forderungen für ein kindergerechtes Deutschland angelegt zu sein scheint: die Vernachlässigung der dahinter liegenden Disparitäten, also der ungleichen Lebensbedingungen von Heranwachsenden.

Sofern man sich nämlich allein die allgemeinen Bedingungen des Aufwachsens anschaut, sich völlig zu Recht auf Mehrheitsverhältnisse beruft, übersieht man allzu leicht, dass es nennenswerte Anteile von jungen Menschen gibt, die sich unterhalb dieser Durchschnittswerte wiederfinden, die jenseits der Mehrheiten dauerhaft von Benachteiligung bedroht sind, die in der Gefahr stehen, von den Normalitätserwartungen ihrer Generation abgehängt zu werden. Insofern sind Kinder und Jugendliche in vielen Punkten eben keine einheitliche, homogene Gruppe, keine Gleichbetroffenen. Von Anfang an stehen sie vielmehr in der Gefahr, auf ihre herkunftsabhängige Unterschiedlichkeit festgelegt zu werden, anstatt in ihrer eigenen individuellen Unterschiedlichkeit respektiert und gefördert zu werden. Deshalb ist der Satz „Auf den Anfang kommt es an“ so wichtig.

Ein kindergerechtes Deutschland muss deutlich diesen Blick auf die Disparitäten im Auge behalten, die von Anfang dieses und jenseits der Familie Auswirkungen beispielsweise auf die Teilhabechancen in der Kindertagesbetreuung, in der Schule, in den außerschulischen Aktivitäten oder in der beruflichen Ausbildung, aber auch auf die gesundheitliche Entwicklung haben. Sonst setzt sich diese Debatte dem Vorwurf aus, sich in allgemeinen Überlegungen zu Kinderechten zu verlieren.

Ein kindergerechtes Deutschland, das allen Minderjährigen eine eigene Entwicklungs- und Lebensperspektive ermöglicht, muss die Abhängigkeit dieser Perspektive von der eigenen sozialen Herkunft in den Mittelpunkt stellen. Dazu ist dann

Wie wird Deutschland kindergerecht? – Aktuelle Befunde und Handlungsansätze in Gesellschaft und Praxis

beispielsweise zwar kein spezifisches Kinderrechte-Migrationsprogramm notwendig, da Migrantinnen und Migranten nicht per se marginalisiert sind, ab doch so etwas wie eine politisch geschärfte Sensibilität für die Gewinner und Verlierer in Sachen Kindergerechtigkeit – und dazu gehören Kinder mit Migrationshintergrund dann wieder überzufällig häufig dazu.

Verschärft werden diese sozialen, oft herkunftsabhängigen Disparitäten mit Blick auf das Aufwachsen von Kindern noch, wenn man sich die Probleme von kleinen und kleinsten Gruppen an Kindern und Jugendlichen vergegenwärtigt, seien es die traumatischen Bedingungen massiv vernachlässigter oder missbrauchter Kinder, seien es die Besonderheiten nicht zu Hause aufwachsender Kinder in stationären Einrichtungen oder seien es die besonderen Schutzmaßnahmen für Flüchtlingskinder und asylsuchende Minderjährige, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Plausibilisierung dieser besonderen Herausforderungen eines kindergerechten Aufwachsens sollen hier gar nicht weiter ausgeführt werden. Wichtig scheint aber zu sein, dass zum einen diese Unterscheidungen deutlicher beachtet werden, dass sich also Kinderrechtsfragen (1) bei tendenziell privilegierten Mehrheiten, (2) bei von Benachteiligung bedrohten Minderheiten und (3) bei massiv Benachteiligten und Marginalisierten anders und in anderer Schärfe stellen; und dass zum anderen die Frage nach einem kindergerechten Deutschland nur dann beantwortet werden kann, wenn die jeweiligen Besonderheiten dieser Gruppen beachtet werden. Kindergerechtigkeit darf mithin nicht bei allgemeinen Überlegungen stehen bleiben, sondern muss vor allem die ins Blickfeld rücken, die am wenigsten von insgesamt guten Allgemeinbedingungen profitieren.

(Zu 2) Weiter oben wurde formuliert: Kindergerechtigkeit kann nur gelingen, wenn man sich drei Maximen zu eigen macht: a) Eltern zu befähigen, ein kindergerechtes Aufwachsen zu ermöglichen, b) ein öffentliches Angebot an Diensten, Maßnahmen und Leistungen bereitzustellen, das Heranwachsenden unabhängig von ihrer Herkunft eine eigene Zukunft ermöglicht, und c) Heranwachsende dort altersentsprechend zu beteiligen, wo sie Hauptbetroffene sind. Und in allen drei Punkten gibt es noch Optimierungspotenziale.

(a) Am wenigsten mag vielleicht der Blick auf die Elternbefähigung einleuchten, sind die eigenen Eltern doch nicht nur der natürlichste und der wichtigste Partner der Kinder, sondern auch die verfassungsrechtlich geschützten und geforderten Erstzuständigen für das Wohlbefinden und das Aufwachsen der Kinder. Dies hat den Gesetzgeber vor 20 Jahren dazu veranlasst, im Kinder- und Jugendhilfegesetz mehrheitlich die Erziehungsberechtigten und nicht die Kinder als eigene Rechtssubjekte zu Anspruchsberechtigten zu machen.

Die damit verbundenen Grenzen werden aber spätestens beim Kinderschutz oder beim Thema der gewaltfreien Erziehung deutlich, da hier das Kindeswohl nicht automatisch in den Elternrechten aufgeht. Auch wenn Eltern unbestritten in den allermeisten Fällen das Beste für ihre Kinder wollen – aber nicht immer unbedingt wissen, was das Beste ist –, kann dies nicht immer automatisch unterstellt werden. Oder anders formuliert: Kinderrechte, wie sie hier und heute diskutiert werden, sind keineswegs selbstverständliche Bestandteile familialer Erziehung. Daher wäre es wichtig, dass Eltern darin unterstützt und befähigt werden, Kindergerechtigkeit im Alltag zu verankern. Eine Diskussion zum Verhältnis von Elternrechten und Kindeswohl außerhalb der Fachdebatten ist aber nicht zu erkennen.

(b) Vor rund 100 Jahren begann in Deutschland der Aufbau kommunaler Jugendämter, eine Errungenschaft, deren Eigenwert gar nicht hoch genug einzuschätzen ist. Gedacht und konzipiert als Ämter, in denen „Kinder Recht bekommen“, haben sie neben der Schule zur entscheidenden Ausweitung der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche beigetragen, zu der es bis heute in dieser Vielschichtigkeit weltweit vermutlich wenig Vergleichbares geben dürfte. Die damit zusammenhängenden Dienste und Leistungen in öffentlicher Verantwortung – Kindertagesbetreuung, Kinder- und Jugendarbeit, Allgemeine Soziale Dienste, Beratungsangebote, Erziehungshilfen, Familienbildung, Jugendsozialarbeit, um nur einige Schlagworte zu nennen – haben einen großen Anteil an den heutigen Standards eines kindergerechten Deutschlands. Mit anderen Worten: Wenn wir nicht dieses Spektrum an kinderbezogenen Angeboten, Diensten und Leistungen hätten, würden wir uns vermutlich mit ganz anderen Sorgen in Sachen Kinderrechte herumschlagen.

Wie wird Deutschland kindergerecht? – Aktuelle Befunde und Handlungsansätze in Gesellschaft und Praxis

Das Problem ist nur, dass wir mit Hilfe dieser Dienste und Leistungen, und hier sind die Bildungsinstanzen ausdrücklich mit einzuschließen, es offenkundig noch zu wenig schaffen, die herkunftsbedingten Nachteile des Aufwachsens auszugleichen. Zumindest scheint es lohnenswert, genauer zu klären, wann und wodurch das Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung Ungleichheiten, mit denen Kinder von Anfang an konfrontiert sind, ausgleichen kann und wann und wie diese unabsichtlich und unwissentlich fortgesetzt oder gar verstärkt werden. Denn: Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht.

(c) Ein Dauerbrenner in Sachen kindergerechtes Deutschland ist die Frage einer altersgerechten Beteiligung von Heranwachsenden. Eine häufig diskutierte Thematik ist in dieser Hinsicht die Herabsetzung des Wahlalters. Neben dieser sicherlich noch vielfach zu erörternden Frage wäre aus meiner Sicht aber eine stärkere Betonung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den alltäglichen Orten des Aufwachsens, also in den Kindertageseinrichtungen und vor allem in der Schule vonnöten. Dies ist eine Schlüsselfrage für die Ernsthaftigkeit der Kinderbeteiligung. Es ist kaum ein partizipationsförderndes Aufwachsen vorstellbar – und schon gar nicht für die weniger privilegierten Kinder –, wenn dies nicht an den Schlüsselorten des Kindes- und Jugendalters passiert. Ganztagschulen könnten diesbezüglich zu wichtigen Ermöglichungsräumen werden.

(Zu 3) Hier wurde vorhin formuliert: Wenn Kindergerechtigkeit in Deutschland zu einem nachhaltigen Thema weiterentwickelt werden soll, müssten die elementaren Rechte von Kindern auf Schutz, Förderung und Beteiligung ein eigenes Rechtsstatut bekommen bzw. in einem eigenen Reglement vereint werden. Wenn man sich die ganzen Unterlagen und Papiere in Sachen Kinderrechte anschaut, kann sich schnell der Eindruck einer großen Unübersichtlichkeit und Heterogenität einstellen. Internationale Vereinbarungen und Konventionen werden durch nationales Recht ergänzt, nationales Recht findet sich verstreut in unterschiedlichsten Rechtssystemen sowie auf unterschiedlichen Ebenen, Rechtsrealitäten werden mit Rechtswünschen vermengt und vieles mehr. Zu denken ist an die verschiedenen Ländergesetze zur Bildung oder zu aktuellen Zuständigkeitsfragen bei der Verwirklichung der Teilhaberechte von Kindern in Hartz IV-Haushalten und denen

im Rechtsbereich des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Für Normalsterbliche ist dies nicht mehr überschaubar, für die Kinderrechte ist diese Lage kontraproduktiv.

Mehr noch: Die Bildungsfragen rund um Kinder, wenn man so will, einer der folgenreichsten Gesetzeswerke für Kinder, finden sich im Wesentlichen „versteckt“ in den Ländergesetzen (ohne auch nur im Ansatz individuelles Recht zu sein), während andere große Teile von Kinderrechten rechtssystematisch den Sozialgesetzbüchern zugeordnet sind oder sich aber in eigenen Gesetzen wiederfinden.

Abgesehen davon, dass infolge dieser Verschiedenheit und „Unordnung“ in Deutschland nirgends so etwas wie ein eigenständiges Kinder- und Jugendgesetz existiert – auch das KJHG ist eher ein Kinder- und Jugendhilfe- als ein Kinder- und Jugendgesetz –, kann damit nicht wirklich das erreicht werden, was in der UN-Kinderrechtskonvention und ihren nationalen Ausformulierungen Anspruch ist: dass Kinder über ihre Rechte und Pflichten leicht und übersichtlich informiert werden. Die Folge ist, dass an allen Ecken und Enden an Zehn-Punkte-Listen gearbeitet wird, die ersatzweise helfen sollen, mit dieser Diffusität und Unübersichtlichkeit umzugehen, allerdings um den Preis, dass damit nicht mehr erkennbar wird, wo das bestehendes, reale Recht aufhört, also die Ist-Situation endet, und wo Verpflichtungen und Bedarfe, also die Sphären des Wünschens und Wollens anfangen.

Und als fatal erweist sich in diesem Zusammenhang dann auch, dies wird als objektives Hindernis im politischen Alltagsgeschäft immer wieder deutlich, dass dadurch die zentralen Orte des Aufwachsens – Familie, Kindergarten, Schule etc. – auch unterschiedlichen Rechtssystematiken zugeordnet sind. Dies wird der Sache der Kinder und Jugendlichen in vielen Punkten bestimmt nicht gerecht. So wird vermutlich das 21. Jahrhundert zu einem Jahrhundert werden, in dem die Schutz-, Bildungs- und Förderungs- sowie Teilhaberechte von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu einem auch rechtlich besser vernetzten Projekt werden müssen.

Ein Zwischenschritt ist nötig, bevor wir uns in der Frage aufreißten, Kinderrechte explizit ins Grundgesetz aufzunehmen. Zunächst ist einmal ganz pragmatisch damit anzufangen, zu klären und zu sortieren, welche Rechte und Pflichten Kinder

Wie wird Deutschland kindergerecht? – Aktuelle Befunde und Handlungsansätze in Gesellschaft und Praxis

und Jugendliche in Deutschland denn tatsächlich haben, das heißt, die Ist-Situation zu klären und transparent zu machen, um so Kindern wie Erwachsenen, um so uns allen eine Chance zu geben, besser über die reale Situation informiert zu sein. Zumindest entgeht man damit der Gefahr, nur abstrakt über Kinderrechte zu debattieren. Der Nationale Aktionsplan (NAP) wurde ins Leben gerufen, damit Kinderrechte Folgen haben, nicht nur, dass sich Erwachsene gut dabei fühlen, wenn sie darüber reden.

Der Nationale Aktionsplan ist ein wichtiger Anlass, um inne zu halten und Bilanz zu ziehen, um kontroverse Positionen zu schärfen, um Gemeinsamkeiten auszuloten, neue Übereinstimmungen und vorrangige Vorhaben zu identifizieren, um sich Klarheit über mögliche Versäumnisse zu verschaffen und der Politik so auch ein wenig den Spiegel der fachlichen Erwartungen entgegenzuhalten. Mehr darf man sich vermutlich nicht versprechen.

Aber legitim ist schon die Erwartung der Fachwelt, dass mit dem NAP-Abschlussbericht die Kinderrechte nicht in den Archiven landen. Die Frage, was an konkreten Zielen verabredet werden müsste, steht im Raum. Und beantwortet werden muss auch die Frage, wie künftig eine einfache, überschaubare und für die Öffentlichkeit zugängliche regelmäßige Berichterstattung über ein kindergerechtes Deutschland aussehen könnte, nicht als Regierungsbericht, nicht als Anklageschrift, nicht als ein einmaliger Forderungskatalog mit normativem Überschuss, sondern als ein ebenso unaufgeregter wie unabhängiger, indikatorengestützter Bericht über die Entwicklung eines kindergerechten Deutschlands. Wenn dies am Ende des NAP-Prozesses raus kommen sollte, haben wir für die Kinderrechte in Deutschland schon viel erreicht, nämlich eine regelmäßige öffentliche Erörterung. Und das hilft langfristig Kindern und Jugendlichen – vor allem denen, den es nicht so gut geht – vermutlich mehr, als viele gute Einzelaktionen. ■

- 1 Vgl. Deutsches Komitee für UNICEF (Hrsg.): Unicef-Report 2010, Frankfurt a.M. 2010, S. 216.
- 2 Vgl. Fuchs-Rechlin, K./Schilling, M.: Weit, weit ist der Weg ... Anhaltende Dynamik in der Kindertagesbetreuung, in: KomDat Jugendhilfe, 2009, Heft 3, S. 2-4. Diese Steigerung liegt vor allen Dingen an den Zuwachsraten bei den Dreijährigen. So besuchten bis Mitte der 90er-Jahre gerade mal rund 30 Prozent der Dreijährigen in Westdeutschland eine Kindertageseinrichtung. Nur knapp 15 Jahre später, 2009, beläuft sich diese Quote auf bereits 84 Prozent – Tendenz weiter steigend.
- 3 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bielefeld 2010.
- 4 Vgl. Klammer, U./Klenner, Ch./Thiel, A./Leiber, S./Ziegler, A./Bothfeld, S.: WSI-FrauenDatenReport 2005. Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen. Berlin 2010 (Tab. 5.4.13) und Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes. Nr. 411 vom 11.11.2010.
- 5 Aber: Der OECD-Schnitt liegt bei 55 Prozent (Zahlen 2008). Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Ausgabe 2010 – Tabellenband. Wiesbaden 2010, S. 19.
- 6 Je nach Altersgruppe kaufkraftbereinigt.
- 7 In Dänemark, dem Land mit der geringsten Kinderarmut in der OECD, ist es nur jedes 43. Kind. OECD (Hrsg.): Pressemitteilung zum OECD-Kinderbericht „Doing better for children“ online unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/23/48/44464365.pdf> (Abruf am 01.12.2010).
- 8 Vgl. Grabka, M./Frick, J.: Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.): DIW-Wochenbericht 77 (2010), Nr. 7, S. 2-11.
- 9 Vgl. Rauschenbach, Th./Züchner, I. (2011): Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, in: Münder, J./Wiesner, R./Meysen, Th. (Hrsg.): Kinder- und Jugendhilfe-recht
- 10 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010).
- 11 Weitere Informationen hierzu unter: <http://www.national-coalition.de>

Spot I: Wie wir das sehen – eine Kommentierung Jugendlicher

Maya Büki, Malte Kuhn,
Simon Sonntag, Philip Spahr,
Jacqueline Ziegler

Unser Thema ist „Kinder- und Jugendbeteiligung als Bestandteil unserer Gesellschaft“. Wir sind der Meinung, dass Kinder- und Jugendbeteiligung nicht nur für Jugendliche da sein sollte, sondern dass dies ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft ist und dass die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in allgemeine politische Angelegenheiten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene unsere Gesellschaft zukunftsfähiger macht. Gerade in diesen Zeiten, in denen es problematisch erscheint, sich Zukunft vorstellen zu können, kann die Meinung von Kindern und Jugendlichen entscheidend dafür sein, Zukunft zu gestalten. Wer sollte sich Zukunft besser vorstellen können als Kinder und Jugendliche? Unserer Meinung nach wird das von Politikern oft vergessen. Manche Politiker – leider noch zu viele – machen Kinder- und Jugendbeteiligung für sich selbst, für den Wahlkampf oder auch für die Kinder. Ich sehe wenige Politiker, die das weiterfassen. Zum Beispiel gehört Kristina Schröder zu den wenigen, die sagen, dass Kinder- und Jugendbeteiligung etwas Positives bewirkt hat, sowohl für die Kinder und Jugendlichen als auch für den Prozess. Wenn Politiker und auch die Gesellschaft verstehen, dass diese Beteiligung die Gesellschaft im Denken nach vorn bringt, ist es das, was wir erreichen wollen und müssen.

Uns ist Beteiligung das Wichtigste, denn ohne Beteiligung von Kindern und Jugendlichen kann nichts Neues entstehen, auf das man aufbauen kann. Wenn ich einem Kind das Recht einräume, Bildung zu erfahren, dieses Kind aber lediglich in der Schule sitzt und abschreibt, was der Lehrer an die Tafel schreibt, bringt das nichts. Ohne Beteiligung und Mitbestimmung hat das Kind auch kein Recht auf irgendetwas anderes.

Nachdem wir gehört haben, wie wichtig Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist, haben wir einige Beispiele für Kinder- und Jugendbeteiligung herausgesucht, die Sie bitte anhand der roten, gelben und grünen Karten im Hinblick darauf bewerten, wie die Beteiligung Ihrer Meinung nach funktioniert. Bei manchen unserer Beispiele funktioniert die Beteiligung super, bei manchen ist sie eher mäßig.



Wir stellen die Beispiele nacheinander vor und fragen Sie, ob die Jugendlichen Ihrer Meinung nach von den Erwachsenen so unterstützt und einbezogen werden, wie sie es benötigen. Bejahen Sie diese Frage, heben Sie bitte die grüne Karte, könnte es Ihrer Meinung nach noch besser sein, die gelbe, und wenn Sie die Beteiligung als schlecht einschätzen, die rote Karte.

1. Beispiel: Der Bürgermeister in meinem Dorf ist der Meinung, dass er uns Kinder und Jugendliche ausreichend beteiligen würde, da er doch jedes Jahr eine Schule mit 300 Kindern und Jugendlichen zu einer Fragestunde besucht, die ihn zum Beispiel fragen könnten, was mit ihrem Bolzplatz passiert.

Wie schätzen Sie diese Beteiligung ein?

Ich sehe sehr viele rote Karten und etliche gelbe. Wir selbst haben beschlossen, dass die Beteiligung als schlecht zu bewerten ist. Ich habe es auch noch nicht erlebt, dass ein Bolzplatz nach den Vorstellungen der Kinder und Jugendlichen gestaltet wurde. Wir halten diese „Beteiligung“ für einen Witz. Ich persönlich habe den Bürgermeister einmal gefragt, was er von einem Kinder- und Jugendparlament halten würde. Der Bürgermeister hält jedoch die erwähnte Fragestunde für völlig ausreichend.

Spot I: Wie wir das sehen – eine Kommentierung Jugendlicher

2. Beispiel: In vielen Kommunen gibt es Kinder- und Jugendparlamente, wo Kinder und Jugendliche mehrmals im Jahr zusammenkommen und gemeinsam ihre Vorschläge und Vorstellungen diskutieren.

Anhand der vielen grünen und gelben Karten sehe ich, dass Sie diese Form der Beteiligung als gut einschätzen. Wir selbst haben uns für gelb entschieden, weil doch noch etwas verbessert werden muss. Es ist gut, dass es solche Kinder- und Jugendparlamente gibt und dass sie auch angehört werden. Vieles wird aber noch nicht umgesetzt.

Das **3. Beispiel** betrifft das Jugendforum bei der Jugendfeuerwehr. Dieses Jugendforum findet auf verschiedenen Ebenen statt: auf Stadt- und Kreisebene, wo die Jugendlichen aus den Stadtteilen oder Gemeinden zusammenkommen, auf Landesebene, das die Kreissprecher des Landes einbezieht, und auf Bundesebene, wo sich die Landesprecher zusammenfinden.

Was denken Sie, wie das funktioniert: gut, mittel oder schlecht?

Ich sehe viele grüne und gelbe Karten, vereinzelt ein paar rote. – Eigentlich läuft es prima. Manchmal erscheinen ein paar Kreise nicht, aber die, die anwesend sind, arbeiten super mit und wir haben schon sehr viel erreicht und viele Projekte auf die Beine gestellt. Eigentlich kann es kaum besser werden. Die Jugendlichen wählen ihren Sprecher, der sie auf den höheren Ebenen vertritt – ähnlich wie in der Politik. Das funktioniert recht gut. Wenn eine Sitzung auf Landes- oder Bundesebene stattfindet, sprechen wir uns in den Kreisen mit unserem Sprecher vorher ab.

4. Beispiel: Der Kindergipfel der Naturfreundejugend Deutschlands findet alle zwei Jahre mit etwa 120 Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 16 Jahren statt. Für den Kindergipfel gilt das Motto „Kinder reden – Erwachsene hören zu“. Eine Gruppe von 15 Teilnehmern organisiert den Kindergipfel. Diese setzen sämtliche Themen zusammen mit

Experten fest und haben dabei eine große Gestaltungsfreiheit.

Denken Sie, dass Kinder und Jugendliche bei diesem Kindergipfel gut beteiligt werden und Mitspracherecht haben?

Hier überwiegen eindeutig die grünen Karten. Wir sehen das genauso wie Sie. Der Kindergipfel ist eine sehr gute Möglichkeit für uns Kinder und Jugendliche, uns zu beteiligen, den Politikern unsere Meinung zu sagen und mit ihnen in einen guten Dialog zu kommen. Dies sollte von der Politik weiter gefördert werden.

Zum Abschluss möchten wir einen kleinen Rückblick darüber geben, was uns der NAP gebracht hat. Ich war auf einer der Themenveranstaltungen hier und habe auch das Plakat „I love Mitbestimmung“ mitgestaltet. Ich fand die Veranstaltung und auch die Projekte super. Ich glaube auch, dass das Thema der Beteiligung in den Kommunen langsam ankommt. Es gibt aber noch viel zu verbessern. Ich probiere selbst, bei mir im Ort ein Kinder- und Jugendparlament aufzubauen. Ich habe jedoch keine Anlaufstelle, an die ich mich wenden kann. Daher wünschen wir uns gerade vom Ministerium, dass es Anlaufstellen gibt, die Städten und Kommunen helfen, Kinder- und Jugendbeteiligung einzubinden. Ob das in Form eines kleineren NAP abläuft, ist egal. Aber so etwas fehlt meiner Meinung nach noch. – Hier wurde gerade die Stadtvertretung genannt. Aber der Bürgermeister in meinem Ort hält Kinder- und Jugendparlamente für keine gute Möglichkeit zur Beteiligung. Seiner Meinung reicht das Jugendforum aus. Hätte ich eine Anlaufstelle im Ministerium, würde mir das Rückhalt geben.

Für uns sollte ein Resultat des NAP sein, dass die 16 Qualitätsstandards, die wir mit erarbeitet haben, als Grundlagen für jegliche Art der Beteiligung gelten sollen. Wenn Kinder und Jugendliche beteiligt werden, müssen diese Qualitätsstandards eingehalten werden. ■

Zehn Leitlinien für ein kindergerechtes Deutschland – Resümee und Ausblick der NAP-Lenkungsgruppe

Dr. Jörg Maywald,
Geschäftsführer der Deutschen
Liga für das Kind
Marlene Rupprecht, Vorsitzen-
de der Kinderkommission des
Deutschen Bundestages

Dr. Jörg Maywald: Wir als Vertreter der NAP-Lenkungsgruppe möchten sowohl ein Resümee ziehen als auch einen Ausblick geben. Wir beide waren im Jahr 2002 in New York beim Weltkindergipfel dabei, das ist nun acht Jahre her. Der offizielle Titel lautete „Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zu Kindern“.

Wir haben uns entschieden, den Dialog in drei Zeitschritten zu gestalten. Wir beginnen im Jahr 2002 in New York und den damaligen Impulsen. Wir betrachten acht Jahre NAP-Prozess. Der dritte Zeitaspekt wird sein, wo wir jetzt stehen, welche Herausforderungen sich nun stellen und wohin die Reise gehen soll.

Damals, Frau Rupprecht, in New York 2002: Der Weltkindergipfel war eigentlich für 2001 geplant. Es gab jedoch diesen schrecklichen Anschlag auf das World Trade Center. Eine Woche später war der Gipfel vorgesehen. Nun war in Frage gestellt, ob er überhaupt stattfinden würde. Im Mai 2002 war es aber soweit. Welche Bilder haben sich Ihnen eingeprägt? Welche Erfahrungen haben Sie aus New York mitgebracht?

Marlene Rupprecht: Aus heutiger Sicht betrachte ich diesen Kindergipfel als Startpunkt eines intensiven Lernens. Zu Beginn hatte ich die Erkenntnis, dass Kinderrechte für die Kinder in den Entwicklungsländern gut sind. Aber dann wurde ganz deutlich, dass die Kinderrechte auch für uns in Deutschland gelten. Das heißt, es reicht keine allgemeine Übereinkunft, die in der Schublade verschwindet, sondern die Kinderrechte haben eine besondere Bedeutung in unserem Land und man muss danach handeln. Das lernte ich im Laufe der Zeit und es war eine Bereicherung.



Marlene Rupprecht, Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages
Dr. Jörg Maywald, Geschäftsführer der Deutschen Liga für das Kind

Ich war zwar immer dafür, dass Kinder und Jugendliche beteiligt werden, aber ich war zunächst sehr skeptisch, ob man die Kinder und Jugendlichen nicht damit überfordert. Sicher gab es einige Grenzen, bei denen ich dachte, es sei zu viel. Aber was sie dann erarbeitet haben, war phänomenal und hat auch hier in Deutschland den Prozess in Gang gesetzt, Kinder und Jugendliche immer dann zu beteiligen, wenn es um sie geht. Wir haben es bei unserem ersten Zwischenbericht erlebt, dass uns die Jugendlichen darauf hingewiesen haben, dass die Beteiligung nicht nur aus den von uns ausgewählten sechs Themen besteht und wir das Recht auf Freizeit, auf Spiel und auf Raum vergessen haben. Das wurde dann hinzugefügt.

Dr. Jörg Maywald: Für mich gab es ebenfalls einige starke Bilder. Eines davon möchte ich herausgreifen. Sie kennen vielleicht aus dem Fernsehen die Pistole vor dem Hauptquartier der Vereinten Nationen, die einen Knoten im Lauf hat. Das hat mich zunächst vor dem Hintergrund des Terroranschlags beeindruckt. Dieser war noch allgegenwärtig und stellte die Frage, wie sich eine Stadt nur wenige Monate danach verhält. Diese Pistole stellte aber auch ein starkes Signal für Gewaltlosigkeit und Frieden dar.

Kofi Annan, der damalige UN-Generalsekretär, hatte die Veranstaltung eröffnet und berichtet,

Zehn Leitlinien für ein kindergerechtes Deutschland – Resümee und Ausblick der NAP-Lenkungsgruppe

wie schwierig es auch zwischen den Ländern gewesen ist, Jugendliche und Kinder zu beteiligen, wie unsicher es war, ob es überhaupt zu einem Abschlussdokument kommt, wie um jedes Wort und um sehr strittige Fragen bis in die Nacht gerungen wurde. Zum Beispiel war die Frage der Sexualaufklärung sehr strittig, auch die Frage der Todesstrafe, die auch in einigen Staaten der USA sogar für Jugendliche noch nicht gebannt war. Ob die UN-Konvention als Kinderrechtsabkommen der Bezugspunkt in dem Dokument werden sollte, war ebenfalls nicht klar. Kofi Annan vertrat sehr stark die Überzeugung, dass Kinder nicht in erster Linie ein Problem darstellen, sondern die Lösung vieler Probleme, dass sie Ressourcen sind und wir auf ihre Potenziale bauen müssen.

Marlene Rupprecht: Wir sprechen immer davon, dass Kinder unsere Zukunft sind. Die Kinder und Jugendlichen haben uns geantwortet: „Nein, wir sind die Gegenwart!“ Das beflügelt mich und setzt Maßstäbe für mich, wenn ich hier als Politikerin handle. Wir können die Kinder und Jugendlichen nicht auf die nächsten 10 bis 20 Jahre vertrösten. Bis dahin haben sie selbst schon wieder Kinder. Wir müssen unsere Vorhaben also zügig umsetzen, und zwar so, dass Kinder tatsächlich auch etwas davon haben.

Dr. Jörg Maywald: Ich hatte das Glück, bei dem Kinderforum dabei sein zu dürfen, eigentlich waren Erwachsene ausgeschlossen. Ich war in der Rolle als Übersetzer für eine deutsche Jugendliche zugegen. Die dortige Begegnung mit Nelson Mandela bleibt für mich unvergesslich. Er vertrat eindrücklich seine Überzeugung, dass das Wohl jedes Kindes immer mehr mit dem Wohl aller Kinder dieser Welt zusammenhängt. Globalisierung des Humanen, nicht nur der Politik und der Ökonomie bedeutet eine Globalisierung im Zusammenleben, dass wir nicht mehr von „den anderen Problemen“ und „unseren Problemen“ sprechen können. Ich weiß, dass gerade Kinder und Jugendliche in diesem Punkt sehr sensibel sind, dass Probleme, die scheinbar weit weg sind, doch große Auswirkungen auf uns alle haben.

Marlene Rupprecht: Ich würde sagen, sie sind einfach grenzenlos in ihrem Denken, nicht als „übermäßig“ gemeint. Wir Erwachsene stoßen stets an kommunale oder staatliche Grenzen. Kinder sehen die Welt viel zusammenhängender als wir. Wir haben gelernt, in Säulen, Ressorts und in Institutionen zu denken.

In Deutschland wurde die Diskussion geführt, ob wir internationale Verpflichtungen als 6. Themenfeld brauchen oder ob wir uns das sparen können. Was gehen uns zum Beispiel die Staaten der Dritten Welt an? Die beteiligten Kinder in New York haben uns noch einmal deutlich gemacht, dass wir alle auf einem Planeten leben. Das war auch für die anwesenden Erwachsenen eine wichtige Erkenntnis. Ich fühlte mich wie eine Grundschülerin, die zwar schon das Alphabet beherrscht, aber lernen muss, die Welt und auch die Kinderpolitik ganz neu zu betrachten. Das empfand ich als große Bereicherung. Ich habe auch internationale Verpflichtungen als Verpflichtung in unserem Land selbst begriffen. Im Moment fällt es uns schwer, die Inklusion zu verankern.

Wir sind in einem Friedensmarsch quer durch New York mit Kindern und Jugendlichen gelaufen. Das war ein beeindruckendes Erlebnis.

Dr. Jörg Maywald: Meine Erfahrung aus New York zum Thema Beteiligung kann ich insofern zusammenfassen, dass Beteiligung von Kindern und Jugendlichen uns Erwachsene bereichert. Ich habe gemerkt, dass wir eine Verantwortung für Beteiligung haben, nicht nur jungen Kindern, sondern auch Jugendlichen gegenüber. Dazu kann ich Ihnen eine Episode erzählen: In meinem Appartement wohnte auch ein 17-jähriger, ein deutscher Jugendlicher, der an dem Kindergipfel teilgenommen hat. Er erzählte mir, dass er am nächsten Tag ein Interview mit dem ARD-Frühstücksfernsehen hätte, und fragte mich, wie auf die Frage reagieren sollte, warum die USA die Konvention nicht ratifiziert hätte. Das war eine sehr heikle Frage. Ich merkte, dass Beteiligung einerseits Zuhören und Respekt, aber auch eine Verantwortung der Erwachsenen bedeutet – bis hin zum Schutz. Ich musste Konstantin vor möglichen Fallen beschützen, indem ich ihm nahelegte, dass er nicht auf alle Fragen eine Antwort geben müsse. Er könne sagen, dass er sich zu dieser Frage nicht äußern möchte. Es ist ja sehr heikel, in dem Gastland mit so einer Frage konfrontiert zu werden, die ihn möglicherweise überfordern würde – wie er es selbst ausdrückte. Also ist Beteiligung auch mit Schutz verbunden.

Marlene Rupprecht: Wir haben danach acht Jahre lang Erfahrungen gesammelt. Der Nationale Aktionsplan wurde entwickelt und sollte umgesetzt werden. Dazu gab es eine Koordinierungsrunde.

Zehn Leitlinien für ein kindergerechtes Deutschland – Resümee und Ausblick der NAP-Lenkungsgruppe

An manchen Stellen haben wir uns gefragt, ob wir tatsächlich alle über dasselbe sprechen. Verwenden wir alle dieselben Begriffe und verbirgt sich hinter den Begriffen und Standards wirklich für alle dasselbe? Wir hatten bis dahin nur über „Kinderfreundlichkeit“ gesprochen. Es war für mich eine bereichernde Erfahrung, mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie mit der Ihren, Herr Dr. Maywald, auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten. Wie haben Sie das im Umgang mit der Politik erlebt?

Dr. Jörg Maywald: Ich will zunächst etwas entscheidend Positives anmerken. Der aus meiner Sicht wichtigste Satz steht in der Einleitung zum NAP. Das Bundeskabinett hat diesen Plan 2005 verabschiedet. Dort heißt es – und oft wurde es übersehen –, dass die UN-Kinderrechtskonvention entscheidende Richtschnur für alles kinder- und jugendpolitische Handeln ist. Das war wirklich ein Wendepunkt – wenn man es ernst nimmt, Kinder wirklich als Rechtsträger und ihre Rechte als Richtschnur für alles Handeln in praktisch allen Politikbereichen zu nehmen. Der NAP hat als etwas Neues deutlich gemacht, dass es dabei nicht um Ressort-Politik geht, dass Kinder und Jugendliche nicht allein beim Bereich Familie und Jugend aufgehoben sind, sondern genauso in den Ressorts Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Beteiligung, auch in internationalen Belangen. All das gehört zusammen.

Daran schließt sich an, dass wir in Deutschland nicht mehr nur von „Kinderfreundlichkeit“ sprechen, denn freundlich sind wir alle oder wollen es zumindest sein. Entscheidend ist die Gerechtigkeit, das ist etwas ganz anderes, denn hier geht es um Ansprüche, um Grundrechte und um den Respekt vor der Würde jedes Kindes.

Hier hat sich einiges getan, auch rechtlich. Wenn man sich die Gesetze aus den letzten zehn Jahren anschaut, bemerkt man, dass sie zunehmend aus der Perspektive der Kinder formuliert werden: „Kinder haben ein Recht auf Umgang mit beiden Elternteilen“ – seit 1998. „Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung“. Das ist aus Sicht des Kindes formuliert. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz gibt es eine Reihe solcher Paragraphen. Übrigens ist auch das Recht auf einen Kindergartenplatz nicht das Recht der Eltern, sondern des Kindes. So könnte man viele Beispiele aufzählen. Es ist eine Menge erreicht worden.

„Schützen“, „Fördern“ und „Beteiligen“ muss meines Erachtens unbedingt zusammen gedacht werden, gerade beim Thema „Gewaltfreie Erziehung“. Auch als Eltern können wir nur gewaltfrei erziehen, indem wir das Kind altersgemäß beteiligen, auch wenn Konflikte auftreten, die wird es immer geben.

Marlene Rupprecht: Wir haben aber auch gelernt, zum ersten Mal richtig miteinander zu reden, weil nicht jede Seite eine Gruppe für sich gebildet hat. Wir haben wirklich einen Prozess begonnen. Das war für mich das Faszinierende. Das wichtigste in meinem Beruf ist es zu entdecken, dass ich viele Menschen kennen gelernt habe, die uns weiterhelfen, indem sie ihre Kompetenzen einbringen und wir gemeinsam nach Lösungen suchen. Das wird auch in Zukunft die Lösung vieler Probleme auf dieser Welt voranbringen, wenn wir es gemeinsam angehen, auch Gegensätze offen darlegen und gemeinsam um die Lösung ringen. Das sind für mich die wichtigsten Erkenntnisse aus dem Prozess in all den Jahren.

Dr. Jörg Maywald: Auch die Zivilgesellschaft, die NGOs, sind Teil der Kinderrechtskonvention. Die NGOs sind offizieller Partner der Regierenden. Es war eine der positiven Erfahrungen, gemeinsam an einem Thema zu arbeiten. Wir müssen hier allerdings auch über die problematischen Punkte sprechen, das gehört nun einmal dazu.

Im internationalen Aktionsplan, der die Grundlage für die nationalen Aktionspläne bildet, wurde klar formuliert, dass die Pläne zeitgebundene und messbare Ziele enthalten sollten. Es war ermutigend zu sehen, dass in unserem NAP von zeitgebundenen und messbaren, das heißt kontrollierbaren, überprüfbaren Zielen nur an sehr wenigen Punkten die Rede sein kann. Wir haben es an manchen Stellen nicht einmal vom NAP angestoßen, zum Beispiel das Ziel einer 35-prozentigen Versorgung der unter Dreijährigen mit Krippenplätzen bis zum Jahr 2013. Das ist viel zu wenig und nicht im Querschnitt gedacht.

Marlene Rupprecht: Das sind die Herausforderungen für die Zukunft. Wir müssen genau definieren, was wir wollen, in welchem Zeitraum wir es erreichen wollen und welche Maßnahmen wir dafür ergreifen müssen.

Zehn Leitlinien für ein kindergerechtes Deutschland – Resümee und Ausblick der NAP-Lenkungsgruppe

Mein Wunsch wäre dafür, dass wir den NAP fort-schreiben. Mein zweiter Wunsch ist, dass jede Re-gierung, ganz gleich welcher Couleur, den jeweils aktuellen NAP als Grundlage für ihr Programm zur Kinder- und Jugendpolitik in ihrer Regierungs-zeit nimmt. Dann kann sie zwar einzelne eigene Schwerpunkte setzen, aber eigentlich hat der Na-tionale Aktionsplan ganz klar vorgegeben, wo Handlungsbedarf ist.

Wenn ich als Lehrerin im Mathematikunterricht in meiner Klasse bei einer Bestandserhebung festge-stellt habe, dass die Kinder bestimmte Dinge nicht können, ist das nicht so angenehm für mich. Ich habe es trotzdem gemacht, weil ich wusste, dass ich an dieser Stelle noch etwas nachholen muss. Die Regierung hat ebenso die Verpflichtung, dem offensichtlichen Handlungsbedarf nachzugehen. Die Rücknahme der Vorbehalte haben wir jetzt geschafft, aber wir haben es noch nicht geschafft, die nachfolgenden Gesetze dazu so zu verändern, dass es in der Wirklichkeit der Kinder ankommt, dass Flüchtlingskinder anders als jetzt behandelt werden, dass Kinder, die sich illegal hier aufhal-ten, hier zur Schule gehen können, dass sie Zugang zum Gesundheitssystem bekommen, auch wenn es um eine kleine Gruppe von Kindern geht. Aus-landsadoptionen dürfen nicht anders behandelt werden als inländische Adoptionen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass mit Kindern gehandelt wird.

Auf diese Aspekte müssen wir genau achten und brauchen dafür klare Zielvorgaben. Da stimme ich Ihnen zu. Deshalb wünsche ich mir die Fortschrei-bung des NAP.

Dr. Jörg Maywald: Ich würde es noch ein bisschen anders formulieren. Es geht auch darum, dass Po-litik mutiger wird. Bürgerinnen und Bürger, jün-gere wie ältere, merken, wenn nur berichtet wird, was sich in den letzten fünf Jahren zum Positiven verändert hat. Wirklich Klartext zu reden hieße, die Latte so zu legen, dass deutlich wird, was wir noch nicht geschafft haben und was wir noch er-reichen wollen. Das macht Politik bisher viel zu wenig. Professor Rauschenbach hatte es bereits gesagt, dass es einen Ist-Soll-Vergleich darüber ge-ben muss, welche Rechte Kinder haben und wel-che davon aber noch nicht umgesetzt sind. Davor scheut sich die Politik bisher und das muss sich än-dern.

Marlene Rupprecht: Zumindest hat der 11. Kin-der- und Jugendbericht den Titel getragen „Auf-wachsen in öffentlicher Verantwortung“. Das lässt hoffen. Wir können uns nicht mehr darauf beschränken, dass das Aufwachsen jedermanns ei-gene Angelegenheit und Aufgabe ist – und wenn er Pech hat, wächst er irgendwo auf, wo ihm keine Chancen geboten werden. Wir haben die Rahmen zu setzen, indem wir Kinder und Jugendliche auf Augenhöhe einbinden und deren Interessen kind-gerecht wahrnehmen – nicht in einer „Mini-Play-back-Show“, so etwas lehne ich sowohl in der Rea-lität als auch in der Politik ab. Ernst nehmen heißt, ihre Vorschläge aufzugreifen und die Rahmenbe-dingungen gemeinsam mit ihnen zu klären. Dafür haben wir Standards entwickelt.

Dr. Jörg Maywald: Wir stehen am 3. Zeitabschnitt, wir befinden uns am Ende des Jahres 2010. Worin bestehen Ihrer Meinung nach die Herausforde-rungen für die nächsten Jahre, wohin muss die Rei-se in Bezug auf Kindergerechtigkeit und kinderge-rechtes Deutschland gehen?

Marlene Rupprecht: Es ist unbedingt erforder-lich, dass wir die Potenziale, die in jedem Kind und in jedem Jugendlichen stecken, entdecken und ih-nen die Chance geben, sie so zu entwickeln, dass sie gern an diesem Leben und an dieser Gesell-schaft teilnehmen.

Die Ministerin hat vorhin auch von Migranten-kindern gesprochen und davon, dass wir viel Geld investieren, um den Sprachkenntnisse zu verbes-tern. Zweisprachigkeit ist aber ein Potenzial. Wir trainieren die Kinder darauf, dass sie nur deutsch sprechen, anstatt vielleicht in der Kita Erziehe-rinnen einzusetzen, die sowohl Deutsch als auch die Sprache der meisten Migrantenkinder in dieser Einrichtung sprechen. Die Kinder können die Er-zieherin in der jeweiligen Sprache anreden, die die Erzieherin spricht. Das ist tatsächliche Förderung der Potenziale. Stattdessen sehen wir es als Defizit.

Eine ganz große Herausforderung liegt im Thema „Bildung“. Wir haben 16 Länder mit 16 verschie-denen Bildungsvorstellungen. Keiner fragt da-nach, ob das den Kindern gut tut. Nach wie vor se-lektiert, segregiert und sortiert unsere Schule aus und lässt Kinder regelrecht auflaufen. Die Schule muss sich unbedingt so verändern, dass sie Lern-und Lebensort wird und jedes Kind darin wirklich entdeckt, was es kann.

Zehn Leitlinien für ein kindergerechtes Deutschland – Resümee und Ausblick der NAP-Lenkungsgruppe

Dr. Jörg Maywald: Kinderrechte gehören aus meiner Sicht in die Verfassung. Ich teile die Meinung von Professor Rauschenbach. Wir brauchen ein überschaubares Regelwerk, das alle kennen. Für die breite Öffentlichkeit und für die Politik kann das nur heißen, Kinderrechte in das Gesetz aufzunehmen, das die Grundlage unseres Zusammenlebens in Deutschland ausmacht, und zwar mit den drei Elementen, die auch unser Motto sind: Schützen, Fördern, Beteiligen. Ergänzen würde ich noch den Aspekt „Vorrang des Kindeswohls“. Das muss eine der Aufgaben für die Politik sein.

Wir als NGO, als National Coalition, für die ich hier auch stehe, teilen nicht die Auffassung der Bundesregierung, dass es nach der Rücknahme der Vorbehalte keinen gesetzlichen Handlungsbedarf gibt. Hier muss man kritische Anmerkungen machen. Wie ist es Kindern und Jugendlichen begreifbar zu machen, dass einerseits alle Kinder gleiche Rechte haben, wir in Deutschland aber doch den Unterschied machen, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ab 16 Jahren nicht als Kinder bzw. Jugendliche behandelt werden? Wie kann man hier behaupten, dass wir keine gesetzliche Änderung brauchen?

Marlene Rupprecht: Als einen Aspekt möchte ich gern die Ombudschaften erwähnen. Das heißt, dass Kinder und Jugendliche kompetente Ansprechpartner in der Gemeinde, im Kreis, in den Ländern und auf Bundesebene haben müssen. Beim Bundestag gibt es einen Wehrbeauftragten, der verfassungsmäßig für eine Bevölkerungsgruppe zuständig ist: für die Wehrpflichtigen. Diese haben einen Ombudsmann bei der Regierung. Ich wünsche mir, dass wir in der Verfassung eine Ombudschaft für Kinder und Jugendliche festlegen, mit der gleichen Personalausstattung, wie sie jetzt der Wehrbeauftragte für zukünftig etwa 180.000 Wehrpflichtige hat. Für diesen Personenkreis hat der Wehrbeauftragte 80 Mitarbeiter. Wenn wir das auf der Bundesebene ebenfalls schaffen und gleichzeitig Ombudschaften oder Kinderbeauftragte auf der Landes- und Kommunalebene einrichten, wäre ich zufrieden.

Dr. Jörg Maywald: Verantwortung für Kinder und Beteiligung von Kindern muss sich ergänzen. Das heißt, das darf man nicht gegeneinander ausspielen. So würde ich mir übrigens auch zu dem zu installierenden Bundeskinderrechtsbeauftragten wünschen, dass es dazu einen Kinder- und Jugend-

lichenbeirat gibt und damit auch dort die Beteiligung eine große Rolle spielt.

Marlene Rupprecht: Im 18./19. Jahrhundert wussten andere, was für einen gut ist. Das weiß man ja oft für sich selbst nicht richtig, wie soll man es dann für andere wissen? Darum brauchen wir mindestens einen Beirat und stimmberechtigte Kinder und Jugendliche in diesem Gremium.

Dr. Jörg Maywald: Auf der internationalen Ebene sollte und muss es auch für Kinder ein so genanntes Individualbeschwerdeverfahren geben. Wenn Kinder auf nationaler Ebene nicht zu ihrem Recht gekommen sind, sollen sie sich an ein internationales Gremium, an den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes, wenden können.

Herr Professor Krappmann, Sie sind Mitglied in diesem Ausschuss, Ihnen möchte ich an dieser Stelle besonders danken, dass Sie im Rahmen des NAP-Prozesses aktiv beteiligt waren und uns u.a. in Genf stets zur Seite standen. Es hat uns sehr geholfen, dass Sie auch Mitglied unserer Lenkungsgruppe waren.

Ein Punkt liegt mir noch sehr am Herzen: Wir haben auch als National Coalition in den letzten Jahren mehrere Veranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt. Eine Botschaft, die ich sehr ernst genommen und immer wieder gehört habe – auch von meinen eigenen Kindern immer wieder höre –, ist, dass Kinder und Jugendliche sich mehr und mehr als Mittel zum Zweck betrachtet sehen. Kinder sollen Deutschlands Renten retten, sie sollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder herstellen. Dadurch steigt der Druck auf Kinder und Jugendliche.

G8 ist nur ein, wenn auch ein wichtiger Aspekt. Der Druck auf Kinder wird auch dadurch erhöht, dass Kinder immer an anderen Kindern gemessen werden. Auch viele Eltern haben heute enorm hohe, zum Teil überhöhte Ansprüche an perfekt funktionierende Kinder und Jugendliche. Ich verstehe die Kinderrechte und auch die UN-Kinderrechtskonvention so, dass jedes Kind sein eigener Maßstab ist, das heißt, nicht an anderen gemessen werden darf. Dazu habe ich mir ein wunderbares Zitat von John Dewey, einem amerikanischen Philosophen und Pädagogen, der ein Buch „Demokratie und Erziehung“ geschrieben hat, herausgesucht:

Zehn Leitlinien für ein kindergerechtes Deutschland – Resümee und Ausblick der NAP-Lenkungsgruppe

„An unserer Neigung, Unreife als bloßen Mangel aufzufassen, und Wachstum als etwas, was die Lücke zwischen Unreife und Reife ausfüllt, ist die Tatsache schuld, dass wir den Zustand der Kindheit vergleichend, nicht an sich betrachten. Wir behandeln ihn einfach als mangelhaft, weil wir ihn an der Erwachsenenheit als dem festen Maß messen. Das lenkt unsere Aufmerksamkeit auf die Dinge und Eigenschaften, die das Kind nicht hat und nicht haben wird, bis es erwachsen sein wird.“

Wenn wir den Versuch aufgeben, den Begriff der Unreife durch Vergleich mit den Leistungen Erwachsener zu definieren, müssen wir anerkennen, dass Unreife nicht in einem Fehlen wünschenswerter Züge besteht. (...) Wenn Leben identisch ist mit Wachstum, so lebt ein Geschöpf in einem Stadium seines Lebens genauso wirklich wie in einem anderen, mit der gleichen inneren Fülle und den gleichen Ansprüchen auf Absolutheit“

Das wünsche ich mir als Haltung.

Marlene Rupprecht: Mein letzter Wunsch an dieser Stelle ist, dass jedes Kind in Deutschland weiß, dass es (Kinder-)Rechte und auch einen Anspruch darauf hat, und dass die Erwachsenen wissen, dass es ihre Kinder stärkt und sie nicht in ihrem Elternrecht beschränkt. Wenn wir es geschafft haben, was wir in der UN-Kinderrechtskonvention niedergelegt haben, nämlich dass die Kinderrechte in unserem Land bekannt und zum Standard in jeder Schule und in jeder Familie werden, dann wird es selbstverständlich sein, dass die Gesellschaft diese auch in ihrer Verfassung so niedergeschrieben hat. Und wir werden hoffentlich noch ein bisschen dazu beitragen. Danke.

Dr. Jörg Maywald: Ich danke Ihnen auch. ■

Spot II: Wie wir das sehen – eine Kommentierung Jugendlicher

Julia Boldt, Maya Büki, Katharina Krauß, Max-Julius Roehrich, David Schuch, Simon Sonntag, Philip Spahr, Alexander Suhrkamp, Jacqueline Ziegler

Jacqueline Ziegler: In unserem „Spot an II“ stellen wir in vier Szenen vor, wie Beteiligung nicht sein sollte. In unserer **ersten Szene** sitzen drei Politiker und eine Sekretärin in einem Raum und wollen ein Plakat für einen Kindergipfel entwerfen.

- (a): Guten Morgen, wir wollen heute das Plakat für den Kinder- und Jugendgipfel entwickeln.
- (b): Das müssten wir aber sehr jugendgerecht und modern gestalten.
- (c): Was halten Sie denn von einem Bild von zwei Jugendlichen in Anzügen?
- (a): Das klingt gut. Oder wie wäre es zum Beispiel mit dem Spruch: „Partizipation – was für eine Sensation!“ Oder wie wäre es damit: „Zum Gipfel ich eile, das wird voll geile!“
- (d): Soll ich vielleicht meinen Neffen kurz hereinholen? Der ist 16 Jahre alt und wartet gerade in meinem Büro auf mich. Der hat höchstwahrscheinlich ein paar gute Ideen für Sie.
- (c): Ich denke, das wird nicht nötig sein.
- (d): Aber Sie wollten doch die Jugendlichen mehr in Ihre Entscheidungen einbeziehen!
- (b): Das war auch richtig. Aber die haben doch sowieso keine Ahnung von dem, was wir hier bereden. Die denken doch immer nur an Computerspiele und so’n Kram.

Jacqueline Ziegler: Ich finde die Sprüche auch „voll knorke“, die diese Politiker vorgestellt haben. Jugendliche sollten bei Entscheidungen, die sie selbst betreffen, von Anfang an mit einbezogen werden. Bei den Qualitätsstandards haben wir bemerkt, dass diese erst wirklich verständlich waren, nachdem sie von den Jugendlichen bearbeitet worden waren. Als ich beim ersten Mal „Partizipationskultur“ und „Symmetrische Kommunikation“ gelesen habe, hatte ich keine Ahnung, was das heißt. Ich bin mir sicher, dass auch einige der Erwachsenen das nicht wussten. Aus diesem Grund sollten Jugendliche von Anfang an mit einbezogen werden. Das hat bei unserem Plakat gut geklappt. Das haben wir von Anfang an mitgestaltet. Und so sollte es sein.



Unsere **zweite Szene** behandelt das Thema „Bildung und Chancengleichheit“. Hier sitzen drei Lehrer zusammen und entscheiden darüber, welche Kinder auf welche weiterführende Schule geschickt werden sollen.

- (a): Ich würde gern mit dem Peter anfangen. Der sollte meiner Meinung nach auf die Real-, wenn nicht sogar Hauptschule gehen.
- (b): Da kann ich Ihnen nur zustimmen. Er sagt nie etwas im Unterricht. Seine mündliche Beteiligung ist gleich Null. Aber die Arbeiten – naja.
- (c): Ich denke, der Mustafa sollte auf jeden Fall auf die Hauptschule gehen. Der kann ja nicht einmal richtig Deutsch. Wie will er da was verstehen?
- (b): Und die Sarah erst: Nichts! Und dann kritzelt sie ständig in ihrem Block herum!
- (a): Das stimmt, sie zeigt überhaupt keine Motivation. Ich wäre für Realschule.

Jacqueline Ziegler: Wir haben die Entscheidungen von den Lehrern gehört. Aber Peter ist einfach nur schüchtern und traut sich nicht, etwas zu sagen und sich zu melden. Mustafa ist aus einer türkischen Familie und hat nur türkische Freunde. Wie soll er da bitteschön richtig Deutsch lernen? Und Sarah ist nicht unmotiviert, sie ist einfach nur unterfordert und kann den ganzen Schulstoff schon und findet den Unterricht total langweilig. Deshalb sollte die Einzigartigkeit von jedem Kind erkannt und gefördert werden. Es kann nur Chan-

Spot II: Wie wir das sehen – eine Kommentierung Jugendlicher

cengleichheit bestehen, wenn jedes Kind auf seine Weise gefördert wird, auch durch die richtige Bildung. Durch Bildung kann auch Beteiligung entstehen.

Die **dritte Situation** spielt wieder in der Schule, aber diesmal kommt eine neue Lehrerin in die Schule und sieht, dass es keine Schülervertretung gibt und dass generell die Kinderrechte nicht im Unterricht behandelt werden.

(a): Guten Morgen, ich bin eure neue Deutschlehrerin, Frau Kramer. Wer von euch ist denn der Klassensprecher?

(b): Klassensprecher? So etwas haben wir hier nicht.

(a): Wie? Ihr habt keinen Klassensprecher? Wer kommuniziert denn mit der SV?

(b): SV? Was soll denn das sein?

(a): Entschuldigt mich mal einen kleinen Augenblick, ich bin gleich wieder da. – Guten Tag, Frau Direktor, ich habe gerade erfahren, dass es hier keine Schülervertretung gibt. Es ist dringend notwendig, dass eine Schülervertretung gewählt wird, damit man auch die Meinung der Schüler hört und auf sie eingehen kann. Diesbezüglich möchte ich auch die Kinderrechte im Unterricht behandeln, denn die Kinder wissen überhaupt nicht, was sie in Deutschland für Rechte haben und was sie machen können.

(c): Warum denn? Die Direktion sieht doch, was den Schülern gefällt. Nein, für so ein unwichtiges Thema verschwenden wir doch nicht unsere Unterrichtszeit.

Alexander Suhrkamp: Beteiligung beginnt in der Schule. Je früher die Kinder eingebunden werden – wenn es anfangs auch nur kleine Entscheidungen sind –, desto selbstverständlicher ist es für sie, dass sie mitbestimmen dürfen. Das Thema „Kinderrechte“ sollte stärker in der Schule thematisiert werden. Ich glaube nicht, dass jeder in meiner Klasse weiß, was für Rechte er eigentlich hat.

Jacqueline Ziegler: Die **vierte Szene** besteht aus zwei Teilen. Zunächst gucken sich zwei Jugendliche die Nachrichten an.

(a): Und nun zur Wirtschaft: Durch ein neues Konjunkturpaket hat sich der Staat um weitere 30 Milliarden Euro verschuldet. In den nächsten Jahren soll nun versucht werden, durch drastische Steuererhöhungen die Schulden wieder einzutreiben.

(b): Oh, davon sind wir ja betroffen. Schließlich werden wir später arbeiten und müssen dann noch mehr Steuern zahlen, als jetzt schon gezahlt werden.

(c): Das ist eine Unverschämtheit. Wir müssen für die Schulden, die die jetzt auf sich nehmen, einstehen. Wir haben gar kein Mitspracherecht, wir haben überhaupt nichts zu sagen, wir werden gar nicht ernst genommen.

(a): Zehn Jahre später. Die beiden Jugendlichen sind inzwischen erwachsen. Die Mehrwertsteuer liegt mittlerweile bei 35,3 Prozent, weitere Erhöhungen sind in Aussicht.

(b): Hallo, Schatz, ich bin zu Hause!

(c): Hallo, Liebling.

(b): Was ist denn mit dir los?

(c): Der Monat ist halb rum und wir haben kein Geld mehr auf dem Konto.

(b): Schon wieder nicht?

(c): Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll.

(b): Ich weiß doch auch nicht mehr, wie es weitergehen soll. Damals, als die Steuern erhöht wurden, konnten wir uns gar nicht dazu äußern. Wir wurden nicht einmal gehört. Wir hatten keinen Ansprechpartner. Es kann doch nicht sein, dass immer alle Probleme auf die nächste Generation abgeschoben werden, die sich nicht dagegen wehren kann.

Alexander Suhrkamp: Entscheidungen, die wir jetzt treffen, betreffen uns auch in der Zukunft. Die Folgegeneration sollte nicht darunter leiden, was für Entscheidungen wir heute treffen, besonders nicht, wenn sie stark davon betroffen ist, wie zum Beispiel in diesem Fall. ■

Kindergerechtigkeit im internationalen Kontext

Marta Santos Pais, Sonderbeauftragte des UN- Generalsekretärs zum Thema Gewalt gegen Kinder

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und liebe junge Tagungsteilnehmer,

Ihren Beitrag von heute Morgen fand ich ungeheuer anregend und ich fühle mich sehr geehrt, am bundesweiten Abschlusskongress zum Deutschen Nationalen Aktionsplan für Kinder 2005-2010 teilnehmen zu dürfen. Ich darf der deutschen Regierung und den Organisatoren dieser Konferenz zu dieser großartigen Plattform gratulieren, die sie da geschaffen haben und die dazu angetan ist, an die vielen wichtigen Dinge zu erinnern, die in den letzten fünf Jahren erreicht wurden, und Bilanz zu ziehen, aber auch, davon zu träumen, was in den nächsten fünf oder etwas mehr Jahren erreicht werden soll, damit die jungen Menschen, die heute hier bei uns sind, in der Gewissheit zurückblicken können, dass es das wirklich wert war und wir ein besseres Deutschland und ein besseres Europa geschaffen haben.

Besonders freut es mich, dass Ihr Treffen am Vorabend des Tages der Menschenrechte stattfindet. Zeigt dies doch, dass die Rechte der Kinder zentrale Stelle bei den Menschenrechten einnehmen und wir heute erneut zusammen unserem starken Engagement für die Rechte des Kindes Ausdruck verleihen können, was zur Verbesserung der Menschenrechtssituation überall beiträgt.

Mir ist bewusst, dass dies heute bereits vor mir gesagt wurde: Der Nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland gehörte weltweit zu den ersten Aktionsplänen, die im Nachgang zur UN-Sondersitzung des Jahres 2002, dem Weltkindergipfel in New York, entwickelt wurden. Das zeigt meines Erachtens, dass Deutschland eine katalytische Rolle als Wegbereiter für den Schutz von Kinderrechten einnahm und damit viele andere Länder der ganzen Welt beeinflusste. Ich habe keinen Zweifel daran, dass der Nationale Aktionsplan bis heute als Inspirationsquelle dient und seine anspruchsvollen Grundsätze auch in den kommenden Jahre ihre Gültigkeit behalten werden, so wie er weiterhin das Fundament für alles bieten wird, was Sie möglicherweise in der Zukunft unternehmen werden.



Marta Santos Pais,
Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs zum Thema Gewalt gegen Kinder

Natürlich hat sich die Welt inzwischen verändert und sicherlich besteht immer die Möglichkeit, es noch besser zu machen und neue Strategien der Welt anzupassen, die wir in Deutschland gerne bauen würden. Gleich zu Beginn möchte ich auch meinen Dank für die Unterstützung durch die deutsche Regierung ausdrücken, die sie meiner Arbeit in der Funktion mit dem langen Namen der „Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für Gewalt gegen Kinder“ zukommen ließ. Von Anfang an war Deutschland eine große Stütze und ein starker Verbündeter meiner Arbeit und genauso weiß ich, dass auch Sie alle hier Unterstützer und Verbündete meiner Arbeit sind – dafür herzlichen Dank! Zur Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder brauchen wir jeden, das wissen Sie alle!

Der Schutz von Kindern vor Gewalt ist eine wesentliche Dimension der UN-Kinderrechtskonvention. Und er ist natürlich gleichermaßen ein wesentlicher Punkt der „World Fit for Children Agenda“, die bei der „Sondersitzung zur Lage der Kinder“, dem so genannten Weltkindergipfel, im Jahr 2002 vereinbart wurde. In meinen Augen zeigt sich an diesem Punkt am besten, wie stark sich eine Regierung den Rechten von Kindern verpflichtet fühlt. Hier entscheidet sich, ob eine Gesellschaft Kinder vor allen Formen von Gewalt schützen will oder nur vor einigen, die deutlicher zutage treten, weil sie eine größere Medienaufmerksamkeit erfahren oder weil etwas Dramatisches passiert ist. Wenn in der Gesellschaft ein starkes Engagement und Bewusstsein vorhanden ist, dann sind wir auf dem besten Wege zu einer Gesellschaft, die alle Rechte der Kinder schützt. Also versuche ich im Rahmen meiner Rolle dafür zu sorgen, dass dieses Thema

Kindergerechtigkeit im internationalen Kontext

stets ganz oben auf der Tagesordnung steht. Genauso versuche ich aber auch, Veränderungen zu fördern und als Katalysator zu wirken, indem ich gute Lösungswege und Initiativen aus allen Teilen der Welt bekannt mache, so dass auch andere Länder und andere Gesellschaften auf das stolz sein können, was sie tun. Das muss nicht stets genau das gleiche sein, aber es kann ja immer besser werden. Genau dieser Geist bringt mich hier nach Berlin, um von Ihnen zu lernen und dann anderswo von den wunderbaren Dingen, die Sie erreicht haben, und von Ihren Zukunftsplänen zu künden, aber auch, um mit Ihnen gemeinsam einige der vielversprechenden Initiativen aus anderen Teilen der Welt zu teilen, in der Hoffnung, dass sie die Überlegungen dabei unterstützen können, wie man in Deutschland langfristig die Einhaltung der Kinderrechte aufrechterhalten und verbessern kann.

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass das Jahr 2010 ein ganz besonderes Jahr in Bezug auf die Rechte der Kinder ist. Sicherlich ist Ihnen bekannt, dass dieses Jahr von vielen positiven Jubiläen geprägt ist: Wir blicken auf zwanzig Jahre des Übereinkommens über die Rechte des Kindes, kurz UN-Kinderrechtskonvention, nicht nur der Übereinkunft, sondern des eigentlichen Inkrafttretens der Konvention. Wir feiern 10 Jahre des Inkrafttretens der beiden Zusatzprotokolle zur Kinderrechtskonvention zu den Themen „Kinder und ihre Beteiligung in bewaffneten Konflikten“ und „Kinderhandel“, „Kinderprostitution“ und „Kinderpornografie“. Wir begehen auch das 10jährige Bestehen des Beschlusses des Palermo-Protokolls (offizieller Name: „Zusatzprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität“ über die Verhinderung, Bekämpfung und Strafverfolgung von Menschenhandel, einschließlich des Kinderhandels, und wir verzeichnen 10 Jahre nach Inkrafttreten der ILO-Konvention über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit.

Wie Sie aus meiner Liste ersehen, haben alle diese Ereignisse sehr viel mit kinderbezogenen Maßnahmen zu tun und auf jeden Fall viel mit dem Schutz von Kindern vor Gewalt. Ich möchte dabei herausstellen, dass Deutschland alle diese Verträge ratifiziert hat und damit die Möglichkeit besitzt, sich stets an den Bestimmungen und Grundsätzen der Verträge orientieren zu können. Damit wirkt Deutschland für viele andere Länder der Welt als

Vorbild darin, wie man die Bestimmungen der Verträge auf bestmögliche Art und Weise umsetzt.

Diese wichtigen Übereinkommen haben dazu beigetragen, die Rechte von Kindern von einer Fußnote der politischen Agenda, einem Zusatz, einem nachgeordneten Thema, das einige von uns mit an den Verhandlungstisch bringen, in etwas zu verwandeln, das niemand mehr ignorieren kann. Dieses Thema befindet sich inzwischen im Zentrum unserer Überlegungen. Und viele von Ihnen haben dies am Morgen auch wesentlich besser zum Ausdruck gebracht, als ich es kann.

Gleichzeitig gibt es noch eine andere Erkenntnis, die uns unsere jungen Teilnehmer heute Morgen in einzigartiger Art und Weise zu Bewusstsein gebracht haben, und zwar: Wir haben hier Kinder und Jugendliche auf eine andere Art und Weise kennen gelernt, bzw. begonnen, sie kennen zu lernen: Sie sind nicht nur Menschen in Gefahr, die geschützt, unterstützt und geführt werden müssen, sondern sie sind Partner an unserer Seite bei der Veränderung unserer Gesellschaft. Wir können von ihnen lernen. Sie halten unsere Ungeduld und unseren Ehrgeiz wach und sie können gleichzeitig so klar in den Botschaften sein, die sie vermitteln. Sie werden mir darin sicher zustimmen. Das nehme ich von der Präsentation an diesem Morgen mit. Was wir auf sachliche Weise versuchen auszudrücken, wird viel klarer, wenn es von unseren jungen Teilnehmern kommt.

Wie wir bereits am Morgen hörten, nahmen auch an der UN-Sondersitzung Kinder teil, was etwas ganz Besonderes war. Tatsächlich hat es die UNO in Farbe und Geist verändert, aber vor allem haben uns die jungen Leute daran erinnert, dass sie keine Ausgabe, sondern eine Investitionen sind, wie sie es am Morgen formulierten, sie sind nicht die Zukunft, sie sind die Gegenwart und in Wirklichkeit sind sie Ressourcen, die uns helfen, Lösungen für die Probleme zu finden, die wir gemeinsam überwinden müssen. Deshalb denke ich, dass wir heute, 20 Jahre nach Beginn der Umsetzung des Übereinkommens, so viel stärker sind, so viel mehr wissen; es gibt nicht mehr so viele Ausreden, wenn es darum geht, es besser zu machen. Es gibt natürlich viele Dinge, die ich Ihnen über die Prozesse, die in vielen anderen Teilen der Welt stattgefunden haben, mitteilen könnte, aber ich werde mich auf zwei oder drei Dinge beschränken, von denen

Kindergerechtigkeit im internationalen Kontext

ich glaube, dass sie auch für Deutschland und viele andere europäische Länder von Nutzen sind.

An erster Stelle denken wir sehr oft, dass wir zur Durchsetzung der Menschenrechte und der Kinderrechte gute Gesetze bräuchten. Natürlich brauchen wir gute Gesetze – ich als Juristin stimme mit Ihnen überein, aber wir wissen auch, dass Gesetze nicht ausreichend sind, sondern nur die Grundlage bilden. Aus den Erfahrungen in anderen Ländern sehen wir: Wenn die Kinderrechtsbestimmung in den Grundrechten, in der Verfassung eines Landes verankert und sichtbar festgeschrieben sind, ist das nicht nur etwas, das wir bei anstehenden Entscheidungen nicht mehr ignorieren können, sondern die Rechte des Kindes werden tatsächlich bei jeder neuen Rechtsvorschrift, jeder neu zu entwickelnden politischen Linie, jeder neu zu entwickelnden Maßnahme, jedem neu zu verabschiedenden Budget das vorrangige Anliegen darstellen. Wenn wir diese Chance vergeben, lassen uns der Druck der Wirtschaftskrise, der Druck der wirtschaftlichen Rezession, der Druck der Migranten, die in unsere Länder drängen, der Druck der Lebensmittelknappheit auf der Erde vergessen, was wesentlich ist. Und wir wissen: Wenn wir in Kinder investieren, gewinnt tatsächlich die gesamte Gesellschaft; es sind nicht nur die Kinder die Gewinner. Das ist die erste Lektion, die ich persönlich mitnehme.

Die zweite Lektion, die ich dem Prozess in vielen Ländern entnommen habe, ist: Koordination unter den Abteilungen ist in jeder Regierung sehr wichtig. Auch die Koordination zwischen der Zentralregierung und dezentralen Maßnahmen. Ich weiß, dass in Deutschland die Gesetze der Länder extrem wichtig sind. Wenn der Überblick über eine Maßnahme nicht gewahrt und sie nicht in regelmäßigen Abständen überprüft wird, dann lassen wir trotz der besten Absichten Ungleichheiten entstehen und vergeben die Chance, die verschiedenen Entwicklungsebenen, die in unserer Gesellschaft bestehen, zu verringern.

Sie haben eine Reihe von Kindern angesprochen, die in Ihrem Land anfälliger bzw. benachteiligt sind. Das ist genau der Grund, warum Kooperation so wichtig ist. In dieser Hinsicht ist natürlich die übergeordnete Rolle der nationalen Regierung ausschlaggebend und das entsprechende Ministerium spielt eine ganz wichtige Rolle, wie wir sehr wohl wissen.

Die dritte Lektion, die ich gelernt habe, ist die, dass es trotz des Fortschritts in allen Ländern einer unabhängigen Institution bedarf, einer unabhängigen Stimme, die bei jeder Entscheidung dazu Stellung nimmt, was das Beste im Interesse des Kindes ist – ich spreche hier über einen Anwalt des Kindes, eine Ombudsstelle, einen Beauftragten für Kinderrechte – es gibt die unterschiedlichsten Namen. Gibt es eine solche Stelle nicht, könnten wir manchmal vergessen, was wir zu erreichen suchen. Eine Ombudsstelle, natürlich mit der richtigen finanziellen Ausstattung, bietet eine einmalige Gelegenheit, die Bedürfnisse der jungen Menschen, ihre Sehnsüchte und Erwartungen, aber auch ihre Frustrationen zu vermitteln und dazu beizutragen, immer gut fundierte Entscheidungen zu treffen, die dem entsprechen, was das Beste für die Kinder ist, nicht für die Eltern, nicht für die Fachleute, nicht für die politischen Fraktionen, Entscheidungen zu treffen, die tatsächlich die Kinder in den Mittelpunkt stellen. Ich bin davon überzeugt, dass diese drei Elemente, die ich hier natürlich sehr kurz gefasst habe, für alle Gesellschaften, nicht nur für Deutschland, Gültigkeit haben. Aber auch hierzulande können sie vielleicht bei der Gestaltung einer Vision für die kommenden Jahre an der Arbeit für die Rechte der Kinder hilfreich sein.

Welche Schlussfolgerungen ziehe ich aus diesen sehr einfachen Beispielen? Die Umsetzung der Kinderrechte kann nie enden. Je mehr wir voranschreiten, desto anspruchsvoller werden wir. Unsere Träume schweifen immer in die Ferne und das ist das Schöne am Umgang mit Kinderthemen. Wir legen die Messlatte sehr hoch an, denn die Frustrationen werden auf einer alltäglichen Ebene sehr deutlich spürbar. Der hohe Anspruch ist gut so, er hält uns jung und den Jugendlichen sehr eng verbunden. Aber er ist auch eine Erinnerung daran, dass die im Jahr 2002 vereinbarte Agenda keine kurzfristige ist, sondern eine, die dazu beiträgt, Regierungsmaßnahmen mit dem Rahmen einer langfristigen Vision zu versehen – und eine solche langfristige Vision ist die „Konvention über die Rechte des Kindes“. Also bin ich zuversichtlich, dass Ihr Einsatz „für ein kindergerechtes Deutschland“ über das Jahr 2010 hinaus ein ganz besonderes Geschenk für Kinder in Deutschland bleiben wird und auch eine ganz besondere Herausforderung für alle jene, die dazu beitragen, die Agenda in der Zukunft zu gestalten.

Kindergerechtigkeit im internationalen Kontext

Nun möchte ich noch einmal in die Vergangenheit zurück blicken und Deutschland für seinen sehr guten Nationalen Aktionsplan beglückwünschen. Wie schon gesagt, ist es wunderbar, dass Sie den Mut hatten, unter den ersten Ländern zu sein. Es gab also keinen vorgegebenen Fahrplan, dem man hätte folgen können, im Gegenteil, Sie haben für viele andere Regierungen einen Fahrplan geschaffen. In der Tat ist der Nationale Aktionsplan Deutschlands zur Referenz für viele andere Länder geworden und das ist ein Erfolg an sich.

Der zweite wichtige Aspekt am Aktionsplan Deutschlands ist die Tatsache, dass die wichtigsten Bausteine des Plans, damals relevant waren und es heute immer noch sind und ich wage zu sagen, dass sie dies auch in der Zukunft noch sein werden. Wenn da nämlich die Rede von einer Schlüsselrolle der Kinder und Jugendlichen bei der Entscheidungsfindung ist, ist das auf unbegrenzte Zeit angelegt. Das gilt ebenso, wenn Sie von einer Erziehung ohne Gewalt sprechen oder wenn Sie betonen, wie wichtig es ist, Ungleichheiten zu verringern und einen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schaffen, in dem Unterschiede nicht existieren. Das alles ist fantastisch und sehr positiv. Zudem war es für mich eine Inspiration, in der englischen Fassung des Nationalen Aktionsplans zu lesen, dass der Plan berücksichtigt, dass eine Gesellschaft ständig in Veränderung begriffen ist und daher Monitoring und Evaluation immer wesentliche Aspekte bleiben müssen, genauso wie es immer Raum für Verbesserungen und Korrekturen geben muss. Die Chance, die ein nicht in Stein gehauener, sondern ein sich lebendig entwickelnder Plan bietet, ist an und für sich eine Inspiration, für die ich Ihnen erneut gratulieren möchte. Ich hoffe, Sie werden das als eine Dimension in der Zukunft beibehalten.

Ich halte es, wie gesagt, für vorbildlich, dass die Beteiligung junger Menschen als ein zentrales Element des Nationalen Aktionsplans Deutschlands anerkannt wurde – es haben heute schon viele Redner darauf verwiesen, darunter natürlich auch Frau Ministerin Schröder. Wie Sie wissen, ist das Recht des Kindes, an Entscheidungen mitzuwirken, ein Grundrecht der Konvention – nach meinem Dafürhalten ist es wahrscheinlich das revolutionärste Recht der Konvention. Es unterstützt uns dabei, die Demokratie in unseren Gesellschaften neu zu erfinden. Verlieren können wir dabei nicht.

Als letzten Pluspunkt möchte ich hervorheben, dass der deutsche Aktionsplan dazu beitrug, die öffentliche Aufmerksamkeit für die Rechte des Kindes in der deutschen Gesellschaft zu erhöhen. Ich bin sicher, dass es heute mehr Menschen gibt, die Ihnen sagen können, was die Kinderrechtskonvention ist und was die Rechte des Kindes bedeuten. Aber es gibt noch viele, die es nicht wissen, und wir dürfen daher in unseren Bemühungen nicht einhalten, jedoch hat es sich gelohnt, in dieser Richtung zu investieren. Wenn ich mir die jüngste Entscheidung Deutschlands ansehe, die die Hürden zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention beseitigt, so hat klar das öffentliche Bewusstsein dazu beigetragen, dass die Vorbehalte ausgeräumt werden konnten. Ich möchte diese Entscheidung Deutschlands ausdrücklich begrüßen, weil sich damit eine neue Chance eröffnet, das Übereinkommen in vollem Umfang umzusetzen, anstatt nur in einigen Einzelteilen mit Einschränkungen, auf die sich die Vorbehalte bezogen.

Also: Gut gemacht, Deutschland! Aber weil ich das so spannend finde, sage ich: Okay, lasst uns jetzt auf die Zukunft schauen. Was sind die wichtigsten Aspekte, die uns davon träumen lassen, was geschehen soll, und wie können wir uns alle die Hände reichen, um diesen Prozess voranzubringen? Bei diesen Worten bin ich mir auch deutlich bewusst, dass das Jahr 2012 den 10. Jahrestag des Weltkindergipfels bringt – Jubiläen haben wir eben immer gern! Ein Jahrzehnt ist ein wichtiges Moment, ein wichtiger Kreuzungspunkt, von dem es in die richtige Richtung weiter gehen oder nicht so gut laufen kann.

Ich erinnere mich, dass Deutschland bei der Vorbereitung des Weltkindergipfels eine führende Rolle gespielt hat, indem es eine Vorbereitungssitzung ausgerichtet hat, auf der alle europäischen Länder zusammenkamen, um ihre Vorstellungen darüber einzubringen, was der Gipfel sein sollte. Ebenso hatte Deutschland durch seinen Ständigen Vertreter bei den Vereinten Nationen in New York, Herrn Dr. Schumacher, die Koordination und Verhandlungsführung für das offizielle Schlussdokument der Sondersitzung inne und ich fände ich es wunderbar, wenn Deutschland noch vor dem Jahre 2012 erneut als Gastgeber einer europäischen Konferenz auftreten könnte, die die Zeit nach 2012 ins Visier nimmt. Bis dahin hätte Deutschland einen Nationalen Aktionsplan vorzuweisen, der für viele andere Regierungen den Weg weisen könnte.

Kindergerechtigkeit im internationalen Kontext

Wenn Sie diese Möglichkeit ergreifen möchten, könnten Sie maßgeblich Einfluss auf eine neu zu entwickelnde Agenda nehmen, denn, wie Sie wissen, erreicht die Millenniumserklärung im Jahre 2015 ihren Endpunkt. Die Entwicklungsziele dieser Erklärung werden zwar nie ein endgültiges Ende nehmen, aber Ende 2015 erreichen wir den Abschluss der gegenwärtigen Phase und Sie könnten Einfluss auf die Entwicklung der Agenda nach 2015 nehmen. Wenn Sie dies vorhaben, werde ich gerne kommen und Ihnen zur Seite stehen und ich hoffe, die Idee wird Sie zukünftig beflügeln.

Jetzt möchte ich noch ein wenig über mein Mandat sprechen. Noch einmal: Ich bin sehr beeindruckt von der Dimension im Nationalen Aktionsplan, die darauf abzielt, dass die Erziehung von Kindern ohne Rückgriff auf irgendeine Form von Gewalt vollzogen werden sollte. Ich weiß, dass Sie über eine starke Gesetzgebung in dieser Hinsicht verfügen und dass Sie viele Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreifen, was fantastisch ist. Aber wie Sie wissen, reichen die Maßnahmen leider nie aus. Dazu möchte ich Ihnen ein paar Zahlen nennen:

Wir gehen davon aus, dass weltweit zwischen 500 Millionen und 1,5 Milliarden Kinder pro Jahr von irgendeiner Form von Gewalt betroffen sind. Einige von Ihnen hier im Saal waren vor ein paar Tagen in Rom, wo der Europarat eine neue Initiative gegen sexuelle Gewalt gegen Kinder lanciert hat und wir müssen davon ausgehen, dass mindestens 1 von 5 Kindern pro Jahr sexuelle Gewalt erfährt.

Wir sprechen hier nicht von einer Bagatelle; Studien der UNICEF in Entwicklungsländern haben ergeben, dass jedes Jahr mehr als 86% der Kinder in irgendeiner Form von Gewalt betroffen sind. Es ist also die große Mehrheit der Kinder, von der wir sprechen. Ich beziehe mich hier nicht nur auf Kinder, die Opfer von Menschenhandel oder in Prostitution verwickelt sind. Ich spreche über alle Formen von Gewalt.

Ich spreche von Kindern, die gedemütigt und instrumentalisiert werden, indem sie zum Betteln gezwungen oder in der Familie schlecht behandelt werden, die – sei es in der Familie oder in der Schule – emotional ausgebeutet werden, indem sie Opfer von Mobbing werden (fast 65% der Kinder erleiden in den Schulen Mobbing).

Ich spreche von vernachlässigten Kindern in Betreuungseinrichtungen in vielen Teilen der Welt, auch in Europa, wie Ihnen bekannt ist. Ich denke auch daran, was sehr kleine Kinder in dieser Hinsicht erleiden, wohl wissend, dass Lothar Krappmann ein großer Fürsprecher für diese wichtige Altersgruppe ist. Je jünger das Kind ist, desto unumkehrbarer werden die Auswirkungen von Gewalt. Gewalt wirkt sich aus auf die Entwicklung des Gehirns, auf die Fähigkeit, mit anderen Kindern und Erwachsenen zu interagieren und zum eigenständigen und mündigen Bürger unserer Gesellschaft aufzuwachsen.

Gewalt verletzt, Gewalt erzeugt Narben, die für immer bleiben, aber darüber hinaus bringt sie einzigartige gesellschaftliche Folgekosten mit sich und zwar in jedem beliebigen Land. Ich möchte Ihnen dazu Zahlen wiedergeben, die ich gerade gestern in einer Sitzung der Europäischen Union in Brüssel bekommen habe und die mir – um ehrlich zu sein – auch nicht bewusst waren. In den europäischen Mitgliedsstaaten – 27 Mitgliedstaaten – belaufen sich jedes Jahr die Kosten nur von häuslicher Gewalt auf 16 Milliarden Euro. Darüber hinaus hat die Europäische Union herausgefunden, dass sich die Rendite für jeden investierten Euro auf 87 Euro belaufen kann. Ich bin sicher, Sie werden mir zustimmen: Wenn wir über die Wirtschaftskrise in allen unseren Ländern besorgt sind, dann lasst uns in Kinder investieren und sie vor Gewalt schützen und wir werden eine Menge Geld einsparen – in jedem Land.

In der sehr materialistischen Welt, in der wir leben, sind dies Argumente, die das Herz und das Gehirn zahlreicher Partner treffen werden. Daher müssen wir diese Zahlen natürlich öffentlich machen. Ich will darauf hinaus, dass all dies dramatisch ist, obwohl in den meisten Gesellschaften Gewalt nach wie vor stark unter Verschluss gehalten wird, es sei denn, es passiert etwas Dramatisches und man erfährt im Fernsehen oder im Radio oder der Zeitung davon. Tatsächlich aber halten in den meisten Gesellschaften Eltern, Betreuer und Lehrer die Disziplinierung von Kindern mit einer gewissen Form von Gewalt für normal: „Es hat mir nicht geschadet, ich bin so ein guter Bürger und verantwortungsbewusster Erwachsener und deshalb wird es für das Kind etwas Positives bringen.“ Also muss sich unser Bewusstsein ändern und dies bedeutet, dass wir dieser Ansicht in der öffentlichen Debatte ein Ende setzen müssen. Natürlich

Kindergerechtigkeit im internationalen Kontext

ist in dieser Angelegenheit die Unterstützung der Medien sehr wichtig.

Jetzt möchte ich mit Ihnen darüber nachdenken, wie es sich für die Kinder anfühlt. Wenn in den häufigsten Fällen Gewalt von den Menschen verübt wird, denen Kinder vertrauen und die sie kennen, seien es Mitglieder der Familie, Nachbarn, Freunde oder der Lehrer oder Erzieher in einer Institution – wie fühlen Kinder da? Wie mutig müssen sie sein, um die Geschichte ihres Leidens jemandem anzuvertrauen? Können sie das Gefühl haben, ihnen wird geglaubt? Was ist die Aktion, die daraufhin folgt?

Jedes Mal, wenn ich im Rahmen meiner Arbeit Kinder treffe, bekomme ich zu hören, dass niemand bereit ist, ihnen zuzuhören. Wenn sie ihre Geschichte erzählen, werden sie nicht ernst genommen oder bekommen zu hören: „Es ist nicht so schlimm.“ – „Was erzählst du denn da?“ – „Alle Kinder müssen da durch.“ Sie werden eher verurteilt, als dass man ihnen zuhört und ihnen mit Verständnis begegnet. Von Anfang an gibt es diese Versuchung zu stigmatisieren: „Nun, wenn etwas so Schlimmes mit dir passiert, dann weil du etwas Schlimmes gemacht hast.“ Und Kinder bekommen ein Gefühl von Schande und Schuld, weil sie sich über Menschen beklagen, die ihnen nahe stehen und die sie lieben. Wenn Länder Gewalt gegen Kinder kriminalisieren und selbst Familienmitglieder kriminalisieren, ist das für Kinder sehr, sehr dramatisch.

Dieses Muster müssen wir ändern, drin sind wir uns einig. Für mich gibt es drei Dinge, die dabei sehr wichtig sind, und ich erwähne sie, weil ich sie für jede nationale Strategie für Kinderrechte – nicht nur bezogen auf Gewalt – für relevant halte. Was brauchen wir also?

1.) Zuerst bedarf ein Land, das sich der Bekämpfung, der Verhinderung von Gewalt verpflichtet fühlt, einer **nationalen Vision**. Wir müssen wissen, wo wir hingelangen wollen und wo wir heute stehen. Das bedeutet, wir brauchen eine **Strategie**, die unsere Schritte auf dem Weg dorthin lenkt. Eine Strategie, die eine gute Koordination der Maßnahmen zwischen den Regierungsabteilungen, anderen staatlichen Institutionen und der Zivilgesellschaft und den jungen Leuten mit einschließt. Wir brauchen Ressourcen, die dieser Vision

und der Strategie entsprechen, sonst haben wir nichts weiter als eine Liste von Wünschen. Und wir müssen in regelmäßigen Abständen bewerten, wie gut wir vorankommen. Unsere Traumvorstellung mag perfekt sein, aber die Praxis hilft uns zu erkennen, wenn unsere Strategie nicht der Realität angepasst war.

Wie ich weiß, hat Deutschland bereits einen langen Weg im Hinblick auf eine nationale Strategie zur Förderung dieser Ideen hinter sich gebracht, aber ich möchte Sie alle ermutigen, auch weiterhin in dieser Richtung zu investieren, die für alle Länder so wichtig ist, so auch hier.

2.) Ich halte eine **starke Gesetzgebung** für entscheidend. Zum Beispiel kann ich Ihnen berichten, dass Kenia vor zwei Monaten eine neue Verfassung mit sehr starken Bestimmungen in Bezug auf Kinderrechte und zum Schutz von Kindern vor allen Formen von Gewalt bekommen hat. Sie werden mir jetzt sagen: Was die Verfassung sagt, ist aber nicht die Realität! Ich stimme Ihnen zu. Aber wenn die Verfassung stark ist, haben wir ein Argument, einen Dialog im Hinblick auf einen Wandel hin zu diesem Ziel zu führen. Deshalb stellt es auch hier eine so große Chance dar. Noch existieren nur in 29 Ländern der Welt Rechtsvorschriften gegen jede Form von Gewalt gegen Kinder, sei es in der Familie, in der Schule, in Institutionen – jede Form, auch über das Internet. Deutschland gehört zu jenen 29. Das sind zunächst gute Nachrichten. Aber gleichzeitig kommt es oft vor, dass Kinder keine Ahnung von den Gesetzen haben, geschweige denn wissen, wie sie diese zu ihrem Vorteil nutzen können. In vielen Fällen wissen selbst die Fachleute nicht genug über das, was in den Gesetzen steht und wie sie anzuwenden sind. Wenn dann etwas passiert, zögern sie: „Muss ich wirklich etwas tun, wird von mir ein Eingreifen erwartet?“ – „Es ist jemand anderes Sache, nicht wirklich meine.“ So gelingt es uns nicht, frühe Signale von Gewalt gegen Kinder zu erkennen und entsprechend zu handeln. Nicht, weil wir nicht wollen, sondern weil wir davor zurückzuschrecken scheinen, in dieser Richtung tätig zu werden. Also ist dies ein Bereich, in den wir investieren müssen, so dass Kinder, wenn sie kommen und sich beklagen, Dienste, Mechanismen und Menschen vorfinden, die bereit sind, zuzuhören und zu helfen.

Kindergerechtigkeit im internationalen Kontext

3.) Der dritte Punkt ist die Notwendigkeit von **verlässlichen Daten** und mehr **Forschung** und auch dazu gab es am Morgen bereits eine Reihe von Verweisen.

Einige Regierungen in anderen Teilen der Welt erheben lieber keine statistischen Daten, denn wo es keine Statistiken gibt, gibt es keine Probleme und man muss nicht mit ihnen umgehen. Dabei sind statistische Erhebungen so wichtig für das politische Image einer Regierung. Ohne gute Daten können wir nicht gut planen. Denken Sie nur an die Zahl der Kinder, die Unterstützung benötigen – auch in Deutschland. Wenn wir nicht wissen, wie viele es sind, welche von ihnen gefährdet sind, in welchen Familien sie zu finden sind, von welchen Maßnahmen sie profitieren würden, wie können wir dann ein Budget planen, menschliche Kapazitäten bereitstellen, wichtige Dienstleistungen zur Verfügung stellen? Und wie können wir dann Gesetzgebung und Politik über die Realität informieren? Daten sind der Schlüssel zu Ergebnissen und Erfolgen von Maßnahmen und deshalb müssen wir diesen Punkt sehr ernst nehmen, damit wir unsere Volksvertreter richtig informieren können.

An diese schlechten Nachrichten versuche ich, ein paar gute Nachrichten anzuschließen. Eine besonders gute Nachricht ist, dass Gewalt nicht un-

vermeidlich ist – und dies ist nicht nur ein Slogan. Gewalt kann verhindert werden und wir haben genug gelernt, um zu wissen, dass sich mit einer starken Vision, einer starken Strategie, mit guter Koordination, genügend Ressourcen, starker Gesetzgebung und starkem Engagement seitens der Regierung und der Gesellschaft die Dinge ändern können und Kinder nicht mit diesen Problemen konfrontiert sein müssen. Deshalb glaube ich, dass dies die wichtigsten Komponenten einer Strategie für Kinderrechte und einer Strategie zum Schutz von Kindern vor Gewalt sind, wie sie auch das Programm „World Fit for Children 2002“ fordert.

Am Ende meines Vortrages möchte ich noch einmal darauf verweisen, dass der Schutz der Kinderrechte und der Schutz von Kindern vor jeglicher Gefahr sowie das Unterfangen, den Kindern die Anerkennung zuteilwerden zu lassen, dass sie unsere Partner und vollwertige Bürger in unserer Gesellschaft sind, eine Chance ist. Mit diesem Treffen und Ihren Überlegungen ergibt sich die einzigartige Chance, eine Zukunftsvision zu gestalten und Einfluss auf die Länder Europas und der ganzen Welt zu nehmen, und ich hoffe, dass wir innerhalb weniger kommender Jahre noch viele andere gute Eckpunkte feiern können, vielleicht innerhalb der nächsten zwei Jahre bei einer Vorbereitungssitzung zum 10. Jahrestag und dem Jubiläum der UN-Sondersitzung wieder hier in Berlin. Also nochmals vielen Dank für Ihre Einladung. ■

Schutz und Bindung – Entscheidende Faktoren in der frühen Kindheit

Fachinput Dr. Jörg Maywald,
Geschäftsführer der Deutschen Liga für das Kind



Forum 1

Schutz und Bindung

Entscheidende Faktoren in der frühen Kindheit

*Perspektiven für ein kindergerechtes Deutschland
Jörg Maywald, Abschlusskongress NAP, Berlin, 9.12.2010*

Wandel der Familie

Familie früher

*Pablo Picasso
Familie Soler 1903*



Schutz und Bindung – Entscheidende Faktoren in der frühen Kindheit

Wandel der Familie

***Familie heute:
so...***



Wandel der Familie

***Familie heute:
oder so...***



Schutz und Bindung – Entscheidende Faktoren in der frühen Kindheit

Familien: Dilemmata



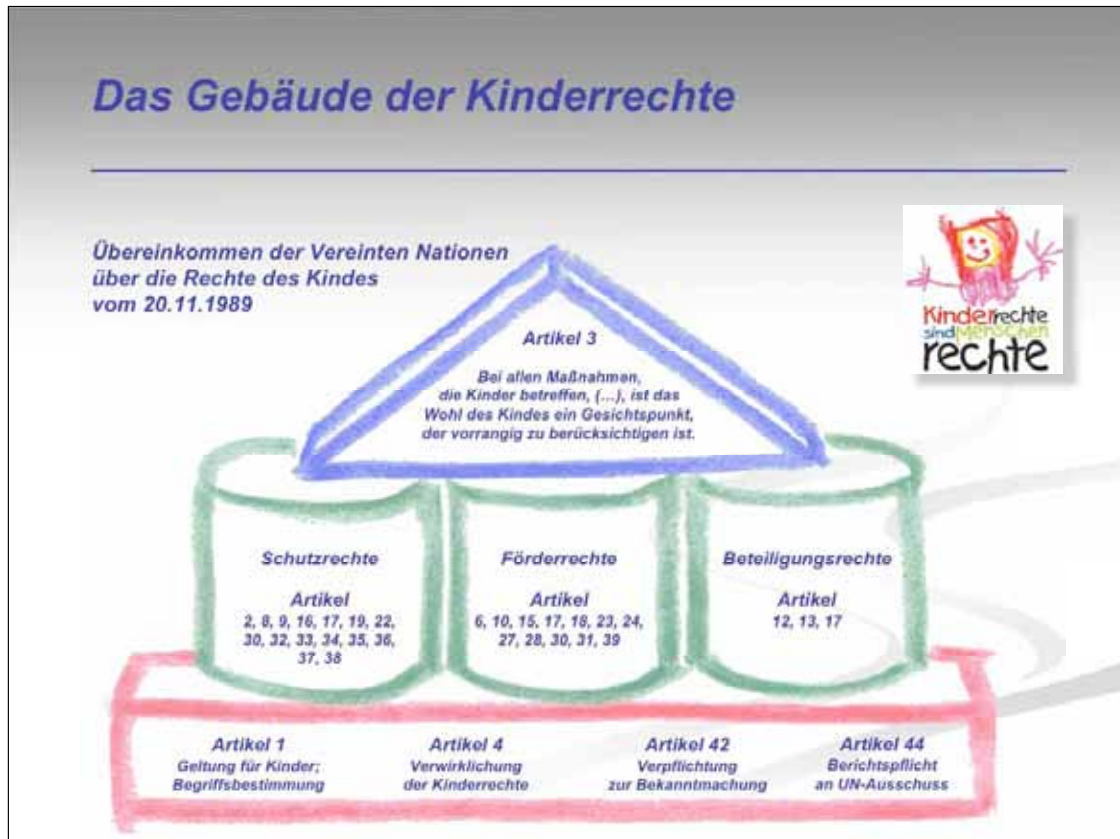
- Rückgang der **Kinderzahl** – Zunahme des **Erwartungsdrucks** an Kinder („perfektes Kind“)
- Verwirklichung im **Beruf** – Engagement in der **Erziehung**
- Zunahme von **Trennungen** – Aufladung der **Bindung** an Kinder
- Wachstum von Aufklärung und **Hilfe** – Steigerung der **Hilflosigkeit**
- Verunsicherung über **Bildungsinhalte** – Bedeutung von **Schlüsselkompetenzen**
- Orientierung an **Kinderrechten** – **Verrechtlichung** der Kindheit
- Zurückdrängen **kindlicher Schonräume** – Verlängerung der **Kindheitsphase**

Leistungen von Familien



- Familie bietet **Heimat**
(D.W. Winnicott: „Home is where we start from“)
- Familie fördert **Entwicklung**
(gewachsene Bindungen)
- Familie vermittelt **Werte**
(u. a. Empathie, Solidarität, Konfliktfähigkeit)
- Familie bildet **Humanvermögen**
(Erziehung und Bildung)

Schutz und Bindung – Entscheidende Faktoren in der frühen Kindheit



Schutz und Bindung – Entscheidende Faktoren in der frühen Kindheit

Reformschritte: Kinder



- **Vorrang des Kindeswohls: Kindergerechtigkeitsprüfung bei allen legislativen und administrativen Maßnahmen**
- **Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung**
- **Kinder als Anspruchsberechtigte von Frühen Hilfen und Hilfen zur Erziehung**
- **Vertretung der Interessen des Kindes durch Kinderanwälte (Verfahrensbeistände) in sozialrechtlichen Verfahren**
- **Inklusion: Zusammenlegung von Kinder-, Jugend- und Behindertenhilfe**
- **Alle Programme für Kinder und mit Kindern an den Kinderrechten orientieren (Child Rights based Approach)**

Reformschritte: Eltern



Familien brauchen einen intelligenten, zielgruppenbezogenen Mix aus Zeit-, Infrastruktur- und monetärer Transferpolitik (7. Familienbericht der Bundesregierung)

- **Intelligente Lebenslauf- und Zeitpolitik**
(u. a. Verbindung von Ausbildung und Familie; Einführung von Optionszeiten und Arbeitszeitkonten; Ausbau der „Vätermonate“; Orientierung betrieblicher und öffentlicher Zeiten an Familienzeiten; Erleichterung des Wechsels zwischen Voll- und Teilzeit; familienfreundliche Flexibilisierung; Wiedereinstieghilfen)
- **Ausbau einer familienfreundlichen Infrastruktur**
(u. a. Kitas; Kindertagespflege; Familienzentren; familiennahe Dienstleistungen; Stadt- und Regionalplanung)
- **Transferpolitik und Armutsprävention**
(u. a. Weiterentwicklung des Kindesgeldes zu einer Kindergrundsicherung; Umbau des Ehegatten- zu einem Familiensplitting)
- **Vermittlung von Fürsorge- und Alltagskompetenzen und flächendeckende Hilfe- und Beratungsangebote**
(u. a. geschlechtersensible Vorbereitung auf Partnerschaft und Elternschaft; Gutscheinsystem für frühe Hilfen, Familienbildung und Familienberatung)

Schutz und Bindung – Entscheidende Faktoren in der frühen Kindheit

Fragen für die Arbeitsgruppen



- AG 1: **Was junge Kinder brauchen**
Schützen, fördern, beteiligen: Was heißt das für diese Altersgruppe?
- AG 2: **Was Eltern und Familien brauchen**
Was fördert die Verantwortungsübernahme für Kinder?
- AG 3: **Was Einrichtungen und Dienste brauchen**
Was bedeutet öffentliche Verantwortung für junge Kinder?

Leitfragen Ergebnissicherung



- **Was bedeutet Kindergerechtigkeit in den ersten Lebensjahren?**
- **Wodurch zeichnet sich ein respektierender Umgang mit Kleinkindern aus?**

Schutz und Bindung – Entscheidende Faktoren in der frühen Kindheit

Beitrag von Jugendlichen

„Kinder werden nicht erst zu Menschen – sie sind bereits welche.“

Kennen Sie Janusz Korczak? Nein? Dann sind Sie nicht der Einzige.

Janusz Korczak war ein polnischer Arzt, der ein jüdisches Waisenhaus zu Zeiten des ersten und zweiten Weltkriegs leitete. Er ist zudem ein heute leider oft vergessener Pädagoge und man kann ihn als den „Vater der Kinderrechte“ bezeichnen, da er bereits zu seiner Zeit nach diesen handelte und sie mit seinen Waisenkindern lebte. Doch gerade das ist vielen nicht bekannt.

Wie auch Janusz Korczak sind wir der Meinung, dass Kinder schon von Geburt an kompetent sind und dies nicht erst mit fortschreitendem Alter werden. Sie sind keine hilfsbedürftigen Objekte über die Erwachsene bestimmen müssen, sondern sie wissen, was sie wollen und brauchen nur die Unterstützung von Erwachsenen bei der Umsetzung ihrer Entscheidung. Es sollte ein Zusammenspiel zwischen dem Interesse des Kindes und der Lebenserfahrung der Eltern geben.

Für uns bedeutet Respekt gegenüber Kindern, dass wir sie ernst nehmen, ihren Worten Gehör schenken und Bedeutung zumessen müssen, um sie in unseren Alltag aktiv mit einzubinden. Das wollen wir an einem simplen Beispiel verdeutlichen: Stellen wir uns vor, ein dreijähriges Mädchen möchte sich ihre Kleidung für den Kindergarten selbst aussuchen und nicht jene anziehen, welche die Eltern ihr herausgesucht und somit über den ihren Kopf hinweg bestimmt haben. Dies ist, einfach betrachtet, ein Beispiel einer unnötigen Bevormundung, denn das Kind besitzt einen eigenen Willen und eine klare Vorstellung von dem, was es möchte. Nun lässt sich behaupten, dass das Mädchen nicht wissen kann, was für es das Beste sei. Was wäre, wenn es bei unseren heutigen Temperaturen, Schneefall, Eis und Minusgrade, auf die Idee käme, dass T-Shirt, Rock und Sandalen doch nett wären? Doch diesem Falle lässt sich vorbeugen: Zu Winterbeginn sortieren die Eltern zusammen mit dem dreijährigen Mädchen die Sommerkleidung aus, packen sie in eine Kiste, bringen sie in den Keller und holen sie erst wieder hervor, wenn die Jahreszeit angemessen erscheint.

Durch diese simple Handlung kann man dem Mädchen die Möglichkeit bieten, sein Outfit für den Tag selbst zusammen zu stellen, ohne in diesem Augenblick aktiv eingreifen zu müssen. Dem Kind wurde ein sicherer Rahmen durch die Eltern geschaffen, in dem es frei entscheiden, sich jedoch keinen Schaden zufügen kann und stets sein Wohl an erster Stelle steht. Auch hierzu gibt es ein passendes Zitat von Janusz Korczak: „Kinder sollen so sein dürfen, wie sie sind. Sie haben das Recht, ihr Leben selbst zu bestimmen.“ Kinder kennen ihre eigenen Interessen und Vorlieben am besten und deshalb sollten die Eltern keine Fremdinteressen – in dem Fall ihre eigenen – auf das Kind übertragen. Doch oft ist es so, dass die Erwachsenen mit ihren eigenen Vorstellungen den der Kinder überdecken. So gibt es Eltern, die ihre – oft unerfüllten – Träume und Ziele auf das eigene Kind projizieren und es in ein vorgeplantes Leben zwingen. Dabei wird dieses auch oft als Statussymbol missbraucht, ohne dass dabei auf seine Bedürfnisse eingegangen wird. Die Eltern planen die Zukunft von der Wiege an und lassen ihrem Nachwuchs keinen Platz um Kind zu sein. Janusz Korczak findet: „Kinder haben ein Recht auf den heutigen Tag. Er soll heiter sein, kindlich, sorglos.“ Leider ist meist genau das Gegenteil Realität. Auch hier lässt sich ein gutes Beispiel anführen: Immer häufiger fangen Eltern bereits im oder schon vor dem Kindergarten an, ihre Kinder in den Englisch-, Ballett- und Geigenunterricht zu schicken, damit sie so früh wie möglich Bildung und Kultur erfahren, um Aussicht auf Erfolg zu haben. So planen die Eltern die Wochen restlos aus und die Kinder haben mehr Kontakt zu Erwachsenen als zu anderen Kindern. Daraus resultiert, dass die Kinder schon in ihren jungen Jahren sehr viel Stress ausgesetzt sind und keinen Ausgleich finden, um sich davon zu erholen. Janusz Korczak drückt es so aus: „Die Erwachsenen sollen Kinder ernst nehmen und sie zu nichts verpflichten, was ihre Kraft und ihr Alter übersteigt.“

Deshalb ist Folgendes für uns kindergerecht und in den ersten Lebensjahren wichtig:

- Der Austausch von Kind zu Kind und die Möglichkeit zur Knüpfung von sozialen Kontakten muss gewährleistet sein – für jedes Kind!! z. B.: PEKiP, Krabbelgruppe, Kindergarten, etc.

Schutz und Bindung – Entscheidende Faktoren in der frühen Kindheit

- Genügend Informationen für (werdende) Eltern müssen für diese leicht zugänglich sein und sie in ihrer Erziehung unterstützen, z. B.: Seminare, Vorträge von Pädagogen
- Die Bindung zwischen Eltern und Kind muss gestärkt werden und durch Angebote für beide zusammen gefördert werden, z. B.: Eltern-Kind-Turnen
- Integration muss im Kindesalter beginnen um so späterer Ausgrenzung vorzubeugen und Respekt zu vermitteln, z. B.: multikulturelle Kindergärten

Abschließend lässt sich sagen, dass wir mehr auf die Kinder hören – ihnen richtig zuhören – und sie als ebenbürtig erachten müssen. Denn sie sind Teil unseres Alltags und das sollten wir nie vergessen. Wir sollten sie immer mit einbinden, zu Wort kommen und mitentscheiden lassen und sei es auch bei ganz kleinen Dingen, wie der Wahl des Mittagessens.

Ein letztes Zitat von Janusz Korczak bringt genau unser Anliegen auf den Punkt: „Das Kind hat das Recht, ernst genommen, nach seiner Meinung und seinem Einverständnis gefragt zu werden.“ ■

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

**Fachinput Doris Pütz,
Schulleiterin der Eine-Welt-Schule, Minden**

Von den 220 Kindern der Eine-Welt-Schule, einer Grundschule in einem sozialen Brennpunkt in Minden, sind 75% von Armut bedroht (Kinder aus HartzIV Familien oder Familien, die knapp über diesen Satz liegen). Die Hälfte aller Kinder kommt aus Migrantenfamilien. 14 Kinder lernen an der Schule in einer Auffangklasse, da sie ohne deutsche Sprachkenntnisse sind. Die Wohnsituation der Kinder ist äußerst beengt und oft an verkehrsreichen Straßen gelegen, so dass Außenspielflächen nicht zur Verfügung stehen. Viele Kinder leben mit nur einem Elternteil oder in Patchworkfamilien.

Wie kann hier Chancengerechtigkeit auch nur annähernd erzielt werden?

Schule ist Leben und Leben verlangt zuerst einmal die Stillung der Grundbedürfnisse des Menschen. Hier heißt dies für Ernährung, Kleidung und Spielmöglichkeiten zu sorgen.

Die überwiegende Mehrzahl der Kinder nimmt am Ganztag teil (185 Kinder). Die Schule ist von morgens 7 Uhr bis abends 17.30 Uhr geöffnet. Eine Ferienbetreuung wird angeboten.

Die Kinder an der Eine-Welt-Schule erhalten täglich drei Mahlzeiten. Zudem nimmt die Schule am europäischen Schulobstprogramm teil. Jeden Mittag putzen alle Kinder ihre Zähne. Gesundes Frühstück ist ein Dauerthema in den Klassen. Nur über die Motivierung der Kinder kann es erreicht werden, dass alle auf gesunde Ernährung achten. Die Kommunikation mit den Eltern ist teilweise schwierig. Gründe sind defizitäre Sprachkenntnisse, Zeitmangel, fehlende Beziehung zur Institution Schule beziehungsweise negative eigene Vorerfahrungen oder keine Erfahrungen (nicht alle Eltern können lesen und schreiben und besuchten eine Schule).

Immer wieder kommen Kinder in die Schule, die keine Sportsachen besitzen, im Winter keine Strümpfe tragen... Auch dies ist schulische Aufgabe, teilweise zusammen mit der intensiven Unterstützung des Jugendamtes.

Schulhof und Eine-Welt-Dorf mit Schulgarten, Teich und Wasserspielplatz stehen als Spielflächen zur Verfügung. Ein angrenzender Spielplatz wurde zunehmend abgebaut aufgrund von überalterten Spielgeräte. Das Schülerparlament erlebte eine Parlamentssitzung im Rathaus mit dem Bürgermeister und schaffte es so, neue Spielgeräte durch das Fachwerk, eine Institution für arbeitslose Jugendliche aufzubauen, Spielgeräte, die für alle Kinder der Altstadt attraktiv sind.

Eine weitere Aktion startete jetzt mit „Spielen macht Schule“. Zusammen mit der nahegelegenen städtischen Bücherei wurde ein Spielzimmer eröffnet mit attraktiven neuen Gesellschaftsspielen und angebotenen Spielstunden.

Schule ist natürlich primär eine Bildungsinstitution, keine Lernfabrik.

Kinder, die eingeschult werden, besitzen durchschnittlich einen Entwicklungsunterschied von bis zu vier Jahren bei gleichem Lebensalter. Viel zu viele Schulen beachten dies nicht. Der Auftrag, alle Kinder schlagen in der Fibel die Seite 15 auf, kann immer nur eine Mittelschicht erreichen. Kinder, die das O bei Oma noch nicht hören, sind überfordert bei der Einführung der Buchstaben, Kinder die bereits fließend lesen können, und das gibt es durchaus, langweilen sich, resignieren bald, werden auffällig in Form von Klassenclownerien, Aggressionen oder Depressionen. Die Forderung nach Inklusion ist keine neue Forderung. Sie besteht bereits jetzt, denn includere heißt einschließen aller Kinder. Und soll diese Inklusion keine Illusion bleiben, müssen Schulen sich auf den Weg machen und die individuelle Förderung aller Kinder in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stellen. In der Eine-Welt Schule erhält jedes Kind einen höchst eigenen Wochenplan. Kein Kind lernt wie ein anderes Kind, also kann auch kein Kind denselben Wochenplan durchlaufen wie ein anderes Kind. An den Nachmittagen finden Übungsaufgaben statt. Auch diese werden aus dem Wochenplan genommen. Es gäbe keinen Sinn hin, vormittags zu differenzieren und nachmittags alle im Gleichschritt laufen zu lassen. Die Kinder notieren

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

das, was sie am Nachmittag erarbeiten, in ihre Schülerbücher. So erhalten die Eltern eine Rückmeldung, was ihre Kinder schafften.

Jede Lehrerin ist verpflichtet an einem Nachmittag Förderunterricht anzubieten. Kinder, die am Förderunterricht teilnehmen, sind von den Übungsarbeiten befreit. Es geht nicht um das Abhaken von Seiten, die man erarbeitete, sondern ausschließlich um die erlernten Inhalte.

Das Ziel der Bildung sollte es sein, alle Talente der Kinder zu fördern. Nicht annähernd schafft Schule dies mit ihren acht Fächern im Grundschulbereich. Zensuren und Zeugnisse vergrößern diese Tendenz noch. Sechs Noten bestimmen bei acht Lernbereichen über die Zukunft eines jungen Menschen durch seine Festlegung auf eine Schullaufbahn bis spätestens zum 10. Lebensjahr. Welches verkürzte Menschenbild liegt diesem System zugrunde, welches vereinfachte Bildungsbegriff. Eine humanistische Bildung, eine menschliche Bildung, die den Mensch als Ganzes sieht, erreicht dies nicht annähernd. Offenheit und Wertschätzung allen Talenten gegenüber versucht die Schule durch mannigfaltige andere Aktionen zu erreichen. Ein großes AG Angebot in den Bereichen Sprache, Mathematik, Naturwissenschaften, Sport, Musik, Kreativität und lebenspraktischen Bereichen gehört dazu. Jedes Jahr führt die ganze Schule im Stadttheater ein Musical auf. Jedes Kind kann sich eine Rolle aussuchen, sei es als Schauspieler, Trommler, Tänzer, Solosänger oder im Chor. Die Kulissen werden mit den Kindern von einem Bühnenmaler erstellt.

Fragt man einmal Erwachsene, wie viele das Glück hatten, dass ihre speziellen Talente in ihrer Schulzeit erkannt, gefördert und gewürdigt wurden, so ist das Ergebnis erschreckend. Nur eine ganz geringe Anzahl kann diese Frage positiv beantworten. Schule muss hier lernende Institution werden, die sich auf den Weg zum Einzelnen macht, weg von vorgegebenen Standards, Richtlinien und Normen.

Leistung im Erwachsenenalter besitzt Wert, Wert für unsere Gesellschaft. Menschen, die spüren, dass ihre Leistung gebraucht wird, für den anderen, für die Gesellschaft, empfinden Anstrengungen nicht als zu groß, sind intrinsisch motiviert.

Von Kindern fordert man aber im schulischen Dasein etwas anderes. Fragt man Kinder, warum

leistet ihr eigentlich, warum müsst ihr euch anstrengen, so erhalten sie eine einstimmige von Erwachsenen geprägte Antwort:

„Wenn wir groß sind, wollen wir einen guten Beruf ergreifen können“.

Es ist mehr als fragwürdig, ob ein Erwachsener mit einem ganz anderen Zeitbewusstsein in der Lage wäre, eine solche Motivation als tragende Motivation über ein Jahrzehnt durchzuhalten. Kinder lernen für gewöhnlich für den Papierkorb, erfahren nicht die Wertigkeit ihrer Leistung.

Es gibt andere Wege.

Regelmäßig besuchen die Kinder der Eine-Welt-Schule zwei Kindertagesstätten und zwei Altersheime der Umgebung und lesen dort vor. Junge und alte Menschen werden so zueinander geführt. Fünfmal im Jahr gehen die Kinder mit einem kleinen Konzert in die Altersheime, sehr zur Freude der Bewohner. In Schulversammlungen, die allmonatlich stattfinden, tragen die Kinder Erarbeitetes vor. Die Klassensprecher werden im Buddy Projekt trainiert. Viele Dienste innerhalb der Schule unterstützen das gemeinsame Zusammenleben.

Offen und kontrovers diskutieren die Mitarbeiter der Schule weitere schulpolitische Fragestellungen, auf die es gewisslich nicht immer klare Antworten gibt.

Wer bestimmt die Lern- und Bildungsinhalte der Schule eigentlich? Ist und kann das Ziel wirklich und überwiegend die Frage nach einem angemessenen Beruf sein oder ist es primär das Ziel eine humanitäre Bildung zu vermitteln? Bestimmt die Gesellschaft/vielfach Arbeitgeber die Bildungsziele oder bestimmt die Bildung die Gesellschaft? Lehren wir Lerninhalte für ein Leben von gestern (Beispiel Schrift, Rechtschreibung) oder für ein Leben, das unsere Kinder in 20 Jahren führen wird?

Quo vadis Schule?

Viele Fragen bleiben offen. Viele Wünsche bleiben unerfüllt.

Politiker und Pädagogen, aber auch Menschen aus Berufen, die die Pädagogik begleiten, müssten sich an einem Tisch setzen, um Grundfragen einmal zu klären. Es geht nicht um die Frage nach noch mehr Methoden, was die meisten Fortbildungen anbieten. Methoden sind wie die Sahne auf den Pudding. Die Grundsubstanz muss hinterfragt werden

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

und beständig neu bedacht werden, auch und um zu einer Chancengerechtigkeit für alle Kinder zu gelangen.

Folgen Sie abschließend noch einmal einen kleinen Exkurs: Versetzen Sie sich zurück in die Zeit als Sie als Leser selber noch ein kleiner Junge, ein kleines Mädchen waren. Sie betreten das Schulgebäude, ihre Klasse. Was kommt Ihnen jetzt zuallererst in den Sinn?

Die meisten Menschen erinnern sich an negative emotionale Erlebnisse. Lehrer die bestrafen, schimpften, ungerecht und hart waren. Ein kleiner Anteil erinnert sich an Lehrer, die in irgendeiner Weise besonders hervor stachen, durch guten Gesang, schönen Erzählungen, aber auch durch Freundlichkeit. Nicht einer, der vielen Menschen, die ich in Fortbildungsveranstaltungen befragte, erinnerte sich daran, wie er das Einmalseins oder die Rechtschreibung erlernte.

Spitzer, ein bekannter Neurophysiologe, sagte einmal den Satz: „Der Mensch lernt immer. Er kann gar nicht anders, es sei denn er ist hirntot“.

Besser müsste der Satz lauten: Der Mensch fühlt immer. Er kann gar nicht anders, es sei denn er ist hirntot.

Gefühle prägen das Leben in viel größerem Ausmaß als alle kognitiven Bereiche.

Den jungen Menschen, in seiner Gesamtheit wahrnehmen, annehmen und fördern, nur das kann unsere Aufgabe sein.

„Zum Menschen wird man nicht durch Geburt, sondern durch Erziehung und Bildung“ (Erasmus von Rotterdam)

Dies allen jungen Menschen zu ermöglichen, das ist noch ein langer Weg in unserer Bildungslandschaft. ■

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Fachinput Doris Pütz,
Schulleiterin der Eine-Welt-Schule, Minden



Willkommen in der
Eine Welt Schule Minden

Daten und Fakten

- 220 SchülerInnen
- 185 Kinder im Ganzttag
- 50% der Eltern beziehen Hartz IV
- Weitere 25% leben von einem Gehalt knapp über HartzIV
- 50% der Kinder besitzen einen Migrationshintergrund
- Wohnsituation:Innenstadtbereich

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Daten und Fakten

- 13 LehrerInnen , 2 LAA
- 1 Dipl.Soz. mit 4 Jahrespraktikanten
- 4 Lehrer für muttersprachlichen Unterricht
- 15 ErzieherInnen
- 2 Seniorexperten
- Lesepaten, AG-Leiter, Schulassistenten, Praktikanten....

Ein Schultag in der Eine Welt Schule

Zeit	Pädagogischer Schwerpunkt	Wer Wo
7.00 Uhr bis 8.00 Uhr	Frühbetreuung, freies Spiel	PM (pädagogische Mitarbeiter des Ganztags) Schulgebäude
7.30 Uhr bis 8.00 Uhr	Frühaufsicht, freies Spiel	Lehrkraft, Schulhof
8.00 Uhr bis 8.10 Uhr	Gleitender Unterrichtsbeginn, Zeit für Gespräche mit Kindern und Eltern	Lehrkraft, Klassenraum
8.10 Uhr bis 9.40 Uhr	Erste Unterrichtseinheit	Lehrkraft, Klassenraum oder Fachraum
9.40 Uhr bis 9.50 Uhr	Frühstückspause	Lehrkraft, Klassenraum
9.50 Uhr bis 10.05 Uhr	1. Pause, freies Spiel	Aufsicht durch zwei Lehrkräfte, Pausenhof, Spielplatz
10.05 Uhr bis 11.35 Uhr	Zweite Unterrichtseinheit	Lehrkraft, Klassenraum oder Fachraum
11.35 Uhr bis 11.50 Uhr	2. Pause, freies Spiel	Aufsicht durch zwei Lehrkräfte, Pausenhof, Spielplatz
11.50 Uhr bis 13.20 Uhr	Dritte Unterrichtseinheit, je nach Stundenplan	Lehrkraft, Klassenraum, Fachräume
Ab 11.50 Uhr bis 16.00 Uhr	Ganztägige Betreuung, Mittagessen, Hausaufgabenzeit, Förderstunden, AGs, freies Spiel	Je 2 PM pro Gruppe, Gruppenräume, Klassenräume, Fachräume
16.00 Uhr bis 17.30 Uhr	Spätbetreuung, freies Spiel	PM, Gruppenraum

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern



Klasse 1 und 2 werden jahrgangsübergreifend unterrichtet.

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern



Vor der Hofpause gibt es eine gemeinsame Frühstückspause

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern



Die Hofpausen mit ihren vielfältigen Bewegungsangeboten sind wichtig



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern



Für die Ganztagskinder gibt es zwischen 12.30 und 13.30 Uhr frisch zubereitetes Mittagessen

Zähneputzen nach dem Essen



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern



Eine-Welt-Dorf



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

AG und Förderangebote

- **Mathematik:**

4 Stunden Matheförderunterricht
3 Stunden Mathematik für Hochbegabte
Schach AG am Ratsgymnasium

Deutsch:

6 Stunden Rechtschreibförderung
und Leseförderung

10 Stunden Förderung für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache
Kinder lesen für Kinder: Besuch in 2 Kindertagesstätten, Schüler
lesen den Kindergartenkinder vor

Kinder lesen alten Menschen vor: Besuch in 2 Altersheimen

Regelmäßig besuchen die Schüler die Städtische Bücherei, die
nur wenige Meter entfernt liegt
(Projekt Lesebiber)

Fremdsprachen:

Englisch, 2 Stunden ab der ersten Klasse

Englisch AG

Französisch für 4.Klassen

Naturwissenschaften:

4 Stunden Experimental AG

AG und Förderangebote

Sport:

2 Stunden Sportförderunterricht

2mal 2 Stunden Fußball

3 Stunden Schwimmen, Wassergewöhnung
für die ersten Klassen

3 Stunden Schwimmen für vierte Klassen

2 Stunden Handball

2 Stunden Volleyball

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

AG und Förderangebote

Musisch-kreativer Bereich:

Klavierunterricht nach Absprache

2 Stunden Gitarre

2 Stunden Schlagzeug

2mal 1 Stunde Flöten

3 Stunden Tanz AG

2 Stunden Kreativ AG

2 Stunden Kunst

2 Stunden Werken

Musical AG

Und nicht zu vergessen:

Schach-AG

PC AG

Koch- und Back AG



Klavierunterricht ist gegen eine geringere Gebühr möglich

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Gitarrenunterricht



Französisch-AG



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern



Auch die Grundschulen sind heute mit Computern ausgestattet

Autogenes Training für Kinder



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern



Feste und Feiern sind Bestandteil des Schuljahres

Leistungsverlierer

Armut und Bildungserfolg

Gibt es einen Ausweg aus dieser Prädestination?

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Bildung gerecht gestalten Daten und Fakten

- 2 000 000 000 € betragen die jährlichen Ausgaben für Nachhilfeunterricht
- 1 600 000 € betrug 2008 der Jahresumsatz der Elektronik-Spiele-Industrie
- Durchschnittsgrößen: 12m² pro Parkplatz, 10m² pro Kinderzimmer

Es betrifft uns alle

- „Arme Kinder, können nicht lachen“
- „Arme Kinder sind hoffnungslos.“
- „Was Kinder betrifft, betrifft die Menschheit“ (M.Montessori)

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Philosophie in der Grundschule



Befragung von Kindern für Kinder zum Thema Kinderarmut

Was vermisst ein armes Kind?

- Eigenes Zimmer, Garten, gesunde Ernährung, schöne passende Kleidung, Freunde

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Sind arme Kinder schlechtere Schüler und warum?

- 34% stimmten der Aussage zu
- Gründe:
 - Fehlende Schulmaterialien
 - Fehlende Hilfestellungen von zu Hause
 - Bedrängt durch die Probleme der Eltern
 - Reiche Kinder bekommen prinzipiell bessere Noten
 - Arme Kinder werden ausgeschlossen und gehänselt

Kinderarmut in der Schule

- Beispiel: Kopfnoten (Handreichung des Ministeriums NRW)
- Zuverlässigkeit und Sorgfalt:
 - SchülerInnen erscheinen pünktlich zum Unterricht
 - halten Lern- und Arbeitsmaterialien im ordentlichen Zustand bereit
- Leistungsbereitschaft:
 - SchülerInnen arbeiten konzentriert auch über einen längeren Zeitraum...

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Umgang mit den Grundbedürfnissen der Kinder

- Ernährung
- Kleidung
- Spielflächen

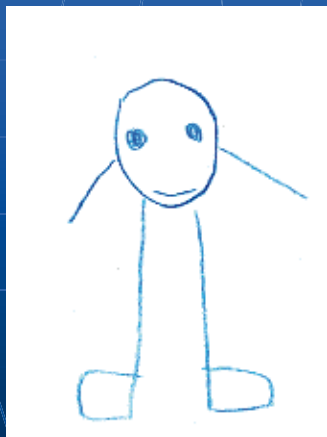
Bildung für alle

- Individuelle Förderung, ein Muss
- Förderung aller Fähigkeiten und Fertigkeiten
- Inklusion, eine Illusion?

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Eingangsdagnostik

Die Kinder kommen mit unterschiedlichem Entwicklungsalter



LA: 5,8 J., MZA: 4,5 J.



LA: 5,7 J., MZA 7,7 J.

Im Sinne einer gerechten Auslese, lautet die Prüfungsfrage heute für Sie alle gleich



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Wochenplan in Mathematik vom: 7.9.-11.9.09
für: Julia

Mathematikbuch	<u>S. 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000</u>
Arbeitsheft	<u>1.</u>
Karteikarten	<u>1.</u>

Sonderaufgaben:

So war die Woche:

Ich bin sehr glücklich und zufrieden mit mir. Ich bin jetzt so weit, bin das ich schon fast fertig bin.

Rückmeldung:

Ja, da kommt du auch sehr weit! In ein oder zwei Wochen kommt du ins zweite Semester. Glück!

Wochenplan E1 vom 26.-30.10.2009 Name des Kindes:	Wochenplan für Kathleen (E 2) 26.-30.10.2009 Eigene Vorhaben:																
Das sollte bearbeitet werden: Montag Goldenes Heft oder Wochenendgeschichte Arbeitsheft Denken und Rechnen  Zebra Buchstabenheft  Hochstaben aussuchen Freitag Tagebuch freie Lesezeit	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Das sollte bearbeitet werden:</th> <th>Das habe ich erledigt:</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Wochenendgeschichte (Montag)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Schreibschriftlehrgang S. 16, 17</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschichten schreiben</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Zebra Arbeitsheft Sprache</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Mathe Arbeitsheft 2 S. 8, 9, 10</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Tagebuch (Freitag)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>freie Lesezeit</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> Kreuze an: Wie schwer war das für mich?      Wie sehr habe ich mich angestrengt?      Habe ich geschafft, was ich wollte?      Wie fühle ich mich jetzt?      So war meine Woche:	Das sollte bearbeitet werden:	Das habe ich erledigt:	Wochenendgeschichte (Montag)		Schreibschriftlehrgang S. 16, 17		Geschichten schreiben		Zebra Arbeitsheft Sprache		Mathe Arbeitsheft 2 S. 8, 9, 10		Tagebuch (Freitag)		freie Lesezeit	
Das sollte bearbeitet werden:	Das habe ich erledigt:																
Wochenendgeschichte (Montag)																	
Schreibschriftlehrgang S. 16, 17																	
Geschichten schreiben																	
Zebra Arbeitsheft Sprache																	
Mathe Arbeitsheft 2 S. 8, 9, 10																	
Tagebuch (Freitag)																	
freie Lesezeit																	

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Deutsch - Lernbericht für das erste Halbjahr von: _____ <i>So habe ich gearbeitet (Wochenplan, Hausaufgaben, Ordnung, Benahmen, Deutscharbeiten):</i> _____ _____ _____ _____ <i>So schätze ich meine Leistungen in Deutsch ein:</i> _____ _____ _____ _____ <i>Das nehme ich mir für das nächste Halbjahr vor:</i> _____ _____ _____ _____	<i>mir in Deutsch gut und sollte so bleiben wie es ist:</i> _____ _____ _____ _____ <i>Das gefällt mir in Deutsch nicht so gut und sollte sich ändern:</i> _____ _____ _____ _____ <i>Das möchte ich noch sagen:</i> _____ _____ _____ _____
---	---

Deutsch, Klasse:		Name:	
Datum	Das kann ich schon!	Das fällt mir noch schwer und übe ich noch!	Unterschrift der Eltern

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Eine-Welt-Schule
Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Minden
Präsenztafel mit offenem Ganztag

Fröbelstr. 5 • 32423 Minden • Tel. 0571/20793 • Fax 0571/20781 www.eine-welt-schule.de

Protokoll des Kinder-Eltern-Sprechtages

Name: _____ Datum: _____

Das kann ich gut:

Das fällt mir noch schwer:

Das nehme ich mir bis _____ vor:

(Unterschrift des Lehrers) (Unterschrift des Schülers/der Schülerin)

Musical



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern



Musical



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Kulturstrolche



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Eine-Welt-Dorf



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Eine-Welt-Dorf



Leistung und Bildung

- Die Wertigkeit der Leistung im schulischen Alltag und im Leben
- Eine kleinen Reise in die Zukunft:
Der Wert unserer Unterrichtsinhalte in 30 Jahren

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Schulversammlung



Schulversammlung



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Konzert im Altersheim



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Unesco Frühstück



Die Vermessenheit der Vermessung des Menschen

- Zensuren und Zeugnisse im schulischen Alltag
- Humanistische Bildung, eine veraltete Version?
- Quo vadis? Wünsche an die Zukunft

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern

Unterrichten wir 30 Frontalhirne

- Das Gehirn besitzt: 1 Billion Neuronen
- 100 Billionen Synapsen



Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern



Es betrifft uns alle

**„Jeder Mensch ist dazu bestimmt,
ein Erfolg zu sein,
und die Welt ist dazu bestimmt,
diesen Erfolg zu ermöglichen!“**

(Unesco Bericht, Wie wir leben lernen,
1973)

Chancengerechtigkeit durch Bildung und Förderung sichern



Eine Welt Schule Minden

Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

Fachinput Oggi Enderlein, Dipl.-Psychologin,
Initiative für große Kinder e. V., Kleinmachnow

Was brauchen „Große Kinder“ für eine gesunde Entwicklung?

***Dipl. -Psych. Oggi Enderlein
Erlenweg 70A
14532 Kleinmachnow***

***Berlin, 09. 12.2010
Abschlusskongress des NAP
„für ein kindergerechtes Deutschland“***

Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP



Konvention über die Rechte des Kindes Artikel 3:

„Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, ... ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist..“

Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP

Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

Belastungssymptome (zw. ca. 8 und 13 Jahren)

(In Klammern ungefähr die entsprechende Anzahl der Kinder pro Klasse)

„oft“ / „jede Woche oder häufiger“

Stresskopfschmerzen	33%	(~ 10 von 30)
Müdigkeit / Erschöpfung	46%	(~ 14 von 30)
Einschlafstörungen	27 %	(~ 8 von 30)
Schlechte Laune / Reizbarkeit	30.5%	(~ 9 von 30)
Zunahme von Depressionen		
Psychische Auffälligkeiten	22 %	(~ 6 von 28)
Verhaltensprobleme Jungen	27 %	(~ 4 von 15)

(Jugendgesundheitssurvey 2003, DJI Kinderpanel 2005, LBS-Kinderbarometer Deutschland 2007, KiGGS 2007, HBSC 2008 Bella-Studie 2006)

Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP

„Verhaltensprobleme“ aus Sicht der 8- bis 9-jährigen

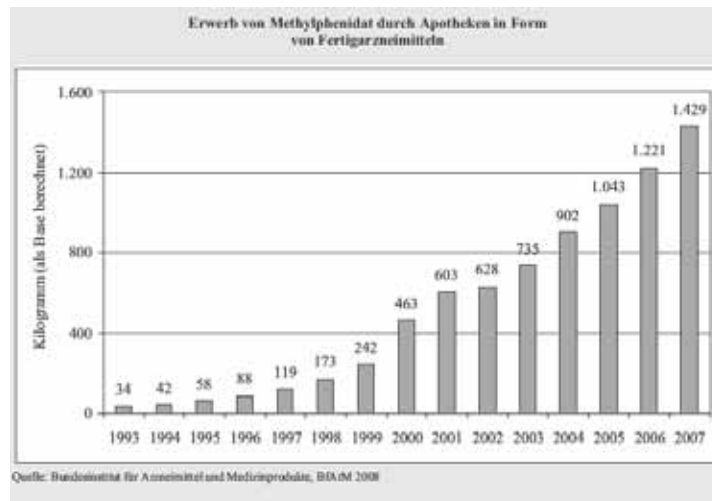
<i>bin zappelig</i>	54%
<i>kann nicht lange still sitzen</i>	49%
<i>falle anderen auf die Nerven</i>	45%
<i>fühle mich manchmal alleine</i>	51%

(DJI Kinderpanel Bd.1 2005)

Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP

Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

„Ritalin“-verbrauch



Psychostimulanzien liegen bei 11- bis 14- Jährigen an der Spitze der Verordnungen, noch vor Präparaten gegen Erkältungskrankheiten

Daten von 2007, nach 13. Kinder- und Jugendbericht, S. 113

Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP

Kinder sitzen durchschnittlich 9 Stunden täglich

Aktive Bewegungszeit Koordination, Beweglichkeit, Kondition gehen zurück

(Bös et al. 2006)

**Zeit für Hausaufgaben /
Nachhilfe / außerschulische Unterrichte nimmt zu**

(Mediaperspektiven ARD/ZDF 2004)

Das Wohnumfeld ist für fast ein Drittel der Kinder mehrfach risikobelastet

(DJI-Kinderpanel Bd.1 2005)

weniger Kinder weniger Geschwister größerer Altersabstand

Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP

Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

6- bis 13-Jährige:

*„in der Freizeit treffe ich mich am liebsten mit Freunden“ /
„spiele oder unternehme ich am liebsten etwas draußen“*

Seltener als „fast jeden Tag“

1990 25%

2008 40%

(Mediaperspektiven ARD/ZDF 2004 KIM-Studie 2008)

max. einmal pro Woche im Freien spielen:

17% [5 von 30]

(Bös et al. 2007)

Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP

6- bis 13-jährige verbrachten Montags-Freitags

Zeit in Minuten

	1990	2003
draußen spielen	89	67
drinnen spielen	119	60

(Kinder und Medien 2003/2004)

Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP

Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

Wie fühlen sich Kinder in der Schule?

Ich habe nie Zeit, mit meinen Freunden zu spielen, weil ich entweder total viele Hausaufgaben aufhabe oder lernen muss oder krank bin von dem vielen Stress in der Schule

- **In der Schule zu versagen, ist die größte Angst der Kinder (9-14 J)**

(LBS-Kinderbarometer Deutschland, 2007; World Vision 2010)

- **Jedes zweite Kind zwischen 6 und 11 Jahren hat Angst, in der Schule zu viele Fehler zu machen**

(World Vision Kinderstudie 2010)

- **22% der 9- bis 14Jährigen kommen in der Schule nicht gut zurecht**

(LBS Kinderbarometer Deutschland 2009)

- **Jedes fünfte Kind (9-14 J.) fühlte sich in der Woche vor der Befragung von Lehrer/innen blamiert.**

(LBS-Kinderbarometer Deutschland 2007)

Zitat aus:

Erster Kinder- und Jugendreport zur UN-Berichterstattung über die Umsetzung der UN Kinderrechtskonvention in Deutschland, AGJ 2010

Oggi Enderlein, Berlin, 12.11.2010

Erwartung an Schulkinder :

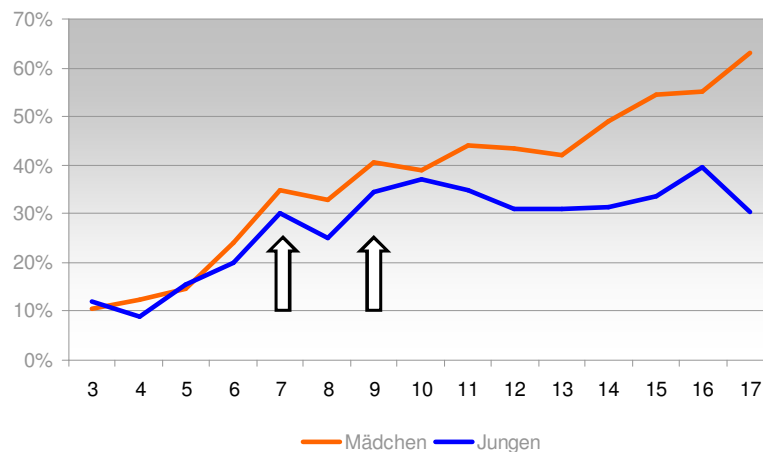
- **Stillsitzen**
- **leise sein**
- **Konzentration auf Dinge, die sich Erwachsene ausgedacht haben**
- **Kommunikationsbedürfnis unterdrücken**
- **„Lernen“ nur durch Erwachsene**
- **Verhalten wie Erwachsene**
- **Arbeitszeiten ab Kl. 5 verbreitet über 60 St./Woche**

Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP

Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

Stress-Symptom Kopfschmerzen

Kopfschmerzen
(wiederholter Schmerz in den letzten 3 Monaten)



Quelle: KiGGS-Studie Bundesgesundheitsbl. Gesundheitsforsch. Gesundheitsschutz. 5/6 2007

Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP

Kinderrechte

9- 14-Jährige:

Besonders häufig als verletzt empfinden die Kinder

- **Wahrung der Privatsphäre**
- **eigene Meinung / Mitbestimmung**
- **das Recht auf Spiel und Freizeit**

(erster Kinder- und Jugendreport 2010; LBS-Kinderbarometer Deutschland, 2007)

Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP

Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

Mitbestimmung in der Schule

Grundschüler fühlen sich „nie“ beteiligt:

Klassenzimmergestaltung	33%
Projektthemen	56%
Ausflugsziele	58%
Pausenregeln	64%

(World Vision Kinderstudie 2007)

- **Kinder der unteren sozialen Schichten**
 - **motorisch unruhige Kinder**
- erleben weniger Beteiligung**

(DJI Kinderpanel 2007)

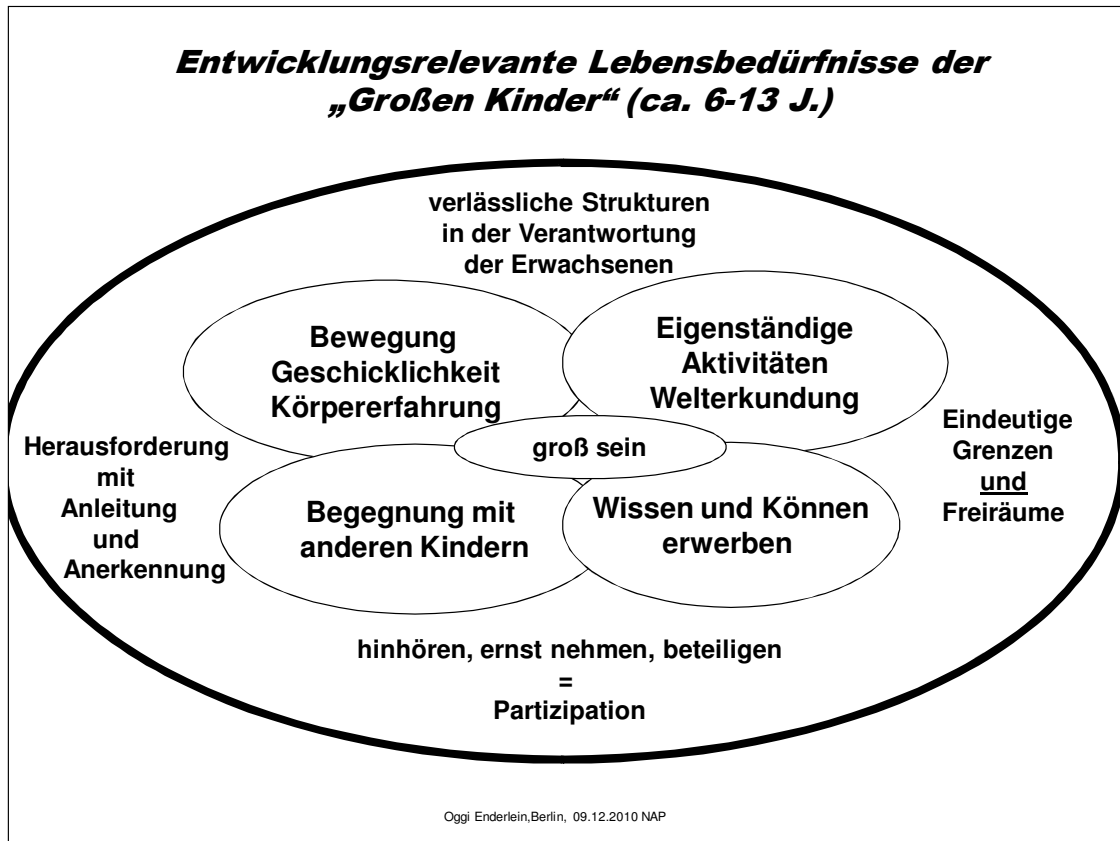
Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP

Welche alterstypischen Lebensbedürfnisse haben Kinder?

**Was haben diese Bedürfnisse mit einer
guten, gesunden Entwicklung zu
tun? Welche Lebens- und Lernräume
brauchen sie für gesunde Entwicklung
und nachhaltige Bildung?**

Oggi Enderlein, Berlin, 09.12.2010 NAP

Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?



Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

Beitrag von Jugendlichen

Gesunde Entwicklung von **Jugendlichen**



Positive Erfahrungen an der
Integrierten Gesamtschule Bonn-Beuel
und **Forderungen**

**Positive
Erfahrungen an
unserer Schule**

Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

1. Positive Erfahrungen

Tutorstunden



1. Positive Erfahrungen

Mädchen- und Jungengruppen



Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

1. Positive Erfahrungen

Soziales Lernen



1. Positive Erfahrungen

Integration



Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

1. Positive Erfahrungen

Schulpsychologin / FUA / Streitschlichter



FUA=

Fachunabhängiger Ausgleichsunterricht



1. Positive Erfahrungen

Freiarbeit Klassen 5-7



Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

1. Positive Erfahrungen

Viel Selbstständiges Arbeiten

Strom: Theorie	Grundkompetenz (GK)	✓	Zusatzkompetenz (ZK)
	Ich kann a) anschaulich und b) mit Fachbegriff beschreiben, was im Draht strömt, wenn Strom fließt.		Ich kann beschreiben, wie ein Lichtschalter funktioniert.
	Ich kann erklären, wie das Glühen in einer Glühbirne zustande kommt.		

Erarbeitung

Themenbereich	Grundkompetenz (GK)	✓	Zusatzkompetenz (ZK)	✓
1. Allgemeines zu chemischen Reaktionen 	1. Ich kann mindestens zwei Merkmale nennen, an denen man eine chemische Reaktion erkennt.		a) Ich kann die vier Merkmale einer chemischen Reaktion nennen.	
	2. Ich kann erklären, was man unter „Aktivierungsenergie“ versteht.		b) Ich kann auf Teilchenebene erläutern, wozu Aktivierungsenergie benötigt wird.	
	3. Ich kann den Unterschied zwischen einer exothermen und einer endothermen Reaktion erklären und an einem beliebigen Beispiel erkennen, ob es sich um eine exotherme oder endotherme Reaktion handelt.		c) Ich kann die Energiediagramme einer exothermen und einer endothermen Reaktion erläutern.	

Vertiefung

Grundbegriffe, Auswertung von Grafiken, Toleranzkurven	Bemerkung
Ich kann die Begriffe Biotop, Biozönose, Ökologische Nische, Population, Ökosystem, Biosphäre und abiotische / biotische Umweltfaktoren definieren und richtig anwenden.	
Ich kann für eine beliebige Grafik vollständig beschreiben, was dargestellt wird (z.B.: Dargestellt sind ... der Arten ... in Abhängigkeit von ... bei ...).	
Ich kann die Aussagen einer beliebigen Grafik zusammenfassend und übersichtlich, bei mehreren Kurven auch vergleichend, darstellen.	

Klausur- und Testvorbereitung

1. Positive Erfahrungen

Andere Formen der Leistungsmessung

Kriechender Hahnenfuß

Lateinischer Name: Ranunculus repens

Umgangssprachlicher Name: **Butterblume**

Pflanzenart/Familie: **Hahnenfußgewächse**
(lat. Name: Ranunculaceae)

Vorkommen:

- auf Äckern, in Gärten, an Ufern, Gräben und Wegen, in Wiesen und Auenwäldern
- verbreitet in: Europa, Asien und Nordafrika, in Teilen Nordamerikas, Australien (Tasmanien), Neuseeland und sogar in der Antarktis

Besondere Informationen:

- kann 10 – 50 cm lang werden
- Wurzeln können bis 50 cm tief liegen
- ist teilweise giftig (ca. 0.01% Protoanemonin)
- bei Regen sammelt sich Wasser im Kelch wodurch Pollen zu Narben



Ranunculus repens L.



Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

1. Positive Erfahrungen

Projektwochen



1. Positive Erfahrungen

Schülerfeedback mit Auswertungsgespräch: jährlich

Schüler/innen-Rückmeldung (Feedback)



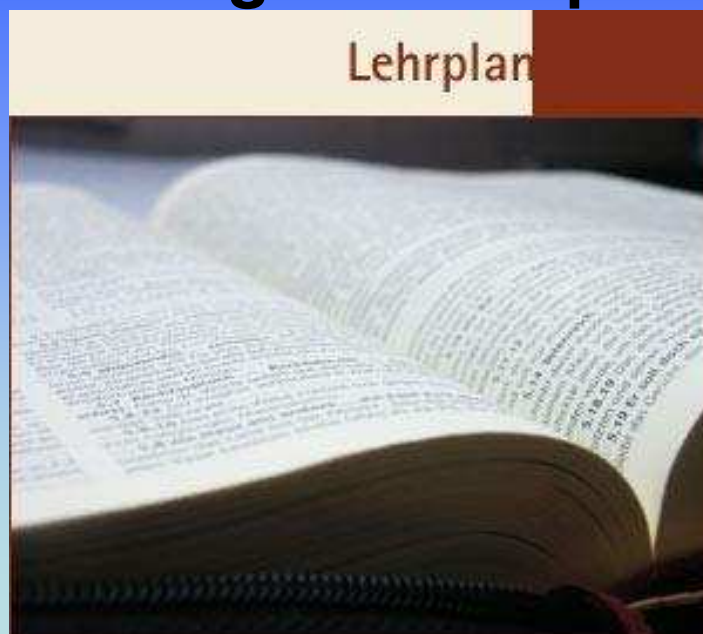
	immer	meistens	teilweise	selten	nie
Kommst du im Unterricht gut mit?					
Ist der Umfang der Hausaufgaben zu schaffen?					
Erklärt die Lehrerin / der Lehrer verständlich?					
Kannst du dich gut konzentrieren?					
Wird der Stoff oft genug wiederholt?					
Gestaltet die Lehrerin / der Lehrer den Unterricht abwechslungsreich?					
Hast du im Unterricht genügend Gelegenheit, den Unterrichtsstoff auf deine Weise und in deinem Tempo zu erarbeiten, zu festigen und zu üben?					

Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

Forderungen

2. Forderungen

Kürzung der Lehrpläne



Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

2. Forderungen

Mehr Mitbestimmung: Unterrichtsinhalte / Testtermine



2. Forderungen

Fach für Allgemeinwissen



Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

2. Forderungen

Keine Hausaufgaben an langen Unterrichtstagen



2. Forderungen

Freiarbeit in allen Stufen



Was brauchen große Kinder für eine gesunde Entwicklung?

2. Forderungen

1 SV-Sitzung pro Monat



Mitgestalten! Freiräume in der Stadtentwicklung nutzen

Fachinput Peter Apel, Stadt-Kinder Dortmund, Durchführung des NAP-Projekts „Freiräume für Kinder und Jugendliche“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Kontext und Zielsetzung

Kinder und Jugendliche brauchen für ihre gesunde Entwicklung Freiräume für Spiel, Bewegung und Begegnung. Die gesamte Stadt mit ihren Freiräumen hat für sie die Funktion eines Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsraums.

Mit Freiräumen sind nicht nur die infrastrukturell gebundenen Angebote wie Spiel- und Bolzplätze gemeint, sondern sämtliche grünbetonte und urbane Freiräume wie z.B. Straßen, Plätze, Fußgängerzonen, Grünflächen, Brachen, Uferrandzonen von Flüssen und Seen. Die vitalen Interessen an nutzbaren Freiräumen berühren damit das Handlungsfeld der Stadtentwicklung und Stadtplanung. Gleichwohl werden die Interessen von Kindern und Jugendlichen an einer nutzbaren Stadt auf die Infrastrukturen Spiel- und Bolzplatz reduziert. Die wenigen noch vorhandenen Freiräume werden überplant und verschwinden für immer.

Auf diesen Missstand hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung reagiert und als Beitrag zum Nationalen Aktionsplan „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ das Forschungsvorhaben „Freiräume für Kinder und Jugendliche“ initiiert.

Welche Freiräume brauchen Kinder und Jugendliche als Rahmenbedingung für ihr bestmögliches Aufwachsen und was bedarf es zu ihrer Herstellung? Dies waren die erkenntnisleitenden Fragestellungen des Forschungsvorhabens. Die Mehrdimensionalität der Fragestellungen führt zu einem Dreiklang der kinder- und jugendfreundlichen Freiraumplanung: Produkt – Prozess – Strategie.

Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens basieren auf der Befragung von Experten aus den Bereichen Stadtplanung, Pädagogik und Sportwissenschaft sowie auf der Analyse von 28 Praxisprojekten.

Der andere Blick

Kinder und Jugendliche nutzen die Freiräume quer zu den Funktionen wie Erwachsene sie vor-

geben. Stadtplätze werden zur Bühne und zur Inszenierung der Alltagskultur von Jugendlichen, Brachflächen als wichtige Rückzugsorte und Orte der Naturerfahrung für Kinder, Treppenanlagen, Mauern und Straßenpoller werden in die Alltagsbewegung von Kindern einbezogen.

Spielen – Bewegen – Begegnen – Lernen – Unterwegs sein: Kinder und Jugendliche nutzen Freiräume immer und überall.

Das Produkt: Von der Einzelfläche zum System

Kinder und Jugendliche handeln spontan und wechseln ihre Orte. Dabei bestimmt nicht der einzelne Freiraum sondern die Vielfalt von unterschiedlichen Freiraumtypologien die Qualität von Quartieren. Für die qualitative Entwicklung von Freiräumen ist deshalb der Systemansatz zielführend. Gefragt ist der ganzheitliche Blick auf alle Freiräume. Spiel- und Bolzplatz sind lediglich zwei – wenn auch bedeutende – Bestandteile eines Systems von Freiräumen innerhalb eines Quartiers, Stadtteils oder einer Stadt. Während für Kinder der Bezugsrahmen das Quartier ist, nutzen Jugendliche als mobile „Stadtsurfer“ die gesamte Stadt als ihren Erlebnisraum.

Gebrauchswerte als Gestaltungskriterien

Die Erreichbarkeit, Vernetzung und Zugänglichkeit von grünbetonten und urbanen Freiräumen bestimmen den Gebrauchswert eines Quartiers für junge Bewohner. Für die Gestaltung von einzelnen Freiräumen ist der Gebrauchswert das entwurfsleitende Kriterium. Er definiert sich aus der Vielfalt von Handlungsmöglichkeiten, denn für Kinder und Jugendliche sind Freiräume Orte mit Handlungsmöglichkeiten

Nutzung zulassen

Die Schaffung kinder- und jugendfreundlicher Freiräume müssen nicht per se neu hergestellt werden. Die einfachste Form der Bereitstellung von Freiräumen ist die Duldung ihrer Nutzung. Kindern und Jugendlichen ist das Recht einzuräumen, sich auf allen öffentlichen Flächen auch an ungewöhnlichen Orten aufhalten zu können.

Mitgestalten! Freiräume in der Stadtentwicklung nutzen

Ab in die Mitte – Spiel und Aufenthalt in der Innenstadt

Kinder und Jugendliche nutzen intensiv die Innenstädte. Kinder erleben die Erwachsenenwelt durch unmittelbares Erleben, Jugendliche nutzen die Stadt als Bühne für die Inszenierung ihrer Alltagskultur. Fußgängerzonen und Plätze sind für sie Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsräume und sie haben ein Recht auf ihre Nutzung. Bei der Gestaltung von Stadtplätzen gilt es, das Qualitätsmerkmal Beteiligbarkeit von Beginn an in die Entwürfe einzuarbeiten. Die Gebrauchswerte für Kinder und Jugendliche sind entwurfsleitend zu Grunde zu legen. Dies gilt auch für die Gestaltung von Brunnen und Skulpturen. Eine beispielbare Stadtgestaltung in ihrer Symbiose von Kinder- und Jugendfreundlichkeit und Ästhetik bringt urbane Räume hervor – Räume mit Aufenthaltsqualitäten für alle Generationen.

Sich zurückziehen und gestalten

Es sind die naturbelassenen Flächen, die für Kinder einen hohen Wert als Rückzugsorte haben und an denen sie unmittelbare Gestalterfahrungen machen können. Dies sind die Wildnisflächen in der Stadt, deren vorhandene Qualitäten durch eine konventionelle Gestaltung von Spielplätzen kaum erzeugt werden kann. Diese Flächen sind zusammen mit

Kindern und Jugendlichen zu erkunden, in ihrem Wert darzustellen und als Naturspielraum zu sichern. Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung von Naturerfahrung für die Entwicklung von jungen Menschen ist die neue Flächentypologie Naturspielraum in jedem Quartier als ein fester Bestandteil eines Freiraumsystems zu sichern. Sind in einem Quartier solche Flächen nicht verfügbar, sind Naturspielräume als Entwicklungsvorhaben gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen umzusetzen.

Sich bewegen

Die Bewegung ist die Grundbedingung des Aufwachsens von jungen Menschen und das zentrale Bedürfnis insbesondere von Jugendlichen. Die Ausdifferenzierung von immer neuen jugendkulturell unterlegten Trendsportarten wie Dirt Bike, Slackline oder Parours ist auf dem Sportplatz mit einer 400 m Umlaufbahn nicht umzusetzen. Hierfür bedarf es der Einrichtung eines Jugendparks als eine weitere neue Flächenkategorie, die als zentrales gesamtstädtisches Angebot Flächen für Trendsportarten vorhält, verbunden mit dem Erleben von Gemeinschaft.

Der Naturspielraum und der Jugendpark sind aus dem Forschungsvorhaben beispielhaft zitierte neue Flächentypologien, für die – neben anderen – die Aufnahme in die Planzeichenverordnung empfohlen wird.

Wer macht mit? Beteiligung als ein fachlicher Bestandteil der Planung

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen folgt nicht nur einem demokratischen Imperativ sondern ist für die räumliche Planung eine wichtige Ressource und damit fachlicher Bestandteil der räumlichen Planung. Kinder und Jugendliche eröffnen einen neuen Blick auf Stadt und auf neue Möglichkeiten unkonventioneller Gestaltungen. Die Beteiligung an der Planung ist für Stadtplaner und Architekten eine Methode des kreativen Entwerfens. Beteiligungsverfahren sollten von daher zu einem immanenten und systematischen Bestandteil von Planungsverfahren werden. Im Rahmen von Beteiligungsprozessen werden Schulen, Vereine und Initiativen zu wichtigen Partnern der Stadtplanung.

Wie fangen wir an? Strategien entwickeln

Das Wissen um qualitätsvolle Freiräume und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen allein reichen nicht aus. Um wirksam zu werden, braucht es ein Bündel an Strategien, die hier ausschnittsweise dargestellt werden.

Jugendliche machen Stadt

Beteiligung sollte mehr sein, als das Anpassen von Kindern und Jugendlichen an die von Erwachsenen vorgegebenen Verfahren. Ihnen sollten Möglichkeiten eröffnet werden, ihre Interessen selber zu organisieren. Dafür brauchen sie einen Verfügungsfond, aus dem sie kleinere Maßnahmen eigenverantwortlich umsetzen können. Diese Strategie zur Unterstützung von Mikroprojekten hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit einem Modellauftrag zum Vorhaben „Jugendliche bewegt Stadt“ verfolgt.

Als weitere Strategien sind von Bedeutung:

- Verankerung verbindlicher Kooperationsstrukturen zwischen räumlicher Planung und der Jugendhilfe sowie mit weiteren Akteuren.
- Mehrfachnutzung z.B. von ökologischen Ausgleichsflächen als Naturerfahrungsräume für Kinder.
- Intelligente Nutzung von Freiräumen in Form von Spiel- und Bewegungsräumen auf Zeit.

Mitgestalten! Freiräume in der Stadtentwicklung nutzen

- Temporäre Nutzung von Straßen als Spiel- und Bewegungsflächen.
- Erschließung von Programmen der Städtebauförderung zur Finanzierung von integrierten Spielraumkonzepten, Einzelprojekten und Beteiligungsverfahren.
- Verankerung der Spielleitplanung als neues Planungsinstrument einer integrierten und beteiligungsorientierten kinder- und jugendfreundlichen räumlichen Planung.

Fazit und Ausblick

Kinder- und Jugendfreundlichkeit ist ein starkes Thema der Freiraumplanung. Es wird zu einem strategischen Handlungsfeld für die Zukunftssicherung von Städten und Gemeinden. Mit dem Forschungsvorhaben beginnt jetzt erst die Diskussion um die Frage: Was können und müssen die Bauministerien des Bundes und der Länder sowie die Städte und Gemeinden tun, um der jungen Generation wieder mehr Freiräume (zurück-) zu geben? ■

Planungsbüro Stadt-Kinder
Peter Apel, Dagmar Brüggemann

Mitgestalten! Freiräume in der Stadtentwicklung nutzen

Fachinput Peter Apel,
Stadt-Kinder Dortmund

Mitgestalten! Freiräume in der Stadtentwicklung nutzen

Dipl.-Ing. Peter Apel
Planungsbüro Stadt-Kinder

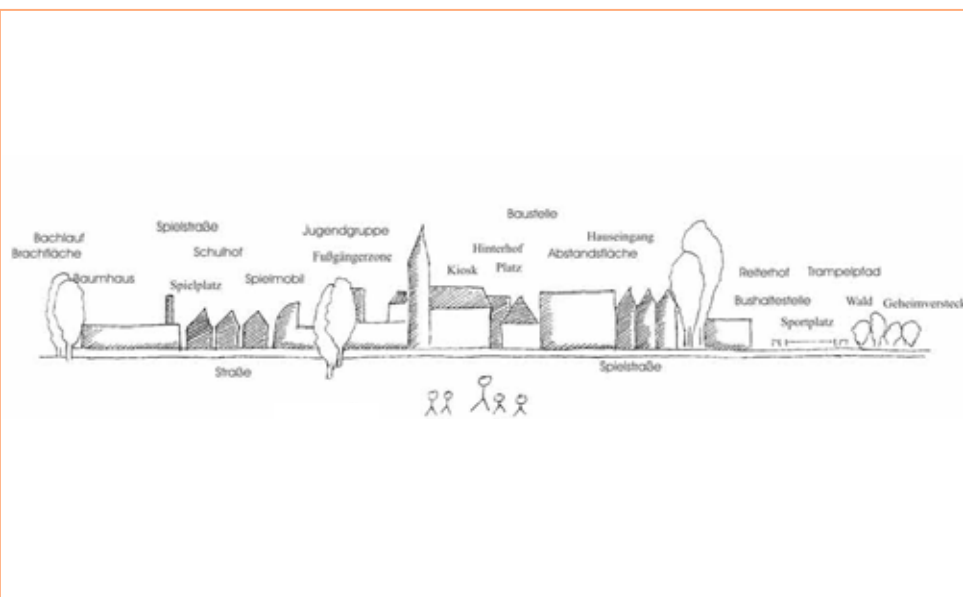
Perspektiven für ein
kindergerechtes Deutschland
Berlin, 09. Dezember 2010



Seite - 1 -



Kinderfreundliche Stadtplanung



Seite - 2 -



Mitgestalten! Freiräume in der Stadtentwicklung nutzen

Von der Einzelfläche zum System



Seite - 3 -



Kinder und Jugendliche als Raumpioniere



Seite - 4 -



Mitgestalten! Freiräume in der Stadtentwicklung nutzen

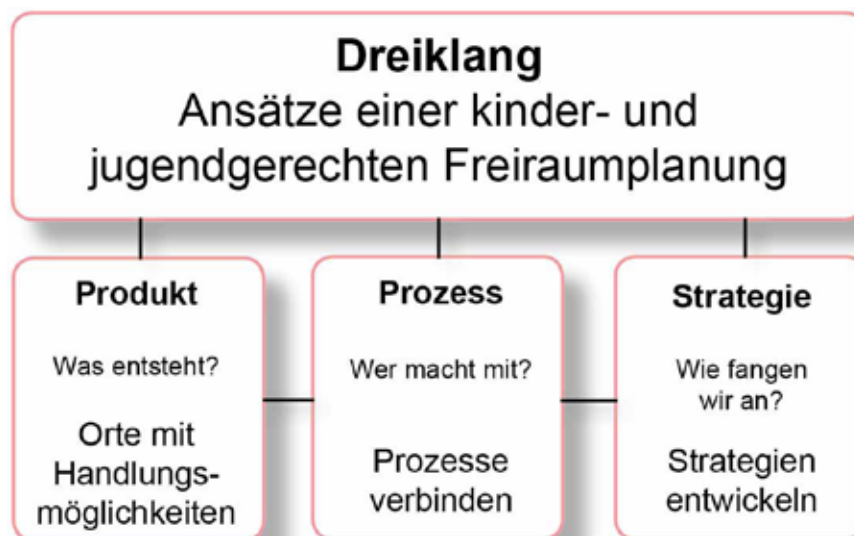
Zugang zulassen



Seite - 5 -



Produkt – Prozess – Strategie



Seite - 6 -



Mitgestalten! Freiräume in der Stadtentwicklung nutzen

Neue Angebote



Naturspielraum



Abenteuerhalle



Jugendsportpark

Seite - 7 -



Unterwegs sein



Seite - 8 -



Mitgestalten! Freiräume in der Stadtentwicklung nutzen

Mitwirkung – Junge Menschen als Träger von Innovationen



Seite - 9 -



Strategien



Temporäre Nutzung



Neue Instrumente



Intelligente
Finanzierung

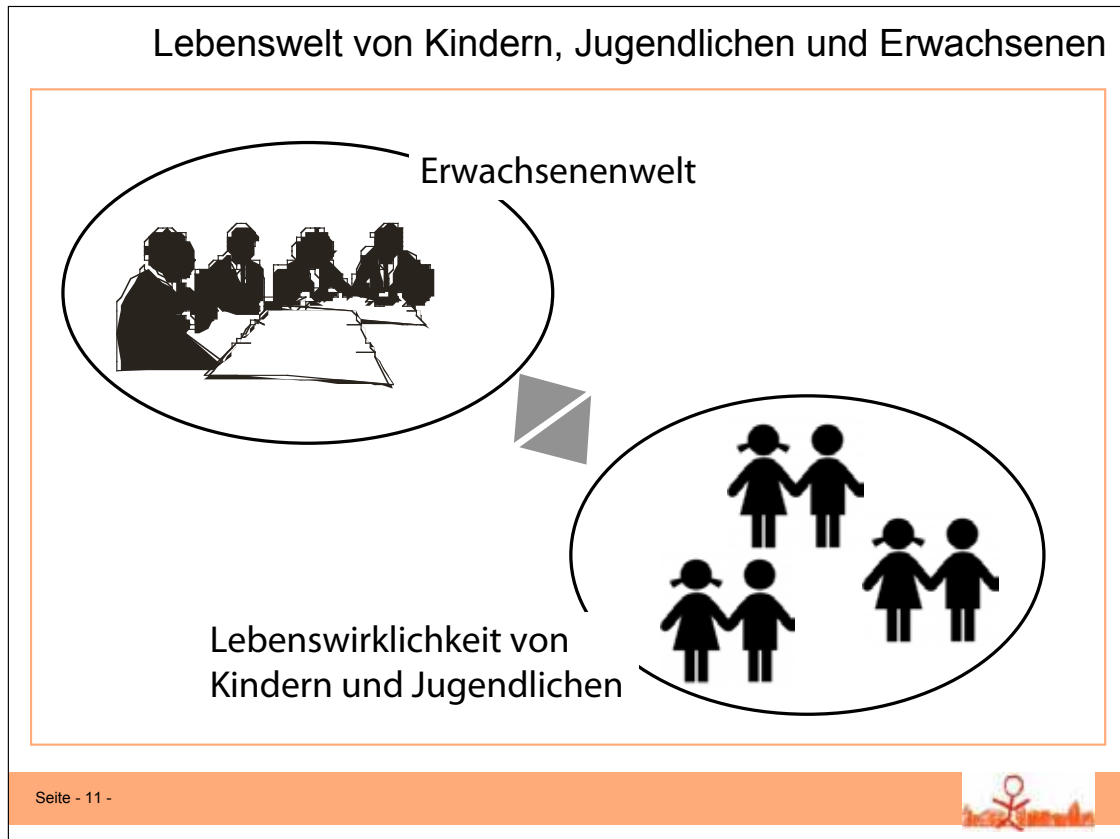


Mehrfachnutzung von Flächen

Seite - 10 -



Mitgestalten! Freiräume in der Stadtentwicklung nutzen



Ergebnisse

Lebensweltorientierung

Die Städte und Gemeinden sind die Bezugsgrößen für die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Kommunale Fachämter, insbesondere die Bau- und Planungsfachverwaltungen nehmen großen Einfluss auf die Gestaltung von Lebensumwelten. Ihre große Ferne von der Lebenswirklichkeit der Quartiersbewohner und insbesondere der von Kindern und Jugendlichen führt zu einer Diskrepanz kommunaler Maßnahmen und den Bedarfen junger Menschen. Erschwerend hinzu kommt die nach dem Ressortprinzip ausgerichtete Zuschreibung von Kindern und Jugendlichen dem Jugendamt. Ein wichtiger Ansatz wäre der Paradigmenwechsel vom Ressortprinzip zur Lebensweltorientierung von Kindern, Jugendlichen und den Quartiersbewohnern allgemein. Ein erster wichtiger Schritt wären Kontakte, ihre Verdichtung und Überführung in Kooperationsroutinen zwischen der Jugendverwaltung und der den Fachämtern der räumlichen Planung.

Vermittler

Die Kompetenzen und die Motivation von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihres Gemeinwesens mitzuwirken findet keine Entsprechung in der Verwaltung. Um diese wichtige gesellschaftliche Ressource nicht verpuffen zu lassen, braucht es einen Ansprechpartner in der Verwaltung. An wen sollen wir denn uns wenden – die Frage der in der Arbeitsgruppe anwesenden Jugendliche macht dieses Dilemma nur allzu deutlich. Es bedarf eines Vermittlers zwischen Jugendlichen, den zuständigen Fachämtern und der Politik, der Beteiligungsprozesse moderiert und zum Ergebnis führt.

Bildungslandschaft

Die Stadt, der Stadtteil, das Quartier ist ein Ort der Bildung. Schulen sind ein Bestandteil davon. Die gegenseitige Durchdringung von Orten des selbstbestimmten Lernens und institutionalisierter Vermittlung steht hinter dem Begriff der Bildungslandschaft. Schulen sollten sich in Zukunft Themen des Gemeinwesens öffnen und sich als Akteur, Katalysator oder Partner für inner- und außerschulischer Beteiligungsprozesse bergreifen und engagieren.

Rechte

Die Stadtplanung ist die „Königsdisziplin“ für Beteiligung – so ein Teilnehmer des Forums. Die Beteiligung ist nicht nur eine Planungsressource – denn Kinder und Jugendliche sind Träger von Innovationen – sie ist auch rechtlich verankert. Es geht darum, sie in der Praxis umzusetzen. Insbesondere vor dem Hintergrund der UN Kinderrechtskonvention,

deren Vollzug im nationalen Kontext in konkretes Handeln umgesetzt werden muss, haben die Interessen von Kindern und Jugendlichen Vorrang vor anderen Belangen. Mit dem im Artikel 3 formulierten Vorranggebot sind die Bau- und Planungsbehörden verpflichtet, die Belange von Kindern und Jugendlichen vorrangig zu behandeln. Die Praxis der gleichwertigen Abwägung aller Belange ist damit auf den Kopf gestellt. Demnach dürfen z.B. für Kinder naturnahe Brachflächen mit hohen Spielwerten nicht im Interesse eines Investors überplant werden. In der Praxis der Stadt- und Freiraumplanung hat jedoch das Vorranggebot bislang noch keinen Eingang gefunden.

Kampagnen

Veränderungen lassen sich nur schwer über Gesetze und Verordnungen erreichen. Nur durch Überzeugungen entfalten die Kraft für Veränderungen. Von daher ist die Sicherung und Bereitstellung bestmöglicher Entwicklungsbedingungen als Grundlage für die Überlebensfähigkeit einer Gesellschaft in die Köpfe der Herzen von Menschen zu transportieren. Es gilt intelligente Kampagnen zu initiieren, die die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf junge Menschen lenkt – professionell und ohne moralischen Zeigefinger. Zudem gilt es, die Mitwirkung junger Menschen an der Gestaltung ihres Gemeinwesens auf der Ebene der Städte und Gemeinden fest zu verankern. Ohne die Öffnung der stark verkrusteten politischen und administrativen Strukturen trocknet die parlamentarische Demokratie von innen her aus: Die kommunalen Parlamente sind vom Altersdurchschnitt mit Seniorenräten zu vergleichen. Die Gestaltung der Zukunft liegt jedoch bei der Jugend – lassen wir sie teilhaben an der Gestaltung gesellschaftlicher Zukünfte.

Ausbildung

Die Bedeutung von Freiräumen als Rahmenbedingung für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen sowie ihre Beteiligung an Stadtplanung und Stadtentwicklung findet sich in der Lehre von Studenten Raumwissenschaften nur nicht oder nur sehr unzureichend wieder. Dabei sind es die jungen Hochschulabsolventen, die in der Praxis in hohem Maße auf die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen einwirken, ohne sich dessen bewusst zu werden. Junge Berufseinsteiger kommen im Laufe ihrer Berufsbiografie in Entscheidungspositionen. Es könnte viel erreicht werden, wenn Fachleute schon während ihrer Ausbildung für das Thema aufgeschlossen worden sind. ■

Endlich selbstständig! Der Übergang von der Schule in den Beruf

Fachinput Dr. Frank Braun, ehem. Leiter des Arbeitsbereichs „Übergang Schule-Beruf“, Deutsches Jugendinstitut, München

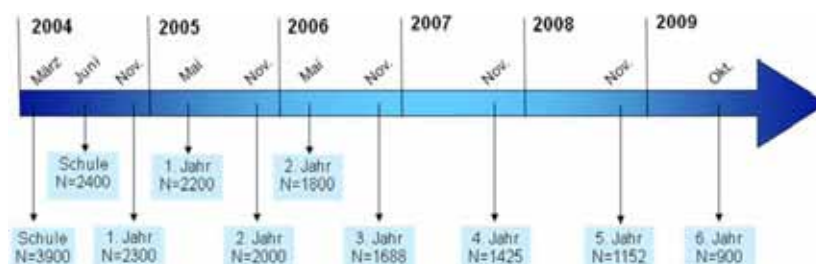
Forum 5: „Endlich selbstständig! Der Übergang von der Schule in den Beruf“

Wege Jugendlicher ins Arbeitsleben: Ergebnisse des DJI-Übergangspanels

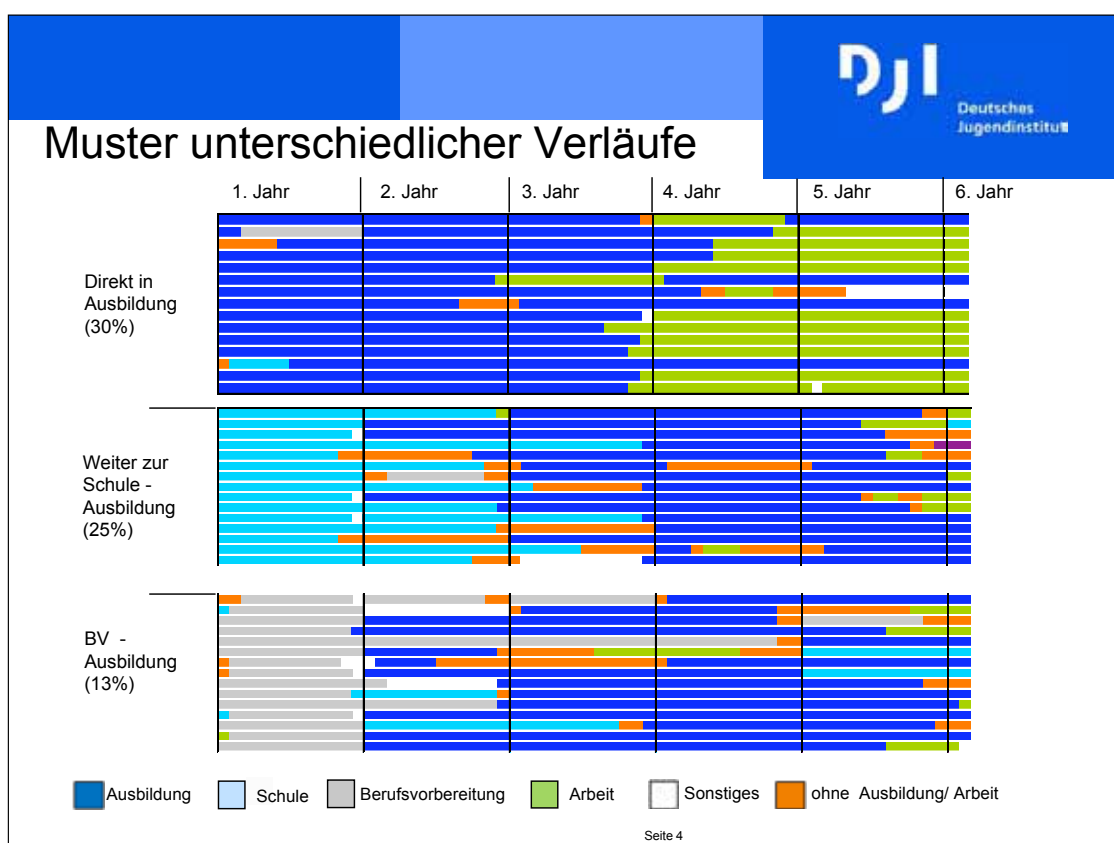
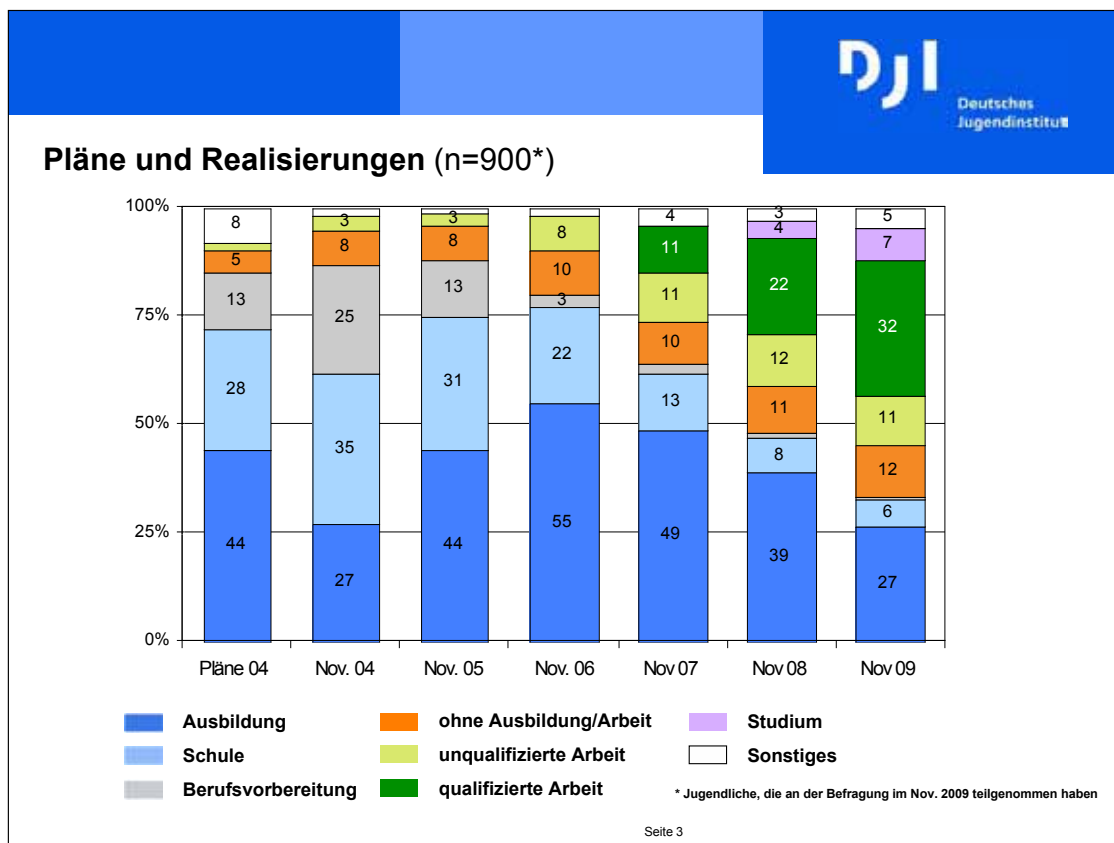
Frank Braun

Anlage der Untersuchung

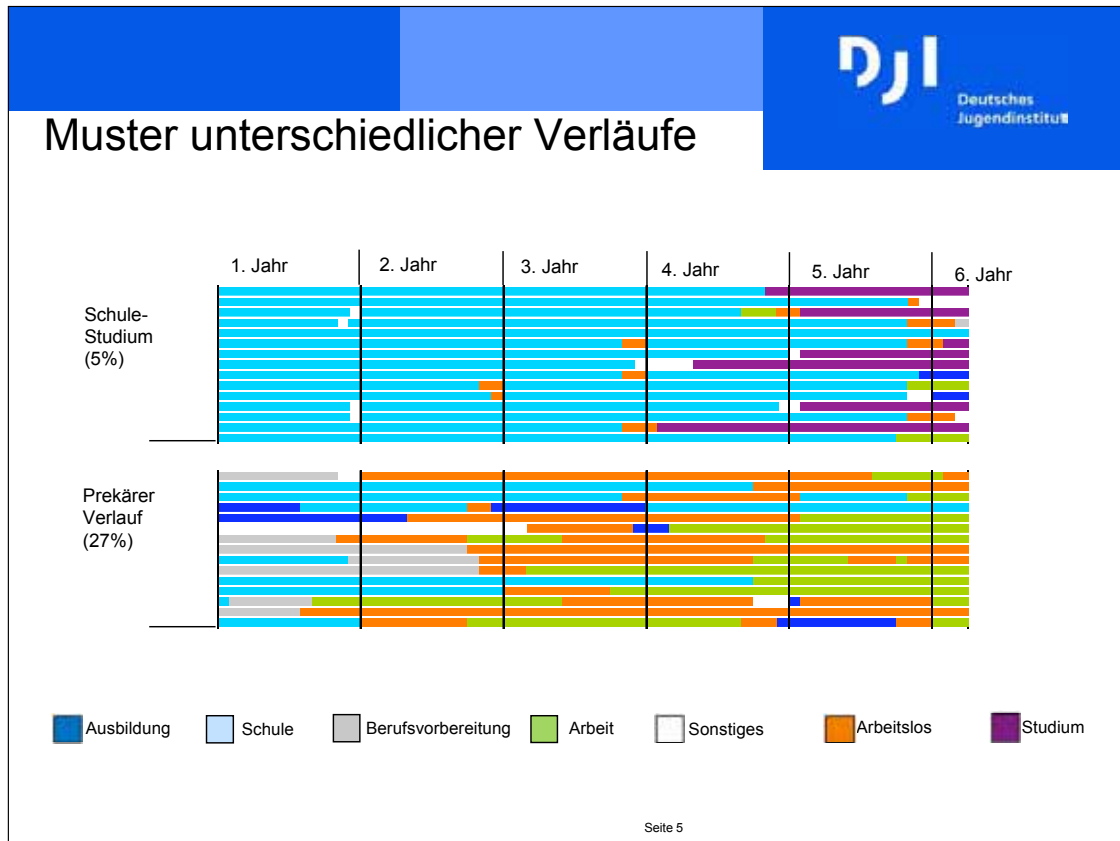
- Quantitativer Längsschnitt (Panel)
- Zeitraum letztes Schulbesuchsjahr bis 6. Jahr im Übergang



Endlich selbstständig! Der Übergang von der Schule in den Beruf



Endlich selbstständig! Der Übergang von der Schule in den Beruf



Für weitere Informationen:

DJI Deutsches Jugendinstitut

- **Gaupp, Nora; Lex, Tilly; Reißig, Birgit; Braun, Frank:** Von der Hauptschule in Ausbildung und Erwerbsarbeit: Ergebnisse des DJI-Übergangspanels. **(Kostenlos anfordern bei: BMBF, Postfach 30 02 35, 53182 Bonn)**
- **Reißig, Birgit; Gaupp, Nora; Lex, Tilly (Hrsg.):** Hauptschüler auf dem Weg von der Schule in die Arbeitswelt. **Übergänge in Arbeit, Bd. 9, München: Verlag Deutsches Jugendinstitut 2008**
- **Gaupp, Nora; Lex, Tilly; Reißig, Birgit:** Hauptschüler/innen an der Schwelle zur Berufsausbildung. **(Kostenlos anfordern beim DJI: März@dji.de)**
- **Für Rückfragen zum DJI-Übergangspanel: lex@dji.de**

Seite 6

Endlich selbstständig! Der Übergang von der Schule in den Beruf

Beitrag von Jugendlichen

Der erste Schritt im Übergang von der Schule in den Beruf ist die Berufsorientierung. Diese sollte möglichst früh stattfinden, und alle Schüler sollten diesen Einblick in die Berufsmöglichkeiten bekommen, um sich Zukunftspläne bilden zu können. Dazu wird auch Motivation und Erfahrung gebraucht. Deshalb sollten Praktika an jeder Schule Pflicht werden, denn durch ein Praktikum lernt man viel über einen Beruf und sammelt wichtige Erfahrungen. Außerdem könnten Lehrer Schülern helfen, wenn diese vorher beispielsweise auf einer Fortbildung selber über Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten informiert werden, und sie so individueller beraten. So hätten Schüler auch Ansprechpartner an ihrer Schule.

Besonders für Schüler die sich nach ihrem Abschluss noch nicht über ihre nächsten Schritte bewusst sind, ist ein Auslandsaufenthalt wichtig. Deshalb sollte auch über das FSJ, FÖJ und andere freiwillige Angebote, sowie Work&Travel, Weltwärts und Auslandsaufenthalte im allgemeinen informiert werden. Alle Schüler sollten über diese Angebote und auch Stipendien informiert werden. Auf diese Weise können Schüler weitere Erfahrungen sammeln und sich weiterbilden.

Dabei sollten sie gefördert werden, und jeder sollte die Möglichkeit haben sich freiwillig zu engagieren. Es gibt genug Arbeit für Freiwillige, und deshalb sollte es auch für alle Plätze geben. Wenn Schüler ihre Zukunftspläne entworfen haben und sich Ziele gesetzt haben, darf es nicht sein, dass sie diese nicht erreichen können. Aus diesem Grund sollten Bewerbungen an Universitäten nicht nur von einem oft zu hohen Numerus Clausus abhängen, da zum Beispiel nicht alle Notenfächer mit dem Studium zu tun haben. Stattdessen sollte mehr auf praktische Erfahrung und Eignungstests gesetzt werden. Auch wenn der Direktor des Deutschen Jugendinstituts e. V. Herr Prof. Dr. Rauschenbach erklärte, dass es so viele Studenten wie noch nie zuvor gibt, gibt es doch nicht genug, denn jeder, der studieren möchte, sollte die Möglichkeit dazu bekommen. Deshalb sollte es noch mehr Studienplätze geben. Durch mehr Studienplätze könnte zum Beispiel der Ärztemangel in Deutschland möglicherweise verringert werden, wobei das Medizinstudium außerdem eines der beliebtesten

Studienfächer ist. Auch sollte es nicht vorkommen, wie an einer Universität in Hessen, dass eine Universität 6.000 Schüler statt 2.000 nimmt. Die Studenten werden auf Grund von Material- und Dozentenmangel benachteiligt.

Auch die Finanzierung der Studiengebühren oder einer Ausbildung sollte Schülern nicht in die Quere kommen, denn dadurch werden Schüler aus ärmeren Verhältnissen benachteiligt, und Finanzierung darf nicht der Grund sein, aus dem Schüler ihre Ziele nicht erreichen können. So herrscht keine Chancengleichheit, doch jeder sollte unabhängig von finanziellen Mitteln studieren dürfen. Ein weiteres Problem ist, dass es in einigen Bundesländern Studiengebühren gibt, und in anderen nicht. Bildung darf nicht vom Wohnort oder Finanzen abhängig sein, denn Bildung soll alle erreichen.

Wichtig ist auch, dass Schüler nicht ihre Motivation verlieren ihre Ziele zu erreichen. Damit alle die gleichen Chancen haben können müssen auch alle gleich berechtigt werden. So ist es für junge Frauen mit Kinderwunsch oft schwer sich für eine berufliche Karriere zu entscheiden. Müttern werden oft die Karrierechance genommen, da sie ein Jahr aussetzen müssen, und auch später auf Grund ihres Kindes oft häufiger fehlen. Es sollte noch mehr Möglichkeiten geben Familie und Beruf zu verbinden. ■

Was nehme ich mit für meine weitere Arbeit vor Ort?

Abschlussdiskussion im Plenum

Teilnehmende:

Jörg Duda,

Bildungsreferent, Deutsche Pfadfinder St. Georg, Neuss

Jörg Freese,

Beigeordneter für Gesundheit, Jugend, Bildung im Deutschen Landkreistag, Berlin

Dr. Siegfried Haller,

Leiter des Jugendamtes Leipzig

Gisela SchulteBraucks-Burgkart,

Leiterin der Grundschule Kleine Kielstraße, Dortmund

Lutz Stroppe,

Abteilungsleiter Kinder und Jugend im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

Moderation: Susanne Wieseler,

Moderatorin, WDR, Köln

Jugendliche:

Malte Kuhn, Max-Julius Roehrich, Nadine Wacker

Susanne Wieseler: Zu unserer Abschlussrunde ist Beteiligung von allen Anwesenden ausdrücklich erwünscht, auch von den Ex-Jugendlichen hier im Saal. Auf dem Podium sind Kommunen, Verbände, kleinere Städte, größere Städte, der Bund vertreten, damit alle Bereiche zu Wort kommen. Eigentlich wäre es meine Aufgabe, die erste Frage zu stellen, ich übergebe sie aber an euch. Worüber möchtet ihr sprechen, welche Frage möchtet ihr stellen?

Max-Julius Roehrich: Meine Frage richtet sich an das gesamte Podium: Was werden Sie als nächstes tun, vielleicht morgen oder heute Abend schon, um die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland weiter voran zu treiben?

Lutz Stroppe: Ich überlege gerade, ob es einen konkreten Termin für morgen gibt. Morgen werde ich beispielsweise wieder in einer Podiumsdiskussion sein, bei der es darum geht, wie wir ein sehr wichtiges Recht durchsetzen können: das Recht, dass jeder überall und jederzeit seine Meinung sagen und sich gegen Extremisten durchsetzen kann, um zu verhindern, dass Rechtsextremisten in Gemeinden das Sagen bekommen und Rechte von anderen einschränken. Das ist ein wichtiger



Plenum

Teil, der hier auf dieser Veranstaltung sicher keine Rolle gespielt hat, aber das wird ein konkreter Punkt sein, an dem wir morgen weiterarbeiten werden.

Susanne Wieseler: Frau SchulteBraucks-Burgkart, bei Ihnen geht es wohl mehr darum, das, was Sie tun, zu verbreiten, oder?

Gisela SchulteBraucks-Burgkart: Ich habe hier sehr viel gelernt und ich werde am Montag auf unserer Lehrerkonferenz den Vorschlag machen, die Kinderrechte in den Mittelpunkt unserer Projektwoche im März zu stellen. Durch den NAP werde ich sehr gute Argumentationshilfen beim Treffen mit dem Kinder- und Jugendausschuss unserer Stadt haben, das am Dienstag stattfindet.

Susanne Wieseler: Das ist ja schon sehr konkret. Wie ist es denn bei euch? Ihr seid auch in Verbänden aktiv. Gibt es etwas, was ihr demnächst tun wollt und könnt? Oder macht ihr das ohnehin schon die ganze Zeit?

Nadine Wacker: Ich werde versuchen, die Ideen noch mehr in meinen Verband hinein zu tragen und den ganzen Prozess bekannter zu machen. Das Problem liegt darin, dass diese in vielen Vereinen, Verbänden und Kommunen nicht richtig kommuniziert werden. Es sind nur vier Verbände hier vertreten, aber es gibt viele große und kleinere Verbände und wenn man sich mit denen zusammentut, kann man viel erreichen.

Malte Kuhn: Das Problem ist nicht, dass keine guten Ergebnisse herausgekommen wären. Es

Was nehme ich mit für meine weitere Arbeit vor Ort?

war ein langer Prozess mit vielen tollen Ergebnissen, über die sich viele Leute Gedanken gemacht haben und die auch alle schriftlich festgehalten wurden. Wenn ich nun meinen Freunden und anderen Jugendlichen erkläre, wie gute Beteiligung funktioniert und dass man Beteiligung einfordern muss, weil es unser Recht ist, ist schon ziemlich viel getan.

Susanne Wieseler: Danke schön. Herr Duda, was können die Pfadfinder im Hinblick auf unser Thema noch besser machen?

Jörg Duda: „Noch besser“ ist ein gutes Stichwort. Morgen wird nichts passieren, aber im Januar steht in unserem Projekt die Überprüfung und Verbesserung der Ausbildung der Gruppenleiterinnen und Gruppenleiter an. Dazu wird es verschiedene Module geben, in denen die Themen „Kinder stärken“, „Partizipation“ und „Empowerment von Kindern und Jugendlichen“ eingebunden werden. Dazu waren die sechs Themenveranstaltungen des NAP sehr hilfreich, um sich über die Linie zu vergewissern, auf der wir weiterarbeiten. Dort werden wir noch einmal ansetzen.

Susanne Wieseler: Herr Haller, was kann das Jugendamt der Stadt Leipzig noch tun?

Dr. Siegfried Haller: Es war vorher schon klar, dass zu kommunizieren ist, aber dass inhaltliche Impulse gesetzt werden, die ich konkret weiterentwickeln möchte, ist für mich eine schöne Überraschung.

Am Montag steht im Jugendhilfeausschuss der Stadt Leipzig der Nationale Aktionsplan auf der Tagesordnung. Dort wird ein Kollege vom Kinderschutzbund des Landes Sachsen anwesend sein. Zu kommunizieren ist auch im Landesjugendhilfeausschuss des Freistaates Sachsen, dort vertrete ich den Deutschen Städtetag. Zu kommunizieren ist außerdem in den Deutschen Städtetag hinein. Ich halte es für dringend notwendig, dass der „Nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland“ ein Thema auf dem Deutschen Jugendhilfetag in Stuttgart wird.

Ich nehme konkret zwei Impulse von hier mit, über die ich mich sehr freue. Heute wurde eine Bundesarbeitsgemeinschaft für kommunale Kinderinteressen gegründet. Ich bin wie durch Zufall dazugekommen. Leipzig ist zwar aktiv, die

Kollegen vom Kinderbüro konnten jedoch witterungsbedingt nicht anreisen. So durfte ich unterzeichnen. Wir werden in Leipzig versuchen, dieses Thema weiter voranzubringen. Vielen Dank.

Der zweite Impuls kommt aus dem Workshop, den ich eben besucht habe. Es ging dort um die Eine-Welt-Schule in Minden in Nordrhein-Westfalen. Wir führen in Leipzig ein großes BMWF-Projekt zum Thema „Lebenslanges Lernen“ durch, dort soll auch ein Thema „Kooperation Grundschule-Hort und Ganztagsangebote“ entwickelt werden. Ich bin so begeistert von diesem Workshop gewesen, dass ich jetzt meine Kollegin, die neu einsteigt, mit Sicherheit nach Minden schicken werde, um von Minden für Leipzig zu lernen.

Susanne Wieseler: Das verschafft ein gutes Gefühl, wenn man das hört. Großartig, Herr Haller! – Herr Freese, können Sie das im Landkreistag noch toppen?

Jörg Freese: Die 81,5 Millionen Menschen, die nicht in Leipzig wohnen, müssen natürlich auch bedient werden, insbesondere die rund 60 Millionen Menschen in den Landkreisen Deutschlands. Meine gute Tat ist daher das, was man immer nach solchen Veranstaltungen tut: Man überlegt, wie man das Gehörte in die Länder und in die Kreise hineinbekommt und was wir als Verbände dafür tun können. Damit müssen sich die verschiedenen Gremien unbedingt befassen. Da wir nur zweimal im Jahr mit unseren Fachgremien tagen, dauert es noch ein wenig. Aber auch die Information unserer Landesverbände und damit auch der Landkreise in Deutschland ist eine wichtige Aufgabe, damit sie wissen, wie der Prozess verlaufen ist und dass er nun einen gewissen Abschluss gefunden hat. Wie es weitergeht, können wir jetzt noch nicht sagen. Das werden wir versuchen zu kommunizieren. Damit schaffen wir eine gute Grundlage, damit keine Kreisverwaltung in Deutschland behaupten kann, dass sie noch nie etwas davon gehört hat und sich daher damit auch nicht beschäftigen will.

Susanne Wieseler: Wenn Sie dafür sorgen, sind wir Ihnen dankbar. – Herr Haller hat es schon gesagt: Heute ist die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Kinderinteressenvertretungen gegründet worden. Frau Frädrich und Frau Schäfer, Sie waren maßgeblich daran beteiligt. Möchten Sie bitte kurz erläutern, was Sie heute warum gegründet haben und inwiefern uns das jetzt voranbringt?

Was nehme ich mit für meine weitere Arbeit vor Ort?

Jana Frädriich, Kinderbeauftragte, Landeshauptstadt München; BAG Kinderinteressen: Es gibt kommunale Ombudspersonen auf kommunaler Ebene, die damit befasst sind, Kindergerechtigkeit/ Kinderfreundlichkeit in den Städten und Gemeinden voranzubringen. Diese Leute haben einen guten Blick darauf, wie es Kindern und Jugendlichen geht. Sie haben aber auch sehr unterschiedliche Rahmen- und Arbeitsbedingungen. Sie sind teilweise noch sehr jung, teilweise schon sehr etabliert. Wir haben mit der Gründung der BAG unser Vorhaben umgesetzt, uns zusammenzuschließen, um uns gemeinsam stärker zu machen und uns gemeinsam im Sinne der UN-Kinderrechte dafür einzusetzen, dass sie dort ankommen, wo die Kinder sind. Das war der Hintergrund der BAG-Gründung. Es gibt auch andere, die sich sehr intensiv mit der Verwirklichung von Kinderrechten in Deutschland bemühen, mit diesen wollen wir gut zusammenarbeiten und wir hoffen, dass wir das gut ergänzen können.

Das Motto lautet: „Türen öffnen für Kinder“. Das ist im doppelten Sinn gemeint: einmal, dass die Erwachsenen Türen für Kinder öffnen, aber auch, dass Kinder kommen können und beteiligt werden. Beteiligung ist für uns eine Selbstverständlichkeit, auch wenn die Umsetzung nicht immer ganz einfach ist. Sie sind herzlich eingeladen, wenn Sie Interesse haben, wir informieren Sie und laden Sie zum nächsten Treffen ein. Das nächste Treffen findet am 28. März 2011 in Kassel statt.

Susanne Wieseler: Prima. Herzlichen Dank.

Christoph Schares, Stockem: Wir Jugendliche sind sehr offen für weiterführende Projekte. Wir möchten aber nun von der Allgemeinheit wissen, was Sie oder der Staat tun können, damit es weitergeht und die Projekte nicht einfach aufhören.

Max-Julius Roehrich: Unser Punkt ist die Öffentlichkeitsarbeit. Ich behaupte, dass 90 bis 98 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland nicht wissen, dass es Kinderrechte gibt. Vielleicht sollten wir, bevor wir mit den Inhalten weitermachen, die Leute informieren. Wir sind auch gern bereit, mit dem Ministerium und mit anderen zusammenzuarbeiten. Wir haben schon konkrete Ideen dazu. Fernsehspots werden wahrscheinlich am Geld scheitern. Aber soziale Netzwerke wie Schüler-VZ oder Study-VZ, Facebook o.ä. können hilfreich sein. In Österreich ist die National Coaliti-

on mittlerweile im Internet vertreten. Wir werden morgen schon ins Schüler-VZ oder ins Facebook gehen.

Nadine Wacker: Bei Facebook ist es möglich, einfach und billig Werbung für konkrete Projekte zu machen. Wir nutzen das in unserem Verband so, dass wir unsere aktuellen Projekte bei Facebook einstellen und mit einer Website verknüpfen. Jeder kann sich darüber Informationen einholen. Wenn ich mich in das Projekt einklicke, sehen alle meine Freunde, dass mir das Projekt gefällt, daraufhin gehen sie selbst auf die Seite und das sehen wiederum deren Freunde. So verbreitet sich das sehr schnell. Heute Mittag haben zum Beispiel der Ansgar, die Sophie und ich im Facebook gebloggt und sofort haben alle unsere Freunde gesehen, dass wir hier sind und uns engagieren. Es kamen sehr schnell Kommentare und Vorschläge. Innerhalb weniger Minuten kamen die ersten Beiträge von Leuten aus meiner Universität, die meinten, es wäre cool, dass wir so etwas machen. Facebook ist wirklich ein sehr gutes Medium, um solche Informationen sehr schnell zu verbreiten.

Susanne Wieseler: Wer von den Erwachsenen ist denn bei Facebook? Wird das auch im Ministerium genutzt?

Lutz Stroppe: Frau Schröder hat als eine der Ersten die Zahl der Freunde auf Facebook gesprengt, so dass eine weitere Seite als „Fan-Seite“ eingerichtet werden musste. Natürlich sind wir dort auch vertreten und posten die Veranstaltungen mit Videoclips und anderen Dingen. Auch privat nutze ich Facebook, um mit meinen Töchtern, die beide außerhalb von Berlin studieren, zu kommunizieren.

Max-Julius Roehrich: Wir sind – wie gesagt – bereit, schon morgen damit anzufangen, mit dem Ministerium zusammenzuarbeiten. Vielen Dank auch an die Redaktion von „Logo“, heute Abend wird ein Beitrag über die heutige Veranstaltung gesendet und wir hoffen, dass das auch zur Verbreitung der Kinderrechte beiträgt.

Lutz Stroppe: Das Ministerium steht dafür bereit, weil wir auch mit dem Kinder- und Jugendplan, der mit einer hohen Summe ausgestattet ist, ein Instrument in der Hand haben, um so etwas zu fördern. Das Jugendministerium arbeitet bereits seit 50/60 Jahren ganz eng mit den Verbänden wie den Pfadfindern, dem Bundesjugendring u.a. zusam-

Was nehme ich mit für meine weitere Arbeit vor Ort?

men, um solche Dinge umzusetzen. Faszinierend finde ich bei dieser Veranstaltung die verschiedenen Aktivitäten, die bereits jetzt angekündigt sind.

Jörg Freese: Einerseits möchte ich das bestärken, andererseits auf die grundsätzlichen Probleme hinweisen, die auf solchen Bundesprogrammen liegen. Erfolg hat das Programm erst, wenn es eine Lawine auslöst und man es in vielen Orten Deutschlands wirklich erleben kann. Der größte Teil der Kinder und Jugendlichen kann das noch nicht erleben. Es wurde heute schon deutlich gemacht, dass das Ankommen der Kinderrechte in den Ländern und Kommunen das Ziel sein muss. Der Bund kann verfassungsrechtlich aber nur Anreize geben und das ist mit dem Nationalen Aktionsprogramm gut gelungen. Es liegt jetzt an den Akteuren vor Ort, nicht zuletzt an den Jugendlichen selbst, aber auch an den kommunalpolitisch Verantwortlichen – die in meinem Einflussbereich liegen –, dies vor Ort erlebbar zu machen. Erst dann ist es wirklich ein Erfolg, wenn über die Verbände hinweg viele Kinder und Jugendliche angesprochen werden und mitmachen können.

Susanne Wieseler: Wenn nun die Freunde von den Freunden von Nadine alle sagen: „Ich suche einen Ansprechpartner, weil ich endlich dafür sorgen will, dass der Bolzplatz so gebaut wird, wie wir uns das vorstellen!“, ist ja schon einiges gewonnen.

Malte Kuhn: Es muss nicht nur im Internet verbreitet werden. Es geht grundsätzlich darum, dass man andere Wege als die herkömmlichen beschreitet, um die Kinderrechte zu verbreiten. Es gibt viele Möglichkeiten, wie man anderen davon Mitteilung machen kann. Als ich zum Beispiel meinen Freunden erzählt habe, dass der Kindergipfel stattfindet, haben einige genau nachgefragt und wollten mehr Informationen. Sie waren richtig begeistert und fanden es gut, dass ich mich politisch engagiere. Es gab viele positive Rückmeldungen und ich versuche, noch mehr Leute dafür zu gewinnen.

Susanne Wieseler: Meine Tochter und mein Sohn erstellen in der Schule schöne Themenhefte, zum Beispiel zum Thema „Magnete“, „Feuer“, „Fische“ usw. Warum machen sie nicht mal ein Heft zum Thema „Kinderrechte“? Hat jemand einmal in der Kultusministerkonferenz darüber gesprochen,

dass man dies in der 2. oder 3. Klasse machen sollte oder müsste? Oder ist das nur in der Schule meiner Tochter so und woanders ist das längst Standard?

Gisela SchulteBraucks-Burgkart: Ich habe nicht den Überblick über alle Schulen. Aber es passiert natürlich in Schulen, das war auch schon bei uns so. Es ist aber nun vier Jahre her und die neuen Kinder müssen das auch einmal grundlegend mitbekommen. Es ist Anliegen jeder Lehrerin, Kinder stark zu machen, und dazu müssen Kinder ihre Rechte kennen.

Susanne Wieseler: Meine Tochter hat es bis jetzt, Mitte der 4. Klasse, noch nicht behandelt. Überall findet es also nicht statt.

Gisela SchulteBraucks-Burgkart: Das muss eingefordert werden.

Dr. Siegfried Haller: Im letzten Jahr gab es das Jubiläum „60 Jahre Grundgesetz“ in Deutschland. Zu diesem Anlass ist eine sechsteilige Kinder- und Jugendlichen-Serie produziert worden. Die ist bei der Bundeszentrale für politische Bildung als DVD herausgegeben worden, die ich nur wärmstens empfehlen kann. Diese Serie hat sechs Grundgesetzartikel herausgegriffen: Meinungsfreiheit, Unversehrtheit der Person, Behinderung usw. und hat diese in 15-minütigen Filmen umgesetzt. Es geht um eine kleine Familie mit einer 14-jährigen Tochter und einem 8-jährigen Sohn, die in Halle wohnt. Dabei werden alle Themen berührt, die auch die Kinderrechte betreffen. Diese DVD eignet sich hervorragend zur politischen Bildung für diese Altersgruppe.

Ursula Winklhofer, Deutsches Jugendinstitut, München: Wir haben eine Untersuchung dazu durchgeführt, inwieweit das Thema „Kinderrechte“ in den Lehrplänen verankert ist. Das Ergebnis zeigte, dass Kinderrechte kaum explizit in den Lehrplänen auftauchen. Kinderrechte lassen sich unter dem Thema „Menschenrechte“ gut subsumieren, das heißt aber, dass es an der Gestaltung durch die Lehrkräfte in den Schulen liegt, ob Kinderrechte behandelt werden, so dass Schülerinnen und Schüler, aber auch Eltern das einfordern müssten. In den Lehrplänen ist die Verpflichtung dazu kaum gegeben.

Philip Spahr, Reinhardshagen: Meine Frage richtet sich an die Damen und Herren auf dem Podium

Was nehme ich mit für meine weitere Arbeit vor Ort?

und in der ersten Reihe: Was sind Ihre positiven Rückblicke aus den letzten fünf Jahren des NAP? Es ist sehr viel Schönes und Gute entstanden, was man gern umsetzen möchte. Sicher fehlte es hier und da an Zeit und Geld. Welches Highlight würden Sie setzen, das man unbedingt umsetzen müsste?

Jörg Freese: Es gab sehr angenehme, interessante und konstruktive Sitzungen in der Lenkungsgruppe. Sie waren sowohl thematisch interessant als auch in Bezug auf die beteiligten Personen. Ich konnte aus Termingründen längst nicht alle Veranstaltungen besuchen, aber ich weiß, dass die Veranstaltungen für alle Beteiligten überwiegend als sehr gut eingeschätzt wurden.

Wir befinden uns seit einiger Zeit in einer Diskussion, die das Thema Teilhabe und Partizipation von allen Menschen – nicht nur von Kindern und Jugendlichen – an politischen Entscheidungen aufgreift. Man denke nur an die Bildungsdiskussion in Hamburg, an Stuttgart 21 oder an die Atompolitik. Die Bürgerinnen und Bürger fordern auf andere Art und Weise als noch vor vielleicht 20 Jahren ein, beteiligt zu werden, und zwar nicht erst, wenn es um Detailfragen geht und alles bereits geklärt ist. Sie wollen frühzeitig über das normale Planungsverfahren hinaus eingebunden werden. Ob der NAP dazu auch beigetragen hat, weiß ich nicht. Aber im Grunde geht es um dasselbe. Es geht darum, dass wir alle, von 0 bis 99 Jahren, mitreden, wenn es um unsere Belange geht. Das wird die Politik und die Gesellschaft noch deutlich verändern. Davon bin ich überzeugt. Das wird auch Verwaltung verändern. Das betrifft nicht nur die großen bundes- und landespolitischen Entscheidungen, sondern auch auf der kommunalen und Kreis-Ebene wird es für Veränderungen sorgen. Und es ist ein sehr wichtiger Bestandteil, dass wir uns dabei nicht nur auf die gutsituierten Bürgerinnen und Bürger konzentrieren, sondern uns auch um die Kinder und Jugendlichen kümmern, damit sie in ihren Belangen hinreichend beteiligt werden. Dazu ist der NAP einfach unersetzlich.

Susanne Wieseler: Hat sonst noch jemand einen Lieblingsaspekt, eine Lieblingserinnerung?

Dr. Siegfried Haller: Ich habe die Gelegenheit genutzt, verschiedene Themenveranstaltungen zu besuchen, hatte dort unterschiedliche Rollen, zum Teil auf dem Podium, zum Teil als Vortragender. Die schönste Veranstaltung aber habe ich als Teilnehmer erlebt. Das war die Veranstal-

tung „Globalisierung“ in Bonn. Ich bin schon lange beim Thema „Kinder- und Jugendbeteiligung“ aktiv, habe aber noch nie eine solch überragende Leistung von jungen Leuten erlebt. Sie haben in Bonn glatt die Referentinnen und Referenten an die Wand geredet.

Susanne Wieseler: Tendenzen dazu gab es hier heute auch.

Dr. Siegfried Haller: Ein Aspekt, den ich auch mit einem großen Respekt mit nach Leipzig nehme, hat mich inhaltlich sehr bewegt. Wir haben es im NAP geschafft, ein kleines, aber feines Projekt zum Thema „Freiraumentwicklung für Kinder und Jugendliche“ zusammen mit dem Bundesbauministerium durchzuführen. Herr Apel ist auch hier anwesend. Ich wünsche sehr, dass die Impulse aus diesem Gutachten bis hin zur Rechtsnormierung im Baugesetz führen. Es war eine großartige Arbeit. Kompliment.

Susanne Wieseler: Ich habe das Forum von Herrn Apel besucht; es lohnt sich wirklich, das in der Dokumentation nachzulesen.

Max-Julius Roehrich: Mein persönliches Highlight war, dass wir dem Ministerium beibringen konnten, wie ein jugendgerechter Aktionsplan gestaltet wird – und sie haben tatsächlich von uns gelernt. Ich persönlich habe die Kinderrechte auch zu Hause umgesetzt. Mein Bekanntenkreis und meine Freunde wissen jetzt, dass es Kinderrechte gibt und kennen diese mehr oder weniger. Ich habe meine Rechte selbst zu Hause eingefordert. Der NAP hat mir geholfen, meine Rechte durchzusetzen, bis hin vor's Gericht.

Nadine Wacker: Im Vergleich zum letzten Fachkongress hat sich einiges zum Positiven geändert. Wir dürfen hier oben auf dem Podium mitdiskutieren. Das letzte Mal saßen wir noch während der Podiumsdiskussion im Publikum. Diesmal dürfen wir uns beteiligen. Das ist nur ein kleiner Schritt, aber ein sehr guter Anfang dafür, dass wir wirklich ernst genommen werden.

Susanne Wieseler: Das tun wir nicht nur, weil wir uns das auf die Fahnen geschrieben haben, sondern weil es tatsächlich etwas bringt.

Bergit Fesenfeld, WDR, Köln: Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass ein Monitoring

Was nehme ich mit für meine weitere Arbeit vor Ort?

stattfindet, um alle Ideen und Beschlüsse, die im NAP erarbeitet worden ist, zu manifestieren und deren Umsetzung zu kontrollieren? Es darf nicht von den politischen Akteuren vor Ort abhängen, ob in einer Kommune Kinderrechte Beachtung finden und in der nächsten nicht. Ich wünsche mir daher ein vernünftiges, sinnvoll strukturiertes Monitoring.

Lutz Stroppe: Darauf gibt zwei Antworten: Entweder wir ändern die Bundesrepublik Deutschland, dann habe ich viele Möglichkeiten, die Beschlüsse in den Ländern und Kommunen umzusetzen, wie sie es verlangen. Es wurde gerade darauf hingewiesen, dass die Umsetzung die nächste Aufgabe ist, die auf uns zukommt.

Die zweite Antwort ist eine ganz pragmatische und eine, die man auch verlangen kann, allerdings nicht mit der von Ihnen geforderten Gewähr, dass genau überprüft und abgehakt werden kann, in welcher Gemeinde welche Kinderrechte umgesetzt worden sind und in welcher nicht und das Ministerium deshalb dort aktiv werden muss. Es ist vielmehr unsere Aufgabe, im Anschluss dieser Ergebnisse zu sehen, in welchen Bereichen wir als Ministerium aktiv sind. Jede einzelne Maßnahme, die wir durchführen – das sind im Kinder- und Jugendplan mit 150 Millionen Euro mehrere 100 Maßnahmen, die jedes Jahr gefördert werden – müssen wir daraufhin überprüfen, ob und wie die Kinderrechte beachtet und in einzelnen Teilen vorangebracht werden. Nach einiger Zeit – vielleicht nach zwei oder drei Jahren – muss eine Auswertung durchgeführt werden. Anhand dieser Auswertung muss man sich genau überlegen, ob man wieder mit einem neuen Aktionsplan anfängt, der auf diesem NAP aufsetzt und die Gedanken auf einer neuen Ebene weiterführt.

Man darf dabei nicht auf der nationalen Ebene stehenbleiben. Man muss auch überlegen, wie man das insgesamt in Europa durchsetzt. Wir haben in diesem Jahr damit begonnen, die europäische Jugendstrategie umzusetzen. Deutschland ist dabei Vorreiter in Europa, um Rechte von Jugendlichen auf Arbeit und auf Bildung europaweit umzusetzen und dafür auch Gelder von der EU zu bekommen. Genau da muss es einfließen und an dieser Stelle haben wir ein großes Instrumentarium und ein Monitoring zur Überprüfung zur Verfügung.

Susanne Wieseler: Es ist sicherlich einzusehen, dass das Bundesministerium nicht bis zu den Kommunen durchregulieren kann.

Bergit Fesenfeld: Föderalismus darf die Umsetzung der Kinderrechte aber nicht behindern. Wir können kein internationales Abkommen unterzeichnen und dann mit Hinweis auf den Föderalismus sagen, dass es an bestimmten Stellen nicht weitergeht. Daher bitte ich Sie, ein Monitoring zu organisieren, das mit dem Föderalismus zusammengeht und trotzdem eine Antwort auf die offenen Fragen gibt. Es gibt unbestritten viele gute einzelne Aktionen und Projekte. Aber diese dürfen kein Zufall bleiben. Wenn man die Verantwortung immer wieder zwischen Bund, Ländern und Kommunen oder Kreise hin und herschiebt, fallen die Kinder und Jugendlichen durch das Netz.

Lutz Stroppe: Ich habe überhaupt kein Interesse an einem „Schwarzen-Peter-Spiel“. Das habe ich auch versucht, mit dem zweiten Teil der Antwort deutlich zu machen. Ich verstehe Kinderrechte auch immer als einen Gegenstand, der sich weiterentwickelt und vorangehen muss. Wenn gesagt wird, dass die Bundesregierung nicht dafür sorgt, dass bestehende Rechte in den einzelnen Ländern oder Kommunen umgesetzt werden, weise ich das zurück. Wenn die Rechte bestehen, müssen sie eingehalten werden. Aber wir dürfen nicht an dem Bestehenden verweilen. Wir müssen überlegen, wie wir es erweitern und die Umsetzung erleichtern können und wie wir die Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Dafür stehe ich persönlich und dafür steht die Bundesregierung ein, dass wir mit den vorhandenen Instrumenten dazu beitragen, die Kinderrechte optimal umzusetzen.

Malte Kuhn: Ich glaube, das Ganze wird nicht einfacher oder besser dadurch, dass der NAP jetzt aufhört. Es wird nicht leichter, die Ergebnisse bekannt zu machen.

Susanne Wieseler: Der NAP war auf die fünf Jahre beschränkt und ist nun mit einer Menge an Ergebnissen und Materialien abgeschlossen. Ich möchte gern an dieser Stelle Herrn Freese einbinden, denn die kommunalen Spitzenverbände haben Einfluss auf die Kommunen. Wie können Sie denn zusammen mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund wirksam werden?

Was nehme ich mit für meine weitere Arbeit vor Ort?

Jörg Freese: Dadurch, dass wir nicht befehlen können, haben wir vielleicht mehr Einfluss, weil wir auf Überzeugungskraft setzen müssen. Eine wichtige Rolle spielt die Vorbildfunktion von Bund und Ländern. Auf Bundes- und Landesebene muss Partizipation überzeugend vorgelebt werden, damit die Kommunen nicht darauf verweisen können, dass sie Kinder und Jugendliche beteiligen sollen, Bund und Länder das aber selbst nicht tun würden. Das ist kein unwesentlicher Faktor, wenn man das vorlebt, ist die Umsetzung wesentlich einfacher.

Man muss die Kommunalpolitik im Sinne einer Win-Win-Situation in eine solche Lage versetzen, dass sie merkt, was sie von der Kinder- und Jugendbeteiligung haben. Man muss die gelungenen Beispiele bekannt machen und dabei verdeutlichen, dass nicht nur die Kinder und Jugendlichen etwas davon hatten, sondern dass das gesamte öffentliche Gemeinwesen damit vorankommt und dass man daraus für die Beteiligung von allen Bürgerinnen und Bürgern lernt.

Zum Schluss möchte ich frei nach Antoine de Saint-Exupéry zitieren: Wer mit anderen Menschen segeln will, muss ihnen nicht Holz und Leim liefern, sondern in ihnen den Traum vom großen, weiten Meer erwecken. [Orig.: „Wenn du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu geschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.“ Anm. D.J.] Es muss dem Bürgermeister und den Landräten vor Ort deutlich gemacht werden, dass sie ihr Gemeinwesen wesentlich weiterentwickeln können, wenn sie die Betroffenen, in diesem Fall Kinder und Jugendliche, bei Entscheidungen beteiligen, indem sie offensiv mit Partizipation umgehen. Wenn das gelingt, ist mir nicht bange, eine Flächendeckung zu erreichen.

Susanne Wieseler: Dann haben wir immer noch kein Monitoring, aber einen Anfang gemacht.

Paula Honkanen-Schoberth, Deutscher Kinderschutzbund, Bundesverband e.V.: Wenn es passieren kann, dass Kinderrechte an den Ländergrenzen scheitern, ist meine Forderung, dass die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden, denn dort gehören sie hin.

Oggi Enderlein, Initiative für große Kinder e.V., Kleinmachnow: In meinem Forum ging es um die

Belange der 7- bis 12-Jährigen. In der Diskussion mit den dort anwesenden Schülerinnen und Schülern wurde wieder einmal sehr deutlich, dass es nicht nur um Partizipation im Sinne von Weiterentwicklung geht, sondern dass es dringend nötig ist, auf konkrete Verstöße gegen Kinderrechte zu achten, die vor allem im Bereich der Schule eklatant sind. Was die Jugendlichen an Zeit für die Schule schinden, würde keine Gewerkschaft für Arbeitnehmer zulassen: weit über 60 Stunden pro Woche unter sehr starkem Druck und unter gesundheitsbeeinträchtigenden Bedingungen. Das, Herr Stroppe, gehört in Ihren Referentenentwurf zum Jugendschutz, denn das ist kein Thema der Bildung, sondern ein Gesundheitsthema. Mein Votum lautet: Genau hinzusehen, wo Kinder betroffen sind, nicht aus der Segmentierung der Ministerien heraus, sondern darüber hinausgehend. Diese Gesundheitsschädigung von Kindern und Jugendlichen ist, wie Sie aus dem 13. Kinder- und Jugendbericht wissen, ein Warnzeichen.

Doris Pütz, Schulleiterin der Eine-Welt-Schule, Minden: Wir denken meines Erachtens noch zu kurz. Wir sprechen über Gesetze und deren Umsetzung, aber es geht eigentlich um einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel. Diesen Wandel können wir nicht durch Gesetze oder Gelder, die verteilt werden, erwarten. Wir alle müssen ihn vor Ort leben und vorleben. Nur dann haben wir eine Chance. Hier sind einige Jugendliche dabei, allerdings kaum Hauptschüler. Ich sehe es trotzdem als einen Schritt. So muss es weitergehen.

Max-Julius Roehrich: Derjenige, der hier heute Abend rausgeht und sofort das Thema Kinderrechte vergisst, ist hier fehl am Platz. Denn dass der NAP zu Ende gegangen ist, heißt nicht, dass die Kinderrechte damit beendet sind.

Zum Thema Monitoring möchte ich ergänzen: Nutzen wir doch alle als Gesellschaft, egal ob Wissenschaftler, Politiker, Moderatorin oder Jugendlicher, das Monitoring. Die National Coalition hat über 100 Organisatoren, das sind Tausende. Durch den NAP ist ein wunderbares Netzwerk entstanden, das weiter erhalten bleiben muss. Die Einbindung der Kinderrechte in das Grundgesetz setzt ein Zeichen, aber kann nicht der letzte Schritt sein. Wenn ein Jugendlicher seine Rechte einklagen will, wird er nicht einen mehrseitigen Brief an Herrn Krappmann schreiben wollen, um darüber zu klagen, dass seine Kinderrechte verletzt wor-

Was nehme ich mit für meine weitere Arbeit vor Ort?

den sind. Die National Coalition hat einen Flyer mit der Beschreibung, wie man sein Recht einklagen kann, veröffentlicht. Das ist aber zu wenig bekannt und reicht auch noch nicht aus. Dazu muss man sich noch etwas einfallen lassen.

Dr. Sabine Skutta, DRK Generalsekretariat und National Coalition für die Umsetzung der Kinderrechtskonvention: Ich möchte das Thema „Monitoring“ von einem anderen Gesichtspunkt aus aufgreifen. Wir haben am Runden Tisch gegen sexuelle Gewalt an Kindern auch das Thema „Beschwerdemanagement“ behandelt und haben dabei festgestellt, dass es sehr wichtig ist, dass es in allen Lebensorten von Kindern – das sind die Schulen, die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und die Kommunen, aber auch die Landes- und Bundesebene – einen Platz geben muss, wo Kinderrechtsverletzungen angesprochen und nachverfolgt werden können. Natürlich muss das, entsprechend aller internationalen Äußerungen dazu, ein unabhängiger Platz sein, jemand, der unbeeinflusst von Politik und politischen Erwägungen agieren kann und der auch ein gewisses Mandat hat.

Hier möchte ich auf den Vorschlag von Frau Rupprecht zurückkommen. Der Wehrbeauftragte ist im Grundgesetz verankert und hat einen Stab von 80 Personen, die er aufgrund der Abschaffung der Wehrpflicht gar nicht mehr braucht und davon einige abgeben könnte. Darüber haben wir heute Morgen ein wenig gewitzelt. Im Ernst sollten wir darüber nachdenken. Es gibt dazu ein Beispiel im Bereich der Behindertenrechtskonvention, wie Monitoring funktionieren kann. Das Deutsche Institut für Menschenrechte ist mit einer sechsköpfigen Mannschaft ausgerüstet worden, um Verletzungen von Rechten aufzugreifen und um das Thema weiterzutragen.

Das Thema „Monitoring von Kinderrechten“ ist in der Zivilgesellschaft sehr stark verankert und funktioniert auch gut, aber es gibt keine gute koordinierende Stelle, die so unabhängig und gut ausgestattet ist und die im Bundestag (wie der Wehrdienstbeauftragte) Rede- und Berichtspflicht hat. Meine Frage ist daher, ob in der kohärenten Jugendstrategie, die auch ein Thema der Bundesregierung ist, auch die Frage des Monitorings, der Beschwerde und der Kinderrechte mitgedacht werden, auch mit solchen Institutionen, die eine Kontinuität verankern, auch über den

Tag hinaus, an dem die Diskussion zur Jugendpolitik abgeschlossen ist, damit das auch wirklich in Gang gesetzt wird und diese Form des Monitorings ein Bestandteil ist. Die Bundesregierung hat einiges vor, aber diese Aspekte des Monitorings, der Beschwerde und Nachverfolgung müssen aus meiner Sicht mit beachtet werden, damit wir in der Umsetzung der Kinderrechte weiterkommen. Dazu hätte ich gern von Herrn Stroppe und von Herrn Freese als Vertreter des Bundes und der Kommunen ein kleines Signal.

Susanne Wieseler: Könnte nicht der Wehrbeauftragte 40 Leute an einen Kinderrechtebeauftragten abgeben?

Lutz Stroppe: Diese Idee gefällt mir sehr viel besser als das Grundgesetz zu ändern, weil diese Idee etwas Konkretes darstellt und konkrete Folgen haben kann. Daher kann und wird das eine Option sein. Wir wollen die Ziele des NAP aber auch mit einer eigenständigen Jugendpolitik fortführen. Wir überprüfen über alle Themen hinweg, wie Jugendliche angesprochen werden, welche Rechte und Interessen sie haben und wie wir diese stärken können. Das wollen wir zusammenbinden und kommen damit genau zu dem Schluss, dass diese Interessen ressortübergreifend betrachtet werden müssen. Was in der Schule passiert, kann nicht nur im Kultusbereich unter Lernaspekten, unter der Maßgabe besserer „Pisa“-Ergebnisse oder unter dem Aspekt des Übergangs von der Schule in den Beruf bearbeitet werden. Der Gesichtspunkt, was es für den einzelnen Jugendlichen bedeutet, darf nicht außer Acht gelassen werden. Diesen Ansatz verfolgt unser Ministerium.

Es sind viele wichtige und richtige Punkte angesprochen worden und vieles funktioniert in der Praxis auch nicht so, wie man es sich idealtypisch vorstellt. Auch ich kann mir einiges besser vorstellen. Aber wir wollen auch nicht vergessen zu bemerken, dass wir bereits auf einem hohen Niveau diskutieren. Wir haben innerhalb von fünf Jahren unglaublich viel erreicht, wir haben viele Anstöße gegeben. Diese Anstöße müssen weitergegeben und umgesetzt werden und wir versuchen, in einem nächsten Schritt weiterzukommen. Aber wir sollten bei vielen Dingen, die noch nicht gut funktionieren, auch nicht das vergessen, was erreicht worden ist.

Deshalb bin ich auch anderer Meinung in Bezug auf den NAP. Ich halte es für gut, dass der NAP,

Was nehme ich mit für meine weitere Arbeit vor Ort?

aber nicht die Idee damit endet, sondern weitergetragen wird, weil dann nicht darauf vertraut wird, dass der NAP es schon richten wird. Es ist klar, dass es nun die Kommunen, die Länder und die Verbände umsetzen und sich über das „Wie“ austauschen müssen. Nach zwei Jahren könnten wir nachfragen, wo und wie weit der NAP umgesetzt worden ist, und können darauf aufsetzen und den Prozess weiterführen.

Malte Kuhn: Darum ging es mir, als ich bedauerte, dass der NAP vorbeigeht. Ich habe befürchtet, dass die Kontrollinstanz verlorengeht und es damit keine Möglichkeit mehr gibt nachzuvollziehen, ob wirklich die Forderungen und Denkanstöße umgesetzt wurden.

Susanne Wieseler: Wir haben nun die Idee des Kinderrechtsbeauftragten in die Welt gesetzt. Dieser könnte so eine Funktion übernehmen.

Prof. Dr. Lothar Krappmann, UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes: Zu einer guten Bestandsaufnahme gehört auch der Austausch darüber, was man nicht erreicht hat. Es ist schon richtig, am Schluss eines Nationalen Aktionsplan zu resümieren, was wir alles geschafft haben. Ich sehe auch, dass gerade in der letzten Zeit in allen Gremien des Nationalen Aktionsplans etwas zustande gekommen ist. Aber von den vielen Zielen, die am Anfang gesetzt worden sind, sind einige nicht erreicht worden. Ich denke dabei an Armut, an Bildung, aber auch an Beteiligung. Insofern meine ich, gäbe es wirklich allen Grund, etwas zu schaffen, was die Arbeit an diesen Punkten weiter vorantreibt, weiter koordiniert. Ich bin enttäuscht darüber, dass der Nationale Aktionsplan keine Fortsetzung findet.

Susanne Wieseler: Herr Haller, was meinen Sie: Würden noch einmal fünf Jahre doppelt so gute Ergebnisse bringen?

Dr. Siegfried Haller: Eine Verdoppelung im mathematischen Sinne wäre Unsinn. Aus Unsinn könnten Sie keine Lösung machen und aus Lösungen kann auch Unsinn entstehen, das kennen wir alle. Ich habe diese fünf Jahre intensiv verfolgt, die fünf Jahre haben mich verändert und ich glaube, dass die fünf Jahre die am Netzwerk Beteiligten verändert haben, auch das Bundesjugendministerium. Ich erlaube mir anzumerken, dass es aus meiner Sicht bewundernswert ist, wie Karl-Heinz

Struzyna einen schwierigen Prozess zu einem guten ersten Ende gebracht hat. Ich stimme Herrn Professor Krappmann zu, dass der Nationale Aktionsplan eine erste legitimierte, prozessorientierte, programmatische Phase darstellt. Die Kindergerechtigkeit in dieser Gesellschaft ist die Klammer der ausgefächerten Probleme, die wir haben, die uns enorm unter Druck bringen. Diese Klammer, die jetzt entstanden ist, müsste als Klammer erhalten bleiben und ich wünsche mir sehr, dass die entstandenen Valenzen, diese vorhandenen Potenzen genutzt werden, wenn das Bundesministerium, vertreten durch solche Schlüsselakteure wie Herr Stroppe gründlich überlegt, wie man programmatisch in der Sache eine Orientierung in das Netzwerk geben kann. Das ist Aufgabe des Bundes und ich bin sicher, dass der Bund das schafft.

Dr. Sebastian Sedlmayr, UNICEF Deutschland: Wir haben heute Mittag drei Hinweise von der UN-Sonderbeauftragten gehört, die als Impulse für die Bundesebene gelten können:

1. eine starke gesetzliche Verankerung der Kinderrechte. Die Diskussion um eine Verankerung im Grundgesetz wurde hier angesprochen und muss weitergeführt werden.
2. ein starker Koordinierungsmechanismus,
3. eine unabhängige Stelle zur Sicherung der Kinderrechte, als Beschwerde- oder Ombudsstelle oder wie immer die genannt wird.

Zu diesen drei Punkten habe ich von der Bundesebene noch keine klare, positive Resonanz vernommen, sondern eher Abwägendes. Daher möchte ich noch einmal nach der Position der Bundesebene zu diesen drei Punkten fragen.

Lutz Stroppe: Ich werde jetzt nicht konkreter werden, als ich es hier geworden bin. Ich habe bereits deutlich gemacht, dass ich so eine Anlaufstelle für ein gutes Mittel halte und wir werden dies in den nächsten Jahren im Zusammenhang mit der eigenständigen Jugendpolitik prüfen und einbeziehen. Ich halte diese Stelle zur Sicherung der Kinderrechte, weil sie ein konkretes Instrument ist und für den einzelnen Jugendlichen konkrete Folgen hat, für ein besseres Mittel, als die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen. Dabei bleibe ich. Ich möchte nicht mit der Diskussion über die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz beginnen, denn wenn ich diese Diskussion beginne, wird die Tür zu weiteren Punkten geöffnet, die auch alle ins Grundgesetz aufgenommen werden sollen, so dass ich mit einem Mal eine Diskussion

Was nehme ich mit für meine weitere Arbeit vor Ort?

führen muss wie ein Metzger auf dem Bauernhof, der versucht, irgendetwas gegen andere Dinge einzutauschen. Das will ich nicht. Aus diesem Grund werde ich als erstes versuchen, konkrete Maßnahmen voranzubringen. Darum geht es mir. Ich habe außerdem aufgenommen, dass wir das Thema auf die europäische Ebene tragen wollen. Das halte ich für sehr wichtig.

Susanne Wieseler: Ich möchte gern den Jungen und Mädchen das vorletzte Wort überlassen. Möchtet ihr gern zusammenfassen, was ihr den Akteuren als Appell mitgeben wollt? Oder möchtet ihr noch ein Fazit ziehen?

Nadine Wacker: Das erste Fazit, das ich im Namen von uns allen geben möchte, ist: Es hat sich etwas verändert. Daran schließt sich die Aufforderung an, dass sich noch mehr verändern soll. In den Kommunen sollen mehr Möglichkeiten der Beteiligung, zum Beispiel in Jugendparlamenten und Jugendforen, aber auch allgemein mehr Freiraum und mehr Raum für Kinder und Jugendliche, sich zu beteiligen, geschaffen werden. Ich selbst habe auch sehr viel gelernt, vor allem über Kinderrechte. Vor zwei Jahren wusste ich nichts darüber. Ich wusste lediglich, dass es eine UN-Kinderrechtskonvention gibt, aber nicht, was darin steht. Wir als Jugendliche haben viel dazugelernt und können daher viel in den Verband hineintragen und positiv wirken.

Max-Julius Roehrich: Ergänzend möchte ich Sie und euch alle auffordern, die Impulse aus dem NAP mitzunehmen. Jeder hat die gleiche Verantwortung, dass die Kinderrechte in den Köpfen

der Gesellschaft landen. Herr Stroppe, wenn wir als Kinder und Jugendlichen Ihnen einmal helfen können, ein paar Erwachsenen-Blockaden beiseiteschieben und Anstöße geben können, laden Sie uns ins Ministerium ein. Auch ich habe viel in den letzten beiden Jahren gelernt und möchte mich dafür bedanken. Aber der Weg ist noch lang, das war nur ein kleiner Anfang und ich hoffe, es geht weiter. Danke.

Susanne Wieseler: Das war ein super Angebot. – Herrn Stroppe übergebe ich nun das Schlusswort.

Lutz Stroppe: Eigentlich ist schon ein wunderbares Schlusswort gesprochen worden. Ich freue mich über das Angebot und aus meiner Sicht sind jugendliche Ideen jederzeit willkommen, auch in unserem Ministerium. Aus dieser Veranstaltung nehme ich ein positives Signal mit, dass diskutiert, gerungen und gestritten wird, aber dass der gesamte Streit nur dem Ziel dient, zu einem guten Ergebnis zu kommen und Kinderrechte zu verbessern. Wenn es verschiedene Meinungen gibt, wie man den Weg dahin gehen und an welchem Punkt man ansetzen soll, ist das gut, weil das Ergebnis einer solchen Diskussion jeden weiterbringt. Das ist in den fünf Jahren hervorragend gelungen und ich wünsche mir, dass Sie diese Diskussion weitertragen, auch kontrovers, wenn es sein muss, sie zu einem guten Ergebnis führen und wir uns hoffentlich bald in dieser oder in einer anderen Form wiedersehen und an einem neuen Punkt, auf einem höheren Niveau die Diskussion weiterführen können. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt und hoffe, wir sehen uns bald wieder. Vielen Dank. ■